

Unser Saarland stark machen.



Regierungsprogramm 2004-2009

Am 5. September ist Landtagswahl.

SPD Saar

Projekte für ein starkes Saarland

Regierungsprogramm der SPD Saar 2004-2009

Unser Saarland stark machen.....	3
1. Qualitativer Strukturwandel	6
2. Das Saarland braucht die klügsten Köpfe.....	19
3. Innovationskraft stärken.....	32
4. Investieren und Konsolidieren	38
5. Modernes Saarland	42
6. Gesellschaft im Wandel	45
7. Globale Verantwortung	63
8. Lebendige Kultur	74
9. Mitten in Europa.....	79
10. Sicher Leben im Saarland	81

Beschlossen auf dem Landesparteitag der SPD Saar am 20. Juni 2004 in Bexbach
© 2004 SPD SAAR

Unser Saarland stark machen.

Das Saarland braucht eine bessere Regierung. Wirtschaftlicher Stillstand und finanzieller Niedergang gefährden die Existenzgrundlagen des Landes. Auf die großen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts hat die CDU-Landesregierung keine Antwort. Mit diesem Programm für die Landtagswahl am 5. September 2004 macht die SPD Saar deutlich, dass sie das bessere Konzept für eine gute Zukunft eines selbstständigen Saarlandes hat. Mit 10 Projekten für ein starkes Saarland machen wir ein überzeugendes Angebot für den politischen Neustart.

Die wirtschaftliche Leistung der Saarländerinnen und Saarländer hat nach dem Krieg dazu beigetragen, Deutschland wieder aufzubauen und die Basis für den heutigen Lebensstandard zu schaffen. Inzwischen befindet sich das Saarland seit mehr als 30 Jahren in einer Phase tief greifender strukturpolitischer Veränderungen. Frühere Landesregierungen haben mit der Ansiedlung wichtiger Unternehmen insbesondere der Automobilbranche Grundsteine für ein neues Saarland gelegt. In den 90er Jahren hat das Saarland bei den Dienstleistungen Anschluss an die anderen westlichen Bundesländer gefunden und eine eindrucksvolle wirtschaftsnahe Forschungsinfrastruktur aufgebaut. Die Stahlindustrie erhielt eine neue Zukunftsperspektive, durch zwei Teilentscheidungen wurde der Grundstein für eine nachhaltige Konsolidierung der Landesfinanzen gelegt.

Unter der amtierenden CDU-Landesregierung ist diese positive Entwicklung des Saarlandes gestoppt worden:

- **Die Saarwirtschaft befindet sich in einer instabilen Situation, 2003 hatte das Saarland mit minus 1,1% das schlechteste Wachstum aller westlichen Bundesländer.**
- **Das vor der letzten Landtagswahl von der Saar-CDU abgegebene Versprechen, innerhalb von 10 Jahren für die Schaffung von 60.000 zusätzlichen Arbeitsplätzen zu sorgen, ist nicht ansatzweise eingehalten worden. Aktuell gibt es im Saarland weit über 10.000 sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze weniger als im September 1999.**
- **Wenn die Landesregierung behauptet, in ihrer Amtszeit seien 40.000 neue Stellen geschaffen worden, bedeutet dies einen Verlust von insgesamt 50.000 Arbeitsplätzen in diesem Zeitraum und somit ein völliges Versagen bei der Sicherung des Bestandes an Beschäftigung.**

Seit 1999 ist es nicht gelungen, irgendeine Großinvestition oder ein zusätzliches wirtschaftsnahes Forschungsinstitut ins Saarland zu holen. Die CDU-Landesregierung hat durch ihre Negativdiskussionen über ein Auslaufen des

Energie-Stahlverbundes im Saarland ein Klima der Deindustrialisierung geschaffen. Zugleich ist es ihr nicht gelungen, in dem als besonders zukunfts-trächtig angesehenen Bereich der Informations- und Biotechnologie besondere Arbeitsmarkterfolge zu erzielen. Die passive Rolle der CDU in der Wirtschaftspolitik hat zu einem Stillstand beim Strukturwandel geführt. Symbolisch steht dafür das völlige Scheitern des als wegweisend angekündigten Industriekulturprojektes.

Unser Land hat in der Vergangenheit bewiesen, dass es mehr kann. Die SPD Saar wird diese Potenziale abrufen und das Saarland wieder zu seiner früheren Bedeutung zurückführen. Wir werden die traditionellen Stärken des Saarlandes mit den neuen Kompetenzen vernetzen, das was wir gut können immer besser machen, und mit einer Innovationsoffensive die Saarwirtschaft nach vorne bringen.

- **Die finanzielle Situation des Saarlandes ist nach fünf Jahren CDU desaströs wie nie zuvor.**

Die CDU-Landesregierung hat den Landeshaushalt trotz Bundeszuweisungen in Höhe von fast 2 Mrd. Euro mit rund einer Milliarde Euro Schulden zusätzlich belastet, nachdem es der Vorgängerregierung durch zwei Teilentschuldungen gelungen war, die Verschuldung spürbar zurückzufahren. Nachdem der CDU-Ministerpräsident zu Beginn seiner Amtszeit angekündigt hatte, das Saarland finanziell auf eigene Füße zu stellen und sogar zum Geberland im Länderfinanzausgleich zu werden, sind wir heute tiefer in der Finanzmisere als je zuvor.

- **Ohne Rückkehr zu einer soliden Finanzpolitik wird sich für das Saarland schon bald die Existenzfrage stellen. Es geht darum, ob die Saarländerinnen und Saarländer ihre Interessen noch selbst vertreten können oder fremd bestimmt werden.**

Deshalb werden wir die Neuverschuldung stoppen und zu einer soliden Haushaltswirtschaft zurückkehren. Wir werden dort investieren, wo es der Zukunft des Landes dient, bei Bildung, Innovation und Familien. Wir werden das Saarland modern organisieren, die effizienteste Verwaltung aller Bundesländer schaffen und Wirtschaftskraft stärkende Leitinvestitionen auf den Weg bringen.

- **In der Bildungspolitik hat die amtierende Landesregierung auf Auslese und Elitenbildung statt individueller Förderung der Fähigkeiten gesetzt.**

Durch die Einführung des achtjährigen Gymnasiums wurde für Schülerinnen und Schüler der Schulstress erhöht, nicht aber die Qualität der Bildung. Es gibt im Saarland keine Antwort auf die Pisa-Feststellung, dass nirgendwo die soziale Herkunft so sehr über den Bildungs- und Berufsweg entscheidet wie in Deutschland. Den landesweiten Forderungen nach richtigen Ganztagschulen hat die CDU eine Absage erteilt und kostenpflichtige Betreuungsangebote eingeführt. Beim Ganztagsschul-

angebot und damit einem immer wichtiger werdenden Standortfaktor fällt das Saarland hinter alle benachbarten Regionen und Länder zurück.

Deshalb werden wir flächendeckend ein kostenloses Ganztagsangebot für Bildung und Betreuung anbieten und die Förderung von Talenten unabhängig von der sozialen Herkunft machen.

- **Das Saarland wird bis 2020 rund zehn Prozent seiner Bevölkerung verlieren.**

Das entspricht etwa der Größe des Landkreises St. Wendel. Dieser dramatische Substanzverlust geht einher mit einer Abwanderung junger gut ausgebildeter Saarländerinnen und Saarländer und einem Zuzug von Zuwanderern aus Osteuropa und der ehemaligen Sowjetunion. Die niedrigste Geburtenrate aller Bundesländer wird im Saarland zu einer besonders ausgeprägten Alterung der Bevölkerung führen. Die Landesregierung hat sich in der ablaufenden Legislaturperiode um dieses Thema nicht gekümmert. Sie hat es versäumt familienpolitisch gegenzusteuern, ihr Versprechen gebrochen, alle drei Jahrgänge des Kindergartens beitragsfrei zu machen und die Folgen für die Infrastruktur und Finanzkraft des Landes nicht bedacht. Sich abzeichnende Kindergarten- und Schulschließungen sind erste Folgen des dramatischen Bevölkerungswundes.

Wir werden das Ausbluten des Saarlandes stoppen. Wir werden Familien mit Kindern besonders entlasten, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf entscheidend verbessern und angesichts der demografischen Herausforderung Antworten auf eine Gesellschaft im Wandel geben.

Selbst zu dem von der politischen Rechten als „ureigenstes Kompetenzfeld“ reklamierten Bereich der inneren Sicherheit hat die CDU-Landesregierung versagt.

- **Bei allen wesentlichen Kriminalitätsarten verzeichnet die saarländische Kriminalstatistik deutlich über dem Schnitt anderer Bundesländer liegende Zunahmen.**

Das Saarland ist unsicherer geworden, weil die politische Führung der Polizei falsche Prioritäten setzt.

Wir werden für deutlich mehr sichtbare Präsenz der Polizei sorgen und konsequent gegen Kriminalität und ihre Ursachen vorgehen.

Das Saarland braucht eine neue Mehrheit und eine bessere Regierung. Das Saarland kann mehr. Mit 10 Projekten für ein starkes Saarland wird die SPD Saar dafür sorgen, dass es mit unserem Land wieder vorwärts geht.

1. Qualitativer Strukturwandel

Wir werden das Saarland durch eine Politik des qualitativen Strukturwandels wirtschaftlich stark machen. Wir wollen vorhandene Strukturen innovativ weiterentwickeln statt sie zu zerstören und Spitzenleistungen dort erbringen, wo die saarländische Wirtschaft besondere Kompetenzen hat. Wir wollen nicht alles anders machen, sondern das was wir gut können immer besser. Wir bauen auf die traditionellen saarländischen Kernkompetenzen im industriellen Sektor und auf die neuen Kompetenzen bei den Dienstleistungen und im Bereich wissenschaftlicher Produktentwicklung und Produktion.

I. Aktive Wirtschaftspolitik – Konsequente Innovationspolitik

Die SPD bekennt sich zu einer aktiven Wirtschafts- und Strukturpolitik. Darin liegt der entscheidende Unterschied zur Politik der amtierenden CDU-Landesregierung, die auf aktiv gestaltende Wirtschaftspolitik weitgehend verzichtet und Landesverantwortung in zentralen Wirtschaftsbereichen aufgegeben hat. Der Markt ist alleine nicht geeignet, regionale Defizite systematisch auszugleichen, eine strukturpolitische Strategie umzusetzen und das Saarland im Wettbewerb um innovative Projekte und Leitinvestitionen zu einer Gewinnerregion zu machen. Gerade in einer Phase tief greifender struktureller Veränderungen der Saarwirtschaft und der gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen sind strategische Vorgaben durch die Politik lenkende Fördermaßnahmen und wachstumsfreundliche Rahmenbedingungen unabdingbar, sonst regelt der Markt die Zukunft am Saarland vorbei.

Konsequente Innovationspolitik ist Voraussetzung für dauerhafte Wettbewerbsfähigkeit der Saarwirtschaft auf den Zukunftsmärkten. Ohne intensive **wirtschaftsnahe Forschung** gibt es keine Teilhabe an den neuen Märkten. Auf Basis der Innovationsoffensive in den späten 80er und in den 90er Jahren werden im Saarland heute Spitzenleistungen bei den Informationstechnologien, neuen Werkstoffen, in der Nanotechnologie und der Biotechnologie erbracht. Das Saarland hat hoch angesehene Forschungsinstitute. Saarländische Wissenschaftler sind national und international ausgezeichnet worden. Diese Exzellenz muss weiter unterstützt und ausgebaut werden.

Das Können des Wirtschaftsstandortes muss in besonderer Weise durch bisher nur unzureichend entwickelte Kompetenznetze zwischen den Kernbranchen und mit der vorhandenen und auszubauenden wirtschaftsnahen Forschungsinfrastruktur mobilisiert werden. Auto, Energie und Stahl mit Informatik, Neuen Materialien, Nanotechnologie und Biotechnologie ergeben die kritische Masse, die das Saarland zum strukturpolitischen Durchbruch braucht.

Unser wirtschaftspolitisches Leitbild entspricht der auf Bundes- und EU-Ebene definierten Zielsetzung, Europa zur führenden Weltregion im Bereich innovativer Industrieproduktion zu machen. **Intelligente Industrieprodukte und produktionsnahe Dienstleistungen schaffen die Grundlage für nachhaltige Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt.** Sie sind Voraussetzung zur Sicherung und Neuschaffung hochwertiger Arbeitsplätze und damit Grundlage zur Erhaltung unseres hohen Wohlstandes. **Die SPD wird deshalb ihre strukturpolitischen Aktivitäten auf die Sicherung vorhandener und die Schaffung neuer innovativer Industriearbeitsplätze ausrichten.** Unser Ziel ist ein nachhaltiger Abbau der Arbeitslosigkeit und eine Umkehr des Abwanderungsprozesses junger gut ausgebildeter Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus dem Saarland.

Standortfaktor qualifizierte Arbeitnehmer/innen

Ein entscheidender Standortvorteil des Saarlandes sind die hoch qualifizierten und motivierten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Wie in kaum einer anderen Region gibt es hier auch hier großes Potenzial an erfahrenen Fachkräften und qualifizierten Industriearbeiterinnen und Industriearbeitern. Eine hohe Bereitschaft zu flexiblen Arbeitszeiten und eine starke Identifikation mit dem Unternehmen sind im Saarland selbstverständlich.

Die von der CDU-Landesregierung betriebene Streichung des Bildungsurlaubs und deren Forderungen nach niedrigeren Löhnen, höherer Arbeitszeit und Abschaffung der Steuerfreiheit der Zuschläge für Sonn-, Feiertags- und Nachtarbeit würde diesen Standortvorteil zerstören.

Das Angebot an hochqualifizierten Arbeitskräften wird zunehmend zu dem entscheidenden Wettbewerbsfaktor. Unter Bündelung der Kräfte in einer neuen Landesregierung wollen wir zusätzliche qualifizierte Arbeitskräfte gewinnen. Qualifizierung hat bei uns Vorrang, wir sind aber auch offen für eine an den arbeitsmarktpolitischen Interessen des Saarlandes orientierten Zuwanderung. Ein weltoffenes Saarland, in dem jede und jeder eine sozial und rechtlich abgesicherte Lebensperspektive erhält, ist die Grundlage für zukunftsfähige Unternehmen und einen innovativen Forschergeist.

Das Saarland steht vor entscheidenden Weichenstellungen. Nur wenn es gelingt, durch Einsatz der Standortpotenziale die Wirtschafts- und damit die Finanzkraft des Landes nachhaltig zu stärken, kann die Eigenständigkeit des Saarlandes verteidigt und die Lebensqualität weiter verbessert werden. **Das Saarland muss handeln, um nicht gehandelt zu werden.** Die Politik muss Netzwerke organisieren, die das Ziel verfolgen, saarländische Interessen durchzusetzen und den ökonomischen Stillstand zu überwinden.

Wirtschaftlichen Stillstand überwinden

Die 90er Jahre waren strukturpolitisch geprägt von einer dynamischen Entwicklung des Dienstleistungssektors im Saarland. Dort haben wir aufgeholt, der Wirtschaftsstandort hat seitdem eine insgesamt ausgewogenere Wirtschaftsstruktur.

Nach 1999 ist diese positive Entwicklung abgebrochen. Wachstumserfolge waren allenfalls noch ein Nachhall SPD-induzierter Initiativen. Die CDU-Landesregierung hat kein strategisches Konzept für den Wirtschaftsstandort Saarland und überlässt die Entwicklung der Beliebigkeit des Marktes.

Die CDU-Landesregierung hat seit 1999 auf eine aktive Industriepolitik verzichtet und dadurch die weitere industriepolitische Neuprofilierung des Saarlandes verzögert. Sie hat ein Klima der Deindustrialisierung geschaffen und diese Tendenz etwa im Bereich der Energiewirtschaft sogar aktiv vorangetrieben. Seit diesem Zeitpunkt ist es der CDU-Landesregierung nicht gelungen, aus dem Bestand oder von außen große Leitinvestitionen, verbunden mit industriellen Ansiedlungen und entsprechendem Arbeitsplatzeffekt, auf den Weg zu bringen. **Im Hinblick auf einen qualitativen Strukturwandel der Saarländischen Wirtschaft waren die Jahre seit 2000 verlorene Jahre für den Wirtschaftsstandort.** Dadurch sind insbesondere die nach wie vor bestehenden Standortdefizite des Saarlandes wieder deutlich zu Tage getreten:

- **Wachstumslücke:** Das Saarland hatte 2003 mit einem Minus von 1,1 Prozent das schlechteste Ergebnis aller westlichen Bundesländer, im verarbeitenden Gewerbe war mit einem Minus von 4,9 sogar der mit Abstand größte Rückgang aller Bundesländer zu verzeichnen.
- **Beschäftigungslücke:** Im Februar 2004 gab es im Saarland 344 700 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, im September 1999 waren es noch 358.236. Anstatt wie versprochen 6.000 Arbeitsplätze pro Jahr zu schaffen, sind seit dem Regierungswechsel weit über 10 000 Arbeitsplätze verloren gegangen.
- **Selbstständigenlücke:** Die Selbstständigenlücke zwischen dem Saarland und dem Bund hat sich in den letzten Jahren wieder vergrößert: Während der Anteil der Selbstständigen an den Erwerbstätigen von 1999 bis 2003 bundesweit um 0,5 Prozentpunkte von 9,9 auf 10,4 Prozent gestiegen ist, lag der Anstieg in diesem Zeitraum im Saarland nur bei 0,1 Prozentpunkten.
- **Pleitenrekord:** Einen absoluten Rekord gab es im letzten Jahr nur bei den Firmenpleiten: Die Zahl der Unternehmensinsolvenzen ist gegenüber dem Vorjahr um 37,6 Prozent gestiegen, im Bund gab es nur einen Anstieg um 4,6 Prozent.
- **Chefetagenlücke:** Für den Wirtschaftsstandort wichtige Entscheidungen werden immer häufiger außerhalb des Saarlandes getroffen. Durch den Verkauf oder die Reduzierung von Landesbeteiligungen an wichtigen Unternehmen (VSE, Saarferngas, Landesbank) hat die CDU-Landesregierung die Möglichkeit, bei wichtigen Entscheidungen mitzureden, aus der Hand gegeben.

Diese Defizite werden begleitet von Erfolglosigkeit bei industriellen Leitinvestitionen, einem Fadenriss beim Aufbau einer saarländischen Forschungslandschaft und Rückschlägen bei Vorzeigeprojekten. Die Arbeitsmarktbilanz der amtierenden CDU-Landesregierung ist - insbesondere gemessen an den Ankündigungen vor der Wahl 1999 - vernichtend. Die CDU konnte ihr Wahlversprechen, 60.000 neue Arbeitsplätze zu schaffen, nicht einmal ansatzweise einlösen.

Das Saarland braucht jetzt einen wirtschafts- und strukturpolitischen Neustart.

II. Kernkompetenzen stärken

Wir wollen in den nächsten fünf Jahren den Wirtschaftsstandort durch Leitprojekte und Großinvestitionen voranbringen. Das wollen wir insbesondere auf den Feldern erreichen, auf denen das Saarland bereits ein ausgeprägtes Profil hat.

Autoland Saarland

Anfang der 60er Jahre gab es im Saarland kaum Beschäftigte in der Automobilindustrie. **Heute ist die Fahrzeugproduktion und die Zulieferindustrie der größte Arbeitgeber des Landes:** 2002 waren es 42.000 Arbeitsplätze und damit 40 % der gesamten Industriearbeitsplätze überhaupt.

Besonders stark ist die Zulieferindustrie, z. B.: Bosch, ZF, Eberspächer (1.900 Beschäftigte), Nothelfer (1.700 Beschäftigte), Halberg Guss (1.300 Beschäftigte). Alle namhaften Automobilbauer in Europa beziehen Teile und Komponenten aus dem Saarland. Ford (7.000 Beschäftigte) und der Supplier-Park in Saarlouis (1.700 Beschäftigte) sind Markenzeichen des Autolandes Saar. Im Jahr 2002 erzielte die Branche einen Gesamtumsatz von rd. 9 Mrd. Euro. Damit wird jeder zweite Euro in der saarländischen Industrie im Bereich des Fahrzeugbaus erwirtschaftet. Fast 60 Prozent des Umsatzes kommen aus dem Exportgeschäft.

In der Großregion gibt es insgesamt 100.000 Arbeitsplätze in der Automobilbranche. Sie ist damit auch regional der wichtigste Industriezweig. Die Chancen auf den internationalen Märkten können durch eine intensive Kooperation in der Großregion SaarLorLux erheblich verbessert werden. Deshalb wollen wir die Automobilbranche zu einem gemeinsamen Wachstumsmotor der Großregion machen. Dazu streben wir ein regionales Automotive-Kompetenznetz und die Koordinierung der Automotive-Aktivitäten an.

Im Saarland soll aber nicht nur produziert, sondern auch geforscht und entwickelt werden.

Wir wollen unsere saarländischen Forschungskompetenzen in die wachsende Intelligenz des Produktes Auto einbringen. Dadurch werden wir den **Automobilstandort Saarland attraktiv für neue Leitinvestitionen machen.**

Wir werden die Gründung einer privaten „**Europäischen Hochschule für Automotive Engineering und -Production**“ anstreben. Die Auto-Universität soll das, was das Saarland und die Großregion in den Bereichen Elektronik, Informatik, Neue Materialien, Nanotechnologie und Logistik zu bieten hat, zu einem Kompetenzpaket für den Automotive Sektor bündeln. Sie bietet auch Ausbildungs- und Trainingsdienstleistungen für die Automobilindustrie an und eröffnet saarländischen Zulieferern den Zugang zu erstklassigen Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen. Die neue Hochschule verstehen wir als ein Paradebeispiel für wirtschaftsnahe Forschung.

Kernkompetenz Stahl - Werkstoff mit Zukunft

Stahl hat als hochmoderner Werkstoff nichts von seiner Bedeutung eingebüßt. Heute produzieren Saarstahl und die Dillinger Hütte Qualitätsstähle auf höchstem technischem Niveau. Ihre Kunden finden beide Unternehmen in der ganzen Welt. Für die Saarländische Wirtschaft hat Stahl weiterhin ein bedeutendes Strukturgewicht.

Mit der Herstellung von Stahlerzeugnissen sind an der Saar noch immer mehr als 15.000 Menschen beschäftigt: bei Saarstahl rund 5.150 (inkl. 246 Auszubildende und Praktikanten), bei der Dillinger Hütte rund 5.650 (inkl. 290 Auszubildende und Praktikanten), bei den 42 Unternehmen des Stahl- und Leichtmetallbaus mit über 20 Mitarbeitern weitere 4.135 Personen.

Indem die CDU-Landesregierung seit Jahren den Niedergang der saarländischen Montanindustrie herbeiredet, hat sie die Chance verpasst, mit der Stahlindustrie eine gleichermaßen traditionsreiche wie innovative Branche noch weiter voran zu bringen. Statt auf bereits bestehendes Know-how zu setzen und es weiter auszubauen, findet das Thema Stahl in der saarländischen Industriepolitik nicht statt.

Eine SPD-geführte Landesregierung wird in Zusammenarbeit mit der saarländischen Stahlindustrie ein neues **Kompetenzzentrum rund um den Werkstoff Stahl** aufbauen. Von diesem neuen Zentrum können Impulse, sowohl für die beiden großen Stahlunternehmen, insbesondere aber auch für die kleinen und mittleren Betriebe des Stahl- und Leichtmetallbaus ausgehen. Das Kompetenzzentrum Stahl wäre eine bundesweit einmalige regionale Einrichtung.

Mit dem Fraunhofer-Institut für zerstörungsfreie Prüfverfahren (IzFP), dem Zentrum für Innovative Produktion (ZIP), dem Fachbereich Werkstoffwissenschaften an der Universität des Saarlandes und den entsprechenden ingenieurwissenschaftlichen Studiengängen an der Hochschule für Technik und Wirtschaft ist bereits eine hervorragende wissenschaftliche Basis für innovative Forschung und Entwicklung rund um den Stahl vorhanden.

Zu den Aufgaben des Kompetenzzentrums wird es gehören, durch die Schaffung von Netzwerkstrukturen die Zusammenarbeit innerhalb der Branche zu verstärken, Kooperationen insbesondere zwischen KMU anzustoßen, Qualifizie-

rungsmaßnahmen für die Beschäftigten aufzulegen und die Akquirierung von Forschungsgeldern aus Programmen des Bundes und der Europäischen Union zu erleichtern. Auf EU-Ebene stehen z.B. Mittel im Rahmen eines gesonderten Förderprogramms für Stahlforschung (ehemalige EGKS-Mittel) zur Verfügung. Das Kompetenzzentrum kann als Public-Private-Partnership von Land und Unternehmen finanziert werden, zunächst mit Anschubfinanzierung, dann auf dem Weg einer Stiftung.

Zukunftsenergieland - Brücke ins Solare Zeitalter

Das Energieland Saarland hat in den 80er und 90er Jahren die energiepolitische Diskussion in entscheidender Weise beeinflusst. Zunächst mit der klaren Ablehnung der Atomenergie, dann mit der Strategie einer nachhaltigen Energieversorgung, die das Saarland an die Spitze der Solarenergienutzung gebracht hat.

Die Bundesregierung hat den Ausstieg aus der Kernenergie eingeleitet, die Vorräte an fossilen Energieträgern sind begrenzt. Deshalb wollen wir weiter an der **Brücke ins solare Zeitalter** bauen und **das Saarland auch über die Kohle hinaus zu einem Zukunftsenergieland machen**. Die Brücke ins solare Zeitalter ruht auf drei Säulen:

- **ein hochmodernes System großer und kleiner Kraftwerke mit höchstmöglichen Wirkungsgraden,**
- **eine Effizienzrevolution in der Nutzung der Energie im Strom- und Wärmebereich,**
- **eine ehrgeizige Nutzung regenerativer Energien.**

Das Saarland ist Inbegriff modernster Kohlekraftwerkstechnologie und Bergbauzulieferindustrie, Vorreiter bei der Kraft-Wärme-Kopplung und verfügt über eine vorbildliche Fernwärmeversorgungsichte im Ballungsraum.

Dieses richtungsweisende energiepolitische Standortprofil droht nun verloren zu gehen. **Der CDU-Landesregierung fehlt jeder strategische Ansatz in der Energiepolitik.** Einziger Fixpunkt ist das erklärte Ziel der Landesregierung, den Bergbau möglichst schnell auslaufen zu lassen. Die ständigen Ankündigungen unterschiedlicher Auslauf- und Schließungstermine haben mit zu einer vorgezogenen Schließung des Bergwerks Warndt-Luisenthal geführt und die Verhandlungsposition des Saarlandes entscheidend geschwächt. Von der derzeitigen Landesregierung wird weder das Abhängigkeitsverhältnis zwischen dem Saarbergbau und dem saarländischen Energiestandort und der Stahlindustrie, noch der Aspekt der Sicherheit der Energieversorgung gewürdigt. Gerade die im zweiten Quartal 2004 drastisch gestiegenen Primärenergiepreise und die immer deutlicher werdenden Engpässe bei der Versorgung mit Energieträgern und Rohstoffen auf den Weltmärkten belegen, dass ein heimischer Energiesockel unverzichtbar ist. **Für die SPD ist Energiepolitik aktive Industriepolitik.**

Besonderer Standortvorteil des Saarlandes sind genehmigte Kraftwerksstandorte und Hochspannungstrassen. Wir treten weiterhin für **einen Energiesockel in**

nationaler Souveränität ein. Damit würde der rechtliche und finanzielle Rahmen für ein langfristiges nationales Steinkohlekonzept abgesteckt. Daran braucht das Saarland einen angemessenen Anteil, um eine Basisförderung und den Zugang zu den heimischen Kohlelagerstätten dauerhaft aufrecht zu erhalten. Mit der Vereinbarung über die Kohlefinanzierung im Zeitraum 2006 bis 2012 hat die Bundesregierung dazu eine wichtige Voraussetzung geschaffen.

Mit der Zukunft der Kohleförderung und der Stromwirtschaft wird zugleich die Zukunft des Energiestandortes generell entschieden. Bei einem kurzfristigen Auslaufen des Steinkohlebergbaus und der konventionellen Kraftwirtschaft hätte das Saarland keinen Zeitkorridor für den Übergang zu einem Zukunftsenergiestandort des 21. Jahrhunderts.

Neue Energiearbeitsplätze

Unser strukturpolitisches Ziel ist es, für wegfallende Energiearbeitsplätze neue Energiearbeitsplätze zu schaffen. Dazu sollen im Rahmen einer modernen energiepolitischen Strategie innovative Projekte umgesetzt werden, mit denen das klassische Energieland Saarland einen Beitrag zur Energieversorgung des 21. Jahrhunderts und zur notwendigen Energiewende leisten kann. Wir wollen das Saarland im Rahmen einer „**Internationalen Energieausstellung**“ zum Schaufenster der Energieversorgung des 21. Jahrhunderts machen.

Am Standort Ensdorf soll ein Modellkraftwerk der nächsten Generation auf Kohlebasis bzw. mit flexiblem Brennstoffeinsatz entstehen. Bei dem Ensdorf-Projekt handelt es sich um eine unverzichtbare Schlüsselinvestition für die Zukunft des Energielandes Saarland und zugleich um ein neues technologisches Referenzprojekt für klimaschonende Umwandlung fossiler Brennstoffe, bis hin zu Null-Emissions-Kraftwerken.

Mit einem breit angelegten und aus öffentlichen Mitteln geförderten „**Faktor-4-Programm**“ müssen möglichst viele Unternehmen, Institutionen, Verbände und Privathaushalte durch beispielgebende Pilotprojekte, finanzielle Anreize und intensive Beratung motiviert werden, umfangreiche Investitionen zur Energieeinsparung und zur Steigerung der Energieeffizienz sowie zum verstärkten Einsatz regenerativer Energien und neuer Technologien vorzunehmen.

Bei der Energieumwandlung wird sich ein neuer Mix einstellen, bei dem immer mehr Großkraftwerke durch dezentrale Energiesysteme ergänzt und ersetzt werden. Der **Brennstoffzellentechnologie** wird dabei eine besondere Bedeutung zukommen. Für das Saarland wollen wir die Chance nutzen, über die gezielte Förderung saarländischer Unternehmen in die Entwicklung von Komponenten und integrierten Systemen einzusteigen und letztlich dafür zu sorgen, dass die neue Technik am Standort Saarland auch produziert und vermarktet wird.

In diesem Zusammenhang fordern wir von RWE, RAG und der Bundesregierung einen **besonderen strukturpolitischen Beitrag**. Die energiepolitische Weiterentwicklung des Saarlandes muss Teil der Konzepte zur Wiedernutzung ehemaliger Montanstandorte sein.

Zukunftsfähiges unternehmerisches Konzept

Die Energiewirtschaft befindet sich in einer Phase nachhaltiger Veränderungen. Jetzt fallen die unternehmerischen Schlüsselentscheidungen über die Zukunft des Energiestandortes Saarland. Die CDU-Landesregierung hat dafür kein strategisches Konzept und befindet sich in einer Zuschauerrolle. **Eine SPD-geführte Landesregierung wird eine aktive Rolle bei der Neuordnung der saarländischen Energiewirtschaft einnehmen.**

Die SPD hält eine unternehmerische Weiterentwicklung der Energiewirtschaft im Saarland und in der Region für dringend erforderlich. Bereits in der Eckpunktevereinbarung von 1996 war vereinbart worden, Vorschläge für eine Neuordnung der gesellschaftsrechtlichen Struktur der Kraftwerkslandschaft im Saarland zu erarbeiten. **Diese Neuordnung der Energielandschaft ist zwingend notwendig, um die kritische Größe für Zukunftsinvestitionen und ein auf Dauer konkurrenzfähiges Angebot über die gesamte energiewirtschaftliche Wertschöpfungskette zu erreichen.** Deshalb werden wir mit diesem Ziel Gespräche zwischen allen Beteiligten im Bereich der Energiewirtschaft über engere Kooperationen und neue gesellschaftsrechtliche Strukturen in Gang bringen und moderieren.

Die Vereinbarung über die Eckpunkte eines gemeinsamen Kraftwerkskonzeptes von 1996 zwischen der saarländischen Landesregierung, der RWE Energie AG und mehreren saarländischen Unternehmen, muss fortgeschrieben werden. Da in der Energiewirtschaft spätestens zum Ende des Jahrzehnts umfangreiche Investitionsentscheidungen in den Kraftwerkspark anstehen, die am Saarland nicht vorbeigehen dürfen, müssen mit der RWE AG Grundsätze für energiewirtschaftliche Leitinvestitionen im Saarland und für die Planung eines Modellkraftwerks mit modernster Technologie und hohem Wirkungsgrad vereinbart werden.

Mit der Ruhrkohle AG muss über die Aktualisierung der aus Anlass der Gründung der Deutschen Steinkohle AG (DSK) abgeschlossenen Vereinbarung von 1997 zwischen der RAG und dem Saarland verhandelt werden. Diese Vereinbarung muss insbesondere vor dem Hintergrund des Schließungsbeschlusses für den Förderstandort Warndt-Luisenthal und der Zukunft von RAG-Saarberg fortgeschrieben werden.

Ziele sind eine Bestandsgarantie für das Bergwerk Saar mit dem Förderstandort Ensdorf und der Zusammenhalt des RAG-Saarberg-Konzerns. Das Bergwerk Saar muss als feste Größe innerhalb des nach 2012 anzustrebenden Kohlesockels gesichert und politisch im Rahmen der bestehenden gesetzlichen Regelungen unterstützt werden. Weiterhin wird angestrebt, dass die RAG das Bergwerk Saar zu einem Musterbergwerk für innovative Bergbautechnologie und Bergschadensvermeidung ausbaut.

III. Neue Kompetenzen weiter ausbauen

Insbesondere im letzten Jahrzehnt ist es gelungen, die Saarlwirtschaft auf eine breitere Basis zu stellen. So konnte die frühere SPD-Landesregierung in dem neuen Dienstleistungsbereich „Call-Center“ spektakuläre Ansiedlungserfolge erzielen. Das hat wesentlich dazu beigetragen, dass die Dienstleistungslücke im Saarland weitgehend geschlossen werden konnte. Auf der Basis einer erfolgreich ausgebauten Forschungslandschaft hat sich eine interessante Struktur von Anbietern wissensbasierter Produktionen und Dienstleistungen entwickelt. Diese Kompetenzen wollen wir weiter ausbauen und mit den traditionellen saarländischen Kompetenzen zum wirtschaftlichen Profil des „neuen Saarlandes“ vernetzen.

Seit 1999 gibt es keine derartige Branchen-Profilierung mehr, damals angesiedelte Firmen wandern heute wieder ab. Entsprechend negativ ist auch die Ansiedlungsbilanz der CDU-Landesregierung. Neue Arbeitsplätze entstehen insbesondere dort, wo neue marktfähige Dienstleistungen entwickelt werden und technische, kreative und unternehmensnahe Dienstleistungen aufgebaut werden. Darauf setzen wir, denn das hilft auch der Industrie, neue Produkte, Verfahren und Services zu entwickeln. Wir werden den Dienstleistungsstandort Saarland weiter stärken.

Life Service Project

Das Saarland hat besondere Kompetenz bei allen Dienstleistungen rund um gesundes und gutes Leben. **Wir wollen alle diese Aktivitäten in einem „Life Service Project“ zusammenfassen und zu einem saarländischen Markenzeichen für innovative Konzepte rund um den Menschen machen.**

- Wir werden das Saarland als Gesundheitsstandort weiter profilieren. Mit 42.000 Beschäftigten ist das Gesundheitswesen eine der größten Branchen unseres Wirtschaftsstandorts. Die gesellschaftliche Entwicklung und der medizinische Fortschritt geben die Chance, daraus eine Zukunftsbranche für unser Land zu machen. Insbesondere in der Biomedizin, in der Medizintechnik, in der Telemedizin und in der Medizininformatik liegen Stärken unseres Standortes, die wir durch Förderprogramme weiterentwickeln und international vermarkten wollen.
- Die medizinische Forschung und Entwicklung insbesondere in der **Hochleistungsmedizin** wollen wir konzentrieren und offensiv fördern. Medizintechnik hat sich zu einem bedeutenden saarländischen Wirtschaftszweig entwickelt mit hohem Entwicklungspotenzialen. Diesen hoch innovativen Bereich neuer saarländischer Kompetenz wollen wir im Rahmen unserer Innovationsstrategie vorrangig ausbauen. Dazu gehört auch die offensive Förderung der Interessen unabhängiger beruflicher Aus-, Fort- und Weiterbildung in allen Gesundheitsberufen sowie der Ausbau der medizinischen Forschung durch neue Lehrstühle, insbesondere zur Erforschung der neuen Volkskrankheiten. Wir wollen geschlechtsspezifische Fragestellungen in der Gesundheitsforschung und –versorgung besonders fördern sowie der Kindergesundheit eine neue Bedeutung beimessen.

- Heute schon profitiert das Saarland von einem bedeutenden **Gesundheitstourismus**. Gesundheitsdienstleistungen sind arbeitsintensive Tätigkeiten, deren Ausbau deutlich positive Auswirkungen auf den saarländischen Arbeitsmarkt haben wird. Das Saarland soll mit seinen hoch spezialisierten Kliniken und Kurkliniken auch international noch besser ins Geschäft kommen.
- Wir werden den **Rehastandort Saarland** weiter profilieren, indem wir die Qualität der Versorgung durch universitäre Forschung und Qualifizierung stärken. Durch konzertierte Maßnahmen werden wir die medizinische Rehabilitation im Saarland europaweit bewerben, sowie die Klinikstandorte als anerkannte Kur- und Erholungsorte profilieren.
- Mit über 8.000 Beschäftigten und einem Umsatz von mehr als 1,2 Mrd. Euro zählt das Ernährungsgewerbe heute zu den wichtigsten Industriebranchen an der Saar. Wir sehen in diesem Zusammenhang im Bereich gesunde und hochwertige Ernährung ein bisher nicht ausreichend ausgeschöpftes Wachstumspotenzial der Saarwirtschaft. In enger Zusammenarbeit mit der Landwirtschaft wollen wir das Saarland zu einem Modellland für naturnahen Landbau machen und langfristig im Saarland flächendeckend naturnahe Landwirtschaft betreiben. Wir wollen eine bessere Versorgung der saarländischen Verbraucherinnen und Verbraucher mit hochwertigen regional erzeugten Lebensmitteln gewährleisten. **Aus ökologischen Gründen, aber auch wegen ihrer Qualität und Frische wollen wir die Vermarktung von Produkten aus der Region fördern.**
- Zwischen 1985 und 1999 hat sich das Saarland auch als **Tourismusstandort** profiliert. Die Zahl der Übernachtungen hat sich in diesem Zeitraum von rund 1,2 Millionen auf über zwei Millionen fast verdoppelt. Seit dem Regierungswechsel stagniert aber auch die touristische Entwicklung. So ist die Zahl der Übernachtungen im Saarland seit 1999 nur um 0,6 Prozent gestiegen, im Bund dagegen um 2,7 %. Dies ist darauf zurückzuführen, dass die Landesregierung kein Konzept für die touristische Vermarktung hat und den allgemeinen Trends nur hinterher hinkt. Obwohl teure Marketingstudien in Auftrag gegeben wurden, gibt es insbesondere bei grenzüberschreitenden Kooperationen und Angeboten im Großraum SaarLorLux und bei der Entwicklung einer Marketing im Bereich der Industriekultur große Defizite. Im Bereich der Tourismusförderung war Ende 2003 fast ein Drittel der zur Verfügung stehenden Mittel nicht abgeflossen. Rund zwei Millionen Euro konnten deshalb allein im vergangenen Jahr nicht für öffentliche Infrastrukturmaßnahmen oder zur Förderung von Unternehmen genutzt werden. Beim Ausbau des Tourismus wollen wir vermehrt die Saar-spezifischen Stärken nutzen. So hat das Saarland als Region mit der bundesweit größten Dichte an Spitzengastronomie besondere Kompetenzen bei „gut Essen und Trinken“ aufzuweisen. Zur Weiterentwicklung des Tourismus im Saarland fehlen **Leitinvestitionen**, die sich selbst tragende Entwicklungsimpulse setzen und zusätzliche Touristen ins Land bringen. Deshalb wollen wir mit Leitinvestitionen das Saarland für Kurzurlauber aus den Ballungsgebieten Rhein-Main und Rhein-Ruhr sowie aus dem Benelux-Raum attraktiver machen. Ein wichtiges Projekt dabei ist die Anlage eines **Ferienparks**

am Bostalsee, zu dessen Realisierung die CDU-Landesregierung bislang nicht fähig war.

IV. Zukunftsstandorte

Auf der Basis des von der Ganser-Kommission im August 2000 vorgelegten Gutachtens wollte die CDU-Landesregierung die ehemaligen Bergwerke Reden und Göttelborn und das Weltkulturerbe Völklinger Hütte zu Leuchttürmen eines gelungenen saarländischen Strukturwandels machen. Inzwischen sind die ehemaligen Industriestandorte Reden und Göttelborn zu Symbolen einer gescheiterten Wirtschafts- und Strukturpolitik geworden. An keinem der Standorte ist es gelungen, die Vorschläge der Expertenkommission auch nur ansatzweise zu verwirklichen. Die wenigen Aktivitäten wie die Ansiedlung des Konservatoriums oder einer naturkundlichen Sammlung in Reden sind reiner Aktionismus und ohne Zusammenhang mit einem durchdachten Masterplan für den jeweiligen Standort. Sie behindern die künftige Entwicklung und haben keinen Arbeitsplatzeffekt.

Die SPD Saar wird die Revitalisierung der ehemaligen Bergwerksstandorte Reden, Göttelborn und des Weltkulturerbes Alte Völklinger-Hütte zu einem Motor des qualitativen Strukturwandels machen. Derzeit wird an den so genannten Zukunftsstandorten das strukturpolitische Versagen der CDU-Landesregierung besonders deutlich. Das mit großen Erwartungen verbundene Industriekultur-Konzept ist tot. An den Standorten werden beliebige Aktivitäten entwickelt, um wenigstens geringe Fortschritte vorzutäuschen. Zur Revitalisierung der Standorte fehlen ein strategisches Konzept, klare Zuständigkeiten und ausreichende Finanzmittel.

An jedem der drei Standorte sollen mittelfristig 1000 neue zusätzliche Arbeitsplätze entstehen. Unter Einbeziehung der industriekulturellen Zeugnisse soll jeder Zukunftsort ein klares Entwicklungsprofil erhalten. Im Bereich Bergwerk Reden sollen biotechnologisch orientierte Unternehmen und Forschungseinrichtungen angesiedelt werden. Den dazu passenden Rahmen wird eine vom Landkreis Neunkirchen geplante Landesgartenschau auf dem gesamten Areal der ehemaligen Grube liefern. Den Standort Göttelborn wollen wir im Rahmen einer „Internationalen Energieausstellung“ zu einem Marktplatz der Energietechnologie des 21. Jahrhunderts machen. Die ehemalige Völklinger Hütte soll zu einem „Themenpark Kohle und Stahl“ mit hohem Erlebniswert für Familien mit Kindern entwickelt werden. Dazu bedarf es einer modernen Infrastruktur von Übernachtungsmöglichkeiten bis hin zu einer attraktiven Shopping-Meile.

V. Landesinitiative „Innovativer Mittelstand“

Im Saarland arbeiten über 70 Prozent der Beschäftigten in Betrieben mit weniger als 500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Die kleinen und mittleren Unternehmen sind damit ein wichtiges Fundament der Saarwirtschaft. Ihnen kommt bei der weiteren Gestaltung des Strukturwandels eine Schlüsselrolle zu.

Deshalb ist die Mittelstandspolitik ein zentrales Handlungsfeld sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik.

Für die SPD sind „old-“ und „new Economy“ kein Gegensatz, sondern Partner. Viele kleine und mittlere Unternehmen leben von den Aufträgen der Großbetriebe und ihrer Beschäftigten. Um Arbeitsplätze in kleinen und mittleren Unternehmen zu schaffen, muss deshalb die Innovationskraft und die Wettbewerbsfähigkeit des Mittelstandes in gleicher Weise gestärkt werden wie der industrielle Sektor.

Kennzeichnend für das Scheitern der CDU-Mittelstandspolitik im Saarland ist die Tatsache, dass von rund 78,7 Mio. Euro, die im Landeshaushalt 2003 zur „Förderung der Wirtschaft“ bereitstanden, 20 Millionen nicht ausgegeben wurden. Wir werden dafür sorgen, dass die zur Verfügung stehenden Mittel die Betriebe erreichen, für die sie vorgesehen sind.

Die restriktive Kreditvergabe insbesondere der Privatbanken ist für viele mittelständische Unternehmen ein existenzielles Problem. Die Sparkassen und Volksbanken sind für die Kreditversorgung des Mittelstandes deshalb unverzichtbar. Deshalb lehnen wir die von Wirtschaftsminister Georgi betriebene Privatisierung der Sparkassen und die Beteiligung von Privatbanken an den Sparkassen mit aller Entschiedenheit als mittelstandsfeindlich ab.

Zur besseren Versorgung des Mittelstandes mit Fremdkapital werden wir neue Instrumente entwickeln. Dazu gehört, dass wir in stärkerem Umfang vorübergehende stille Beteiligungen an Unternehmen anbieten, um den Kapitalbedarf expandierender mittelständischer Unternehmen zu decken. Notwendig ist es auch, dass die vorhandenen Finanzierungsinstrumente besser genutzt werden, insbesondere die Möglichkeit der Verbriefung von Kreditrisiken durch die Mittelstandsbank (Kreditanstalt für Wiederaufbau). Gleichzeitig werden wir eine stärkere Beteiligung von Privatkapital an den saarländischen KMU durch neue Beteiligungsfonds ermöglichen.

Im Saarland gab es im letzten Jahr eine Insolvenzwelle, die besonders den Mittelstand getroffen hat. Gegenüber dem Vorjahr sind die Unternehmensinsolvenzen um fast 40 Prozent angestiegen, insbesondere kleine und mittlere sowie junge Unternehmen waren die Opfer des Pleitenrekords. Bei der Rettung konkursbedrohter sanierungsfähiger Unternehmen hat die CDU-Landesregierung kaum Erfolge aufzuweisen. Getreu ihrer Devise, dass der Markt alles regeln muss, überlässt die CDU-Landesregierung von Schließung bedrohte Unternehmen ihrem Schicksal, wenn sie wegen ungünstiger Rahmenbedingungen in Schwierigkeiten geraten. Wir werden saarländischen Unternehmen durch ein professionelles Krisenmanagement unterstützen.

Förderung des Handwerks

Das Handwerk bildet das Rückgrat für den saarländischen Mittelstand. Die Förderung des Handwerks hat deshalb für uns einen hohen Stellenwert. Das Handwerk braucht Innovationen. In einer globalisierten Wirtschaft wird sich das

saarländische Handwerk nur behaupten, wenn Produkte, Arbeitsverfahren und Dienstleistungen fortlaufend auf den neuesten Stand gebracht werden und sich zu jedem Zeitpunkt in der Spitzenkonkurrenz mit den besten Angeboten messen können. Deshalb werden wir im Rahmen eines Förderprogramms „Innovativer Mittelstand“ das saarländische Handwerk besonders fördern.

Bestehende Betriebe stärken

Die CDU-Landesregierung hat sich in ihrer Förderpolitik auf neue Branchen konzentriert und die bestehenden Unternehmen, insbesondere des produzierenden Gewerbes, sträflich vernachlässigt. Dabei ist die Förderung bestehender Betriebe besonders erfolgreich, wenn sie diese darin unterstützt, in ihren angestammten Branchen mit Investitionen in neue Fertigungslinien und -techniken weiter erfolgreich zu sein oder sogar überregional und international an die Spitze zu kommen. Wir werden bestehenden Betrieben helfen, den Generationswechsel zu bewältigen und bestehende Investitionshemmnisse zu überwinden. Mit entsprechenden Förderstrategien und -instrumenten können ca. viermal so viel Arbeitsplätze gesichert und geschaffen werden wie durch Neugründungen.

Unternehmensgründungen fördern

Mit der Gründungsinitiative Saar gelang es in den neunziger Jahren, die Selbstständigquote im Saarland deutlich zu erhöhen. Mittlerweile hat sich der Abstand zum Bund wieder vergrößert. Mit einer Selbstständigquote von 9,4 Prozent liegt das Saarland auf dem letzten Platz unter den westlichen Flächenländern.

Bei der Förderung junger Unternehmen werden wir verstärkt vorübergehend stille Beteiligungen eingehen und das Training und die Beratung zum Führen von Unternehmen in Kooperation mit privaten Dienstleistern ausweiten. Die Bereitstellung von Risikokapital werden wir mit Angeboten professioneller Begleitung verbinden.

Existenzgründerinnen werden wir mit einem speziellen Programm bei der Unternehmensgründung unterstützen.

2. Das Saarland braucht die klügsten Köpfe

Für die SPD Saar steht die Bildungspolitik – gemeinsam mit der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit – an erster Stelle.

Gerechtigkeit durch Bildung: Mehr Chancengleichheit, höhere Qualität, bessere Leistungen

Unser Schulsystem hat Defizite. Diese Defizite gilt es abzubauen, behutsam, Schritt für Schritt, ohne Brüche und gemeinsam mit Eltern, Schülerinnen und Schülern und Lehrerinnen und Lehrern.

Es geht um die Zukunftschancen unserer Kinder und Jugendlichen. Es geht um Investitionen in Köpfe. Es geht um die wirtschaftlichen Chancen unseres Landes.

Unsere Ziele für die neue Schule im Saarland sind: Mehr Gerechtigkeit und mehr Qualität.

Mehr Gerechtigkeit setzt voraus, dass wir den Bildungsauftrag im Elementar- und Grundschulbereich verstärken. Wir wollen eine verbindliche Förderung im Kindergarten, vor allem in der deutschen Sprache. Wir wollen die Ganztagschule, mit mehr Zeit für Bildung, mit mehr Zeit für individuelle, verbindliche Förderung und für bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Wir wollen die demografische Entwicklung dazu nutzen, die Zahl der Förderstunden in der Sekundarstufe I zu erhöhen. Denn der sicherlich richtige Weg, das Bildungssystem von unten her zu verbessern, ist ein langer Weg; aber auch die jetzigen Schülerinnen und Schüler in den Klassenstufen 5 bis 10 müssen kurzfristig von einer Qualitätsverbesserung profitieren.

Mehr Qualität der schulischen Bildung verlangt klare Standards. Wir wollen festlegen, was wann gelernt sein muss. Wir wollen, dass Leistungsüberprüfungen den Förderbedarf festlegen. Das gilt für Lernschwächen genauso wie für Lernstärken. Wir erwarten, dass die pädagogische und didaktische Kompetenz der Lehrerinnen und Lehrer stärker als bisher für die individuelle Förderung der Kinder und Jugendlichen genutzt wird.

Wir brauchen Schulen, in denen das System des Sitzenbleibens überwunden wird. Wir brauchen Schulen, die fördern statt zu selektieren, die das Wechseln von einer Schulform in die nächst niedrigere vermeiden, die mit dazu beitragen, dass möglichst alle Jugendlichen einen qualifizierten Schulabschluss erreichen.

Wir wollen eine Neuausrichtung unseres Schulsystems. Unsere Schulen brauchen mehr Freiheit und mehr Selbstbestimmung. Deshalb wollen wir die selbstständige Schule.

Die derzeitige Landesregierung hat schwerwiegende bildungspolitische Fehlentwicklungen zu verantworten:

- zu viele Schülerinnen und Schüler ohne Schulabschluss,
- zu wenig Abiturienten und Abiturientinnen
- zu wenig Förderung für Schüler und Schülerinnen aus sozial benachteiligten Schichten und Migrantenkinder,
- zu wenig Förderung aber auch für besonders begabte Schülerinnen und Schüler

Die Landesregierung bekämpft ein gescheitertes System mit den Mitteln, die sein Scheitern verursacht haben: Das Saarland hat mittlerweile entgegen allen empirischen Befunden, die PISA liefert, die frühe Selektion so verschärft, dass es eine traurige Spitzenposition unter den Ländern einnimmt.

Anstatt das zentrale Problem der deutschen Schule – die Abhängigkeit der Bildungskarriere von der sozialen Herkunft – zu lösen, beschreitet das Saarland den entgegengesetzten Weg. Die Bildungspolitik des Saarlandes hat sich als oberflächlich, selektiv, leistungshemmend, kurz um: nicht zukunftsfähig entlarvt.

Schlusslicht ist das Saarland auch bei der Schüler-Lehrer-Relation, die etwas über die Betreuungsintensität aussagt. Statt – wie versprochen – die Lehrer und Lehrerinnen zu entlasten, hat sie sie zusätzlich belastet.

Die Streichung von 250 Stellen an Grundschulen spricht der PISA-Erkenntnis „auf den Anfang kommt es an“ Hohn. Die dreiste Behauptung der CDU-Regierung, 400 zusätzliche Lehrerstellen geschaffen zu haben, ist nicht nur eine Legendenbildung, sondern bedeutet die endgültige Abschaffung eines Adam Riese. Mit 4,3 Mio. Euro beziffert der Finanzminister die Mehrausgaben für zusätzliche Lehrerstellen. Damit sind allenfalls 100 Lehrer zu finanzieren. 65 dieser Stellen sind allein dem Aufbau des 8-jährigen Gymnasiums geschuldet, Stellen, die nach der Aufbauphase wieder komplett gestrichen werden. Weitere 30 Stellen wird die Landesregierung eingespart haben, wenn die bewährte Höhere Handelsschule im nächsten Jahr ihre Pforten endgültig schließen muss.

Die Landesregierung verweigert sich zudem beharrlich der Erkenntnis: „Bildung braucht Zeit“. An Ganztagschulen ist Zeit. Zeit für mehr individuelle Förderung unserer Kinder, für mehr Kreativität und mehr Angebote an die Schüler und Schülerinnen. Eine für die Eltern kostspielige Aufbewahrung ihrer Kinder, wie sie momentan von der jetzigen Landesregierung praktiziert wird, wird diesem Anspruch nicht gerecht.

Das Saarland braucht die klügsten Köpfe.

Deshalb wird eine SPD-geführte Landesregierung vorrangig folgende Ziele umsetzen:

- eine Finanzierungsquote für Bildung in der Verfassung absichern,
- das Einschulungsalter senken,
- die Zahl der Studierenden im Laufe der nächsten Legislaturperiode von derzeit etwa 28 % eines Jahrgangs auf international übliche und notwendige 40 % steigern,
- die Zahl der Jugendlichen ohne Schulabschluss innerhalb der nächsten Legislaturperiode auf die Hälfte absenken,
- einen besonderen Schwerpunkt auf den Ausbau von „echten“ Ganztagschulen legen, alle Grundschulen, die nicht Ganztagschulen sind, zu sogenannten verlässlichen Halbtagsgrundschulen – mit Unterrichtszeiten von 8 – 13 Uhr – ausbauen,
- die sechsjährige Grundschule einführen, die einmündet in ein Zwei-Säulen-Modell, bestehend aus einer integrierten und einer gymnasialen Schulform.

Wir wissen: Damit unser Land bei Bildung und Forschung wieder Weltspitze wird, müssen wir weitere große Anstrengungen auf uns nehmen – Bund und Länder gemeinsam.

Wir haben keine Alternative: Nur mit hoher Bildung und Spitzenleistungen bei Forschung und Entwicklung können wir den Wohlstand unseres Landes langfristig erhalten.

Bildung ist die neue soziale Frage

Angesichts der enormen Herausforderungen, die Globalisierung, weltweite Migration und demographischer Wandel am Beginn des 21. Jahrhunderts mit sich bringen, sind wir gefordert, uns neu darauf zu verständigen, wie unsere Gesellschaft verfasst sein soll. Es ist die Sozialdemokratie, die die Antworten auf die zentralen politischen Fragen des neuen Jahrhunderts formuliert, damit unser Weg in die Wissensgesellschaft ein gerechter Weg ist.

Unser Land braucht hervorragend ausgebildete Männer und Frauen, um die Wettbewerbsfähigkeit seiner Wirtschaft in einer globalisierten Welt und damit gesellschaftlichen und individuellen Wohlstand zu sichern. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen Staat und Gesellschaft durch grundsätzliche Reformen in den Bereichen Wirtschaft, Arbeit und Soziales den finanziellen Handlungsspielraum für die in Zukunft notwendigen Investitionen in die vielfältigen humanen Ressourcen dieses Landes schaffen. Die SPD-geführte Bundesregierung hat mit der Agenda 2010 diesen Prozess zur Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft angestoßen. Allerdings muss im weiteren Reformprozess stärkeres Gewicht auf die soziale Balance gelegt werden.

Die gesellschaftlichen Umbrüche, die wir derzeit erfahren, stellen auch völlig neue Anforderungen an das Lernen und an unser Bildungssystem. Bildung ist die neue soziale Frage. Wissen ist zur entscheidenden Quelle für Wachstum und Wohlstand geworden. Bildung ist das humane und soziale Kapital unserer

westlichen Demokratien. Der Rohstoff „Wissen“ veranlasst uns als ein an physischen Rohstoffen armes Land dazu, mehr in die Köpfe zu investieren. Wir werden in Zukunft noch stärker dafür zu sorgen haben, dass Bildung und Forschung vorrangige Handlungsfelder sind.

Unser Land muss im Bildungsbereich wieder an der internationalen Spitze stehen. Dazu bedarf es eines neuen Verständnisses dessen, was Bildung ist:

Bildung ist mehr als nur Wissen. Bildung ist vor allem die Fähigkeit, Wissen zu nutzen, Zusammenhänge zu erkennen, zu verstehen und zu beurteilen, Chancen und Verantwortung wahrzunehmen. Bildung ist ein wichtiger Baustein für ein selbstbestimmtes Leben jedes und jeder Einzelnen, und sie ist ein wichtiger Baustein für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft.

Bildung und Wissen verbreitern die Basis der sozialen Demokratie. Bildung stärkt die Orientierungsfähigkeit in einer komplexen Welt. Sie ermöglicht Verständigung in einer Vielfalt der Kulturen und einer globalen Gesellschaft. Wir können und wir müssen unseren Kindern das Wichtigste mitgeben, was sie für eine gute Zukunft brauchen: Bildung, Erziehung, fundiertes Wissen und eine qualifizierte Berufsausbildung.

In der globalen Gesellschaft des 21. Jahrhunderts ist Bildung unser wichtigster und entscheidendster Energieträger. Nur die bestmögliche Ausschöpfung unserer Bildungsreserven sichert unseren Wohlstand und unsere Wettbewerbsfähigkeit auf Dauer. Das gilt für den einzelnen Menschen ebenso wie für unser Land als Ganzes.

Deswegen muss Bildung allen offen stehen – ein Leben lang.

Was wir erreichen wollen:

I. Unsere Leitlinien

Chancengleichheit und Leistungsprinzip sind zwei Seiten einer Medaille

Unsere Grundüberzeugung hat Bestand: Wir wollen auch künftig Chancengleichheit und die bestmögliche Entfaltung der individuellen Fähigkeiten. Unser Ziel bleibt es, die unterschiedlichen Fertigkeiten, Fähigkeiten und Begabungen aller zu fordern und zu fördern. Jeder Mensch muss die Chance haben, den seinen Fähigkeiten und Neigungen entsprechend höchsten Bildungsstand zu erreichen und lebensbegleitend fortzuentwickeln. Das soziale und wirtschaftliche Umfeld oder die Herkunft dürfen nicht bestimmend dafür sein, was ein Mensch erreichen kann. Deswegen steht jeder Einzelne und seine individuelle Förderung im Mittelpunkt bildungspolitischen Handelns. Alle unsere Bürgerinnen und Bürger sollen über eine abgeschlossene Berufsausbildung oder einen Hochschulabschluss verfügen.

Unsere Gesellschaft braucht eine Leistungsspitze, die sich ihrer Verantwortung bewusst ist und die Jedem und Jeder offen steht. Unser Verständnis von Chancengleichheit ist es, die Chancen für bildungsbenachteiligte Kinder und Jugendliche zu mehren und nicht die Chancen derer einzuschränken, die heute schon gute Rahmenbedingungen für ihren Bildungsweg haben.

Jeder qualifizierte Abschluss hat seinen Wert

Wir wollen mit einer guten Bildungsinfrastruktur und mit den Mitteln des Förderns und Forderns Jede und Jeden in die Lage versetzen, den bestmöglichen qualifizierten Bildungsabschluss zu erlangen und Eltern und Kinder dazu ermuntern, Chancen wahrzunehmen. Bildung hat viele Facetten, und jede hat ihren Wert für den Einzelnen und die Gesellschaft. Jeder Abschluss – ob Hochschulabschluss oder Berufsausbildung – hat seinen Wert und sein spezifisches Anforderungsniveau. Wir wollen so viele Abiturienten und Abiturientinnen wie möglich – aber mit einem Abitur, das nicht nur zum Hochschulzugang berechtigt, sondern ein erfolgreiches Hochschulstudium erwarten lässt. Wir wollen die Zahl der Studierfähigen bis 2009 auf 40 % eines Altersjahrgangs steigern.

Wissen braucht ein menschliches Maß

Die rasant fortschreitende Vermehrung des Wissens und die wachsende Bedeutung formaler Bildungsabschlüsse für das Erreichen von beruflichen Zielen dürfen nicht zur Ausgrenzung führen. Wir wollen verhindern, dass ein neues Bildungsproletariat entsteht, das den Anschluss an Bildung verfehlt und somit den sozialen Anschluss verliert. Damit der Einzelne nicht in der Wissensflut ertrinkt, geht es neben dem Erwerb von solidem Fachwissen und formalen Fähigkeiten um die Vermittlung von Wertmaßstäben und Schlüsselqualifikationen, die Orientierung erleichtern, das Urteilsvermögen stärken und soziale Kompetenzen herausbilden. Wissen braucht ein menschliches Maß. Wir wollen eine Gesellschaft mündiger Bürgerinnen und Bürger, die Chancen haben und in der Lage sind, sie zu erkennen und zu nutzen.

Bildung und Erziehung gehören zusammen

Wir wollen unsere Kinder und Jugendlichen zu gegenseitigem Respekt, gemeinsamer und persönlicher Verantwortung, Fairness und Ehrlichkeit, Solidarität und Leistungsbereitschaft erziehen. Sie sollen Toleranz lernen und erfahren. Dazu gehört auch die Vermittlung eines Wertegerüsts – Pflichtbewusstsein, Disziplin und Verlässlichkeit und angemessene Möglichkeiten ihrer Durchsetzung eingeschlossen. Gleichgültigkeit und Partikulardenken gefährden den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Junge Menschen brauchen Anerkennung und Kritik, Freiheiten und individuelle Grenzen. Bildung und Erziehung gehören zusammen. Kindergarten und Schule allein wären überfordert, wenn die Erziehungsarbeit bei ihnen abgeladen würde. Erziehung setzt Werte voraus, die der Staat weder definieren noch durchsetzen kann, wenn dahinter kein gesellschaftlicher Konsens über Grundprinzipien steht, auf deren Grundlage sich Individualität in der und für die Gemeinschaft entfalten kann. Deswegen brauchen wir vor Ort Bündnisse für Erziehung und Beratungsangebote für Eltern in Erziehungsfragen.

Aber nicht nur Elternhaus und staatliche Bildungsinstitutionen stehen in der Verantwortung. Alle, denen vor allem die jungen Menschen in ihrer Entwicklung anvertraut sind, müssen sich dieser Verantwortung immer wieder aufs Neue stellen. Dieser Verantwortung gerecht zu werden, ist ein konstitutives Element der demokratischen Gesellschaft und der sozialen Marktwirtschaft.

II. Neue Zeiten verlangen neue Antworten.

Bildungspolitik ist Zukunftspolitik mit Mut zu Kontinuität und zur Korrektur

Die PISA-Studie hat einen wichtigen Anstoß dazu gegeben, Strukturen und Inhalte unserer Bildungslandschaft zu hinterfragen, weil das deutsche Schulsystem weder die internationale Qualitätsspitze erreicht noch Bildungsbenachteiligungen in genügendem Ausmaß entgegen steuert.

Sicher geglaubte politische Antworten aller Parteien stehen in Zweifel, unsere nicht ausgenommen.

Wir waren davon überzeugt, auf unserem Weg zu mehr Chancengleichheit und Qualität schon wesentlich weiter gekommen zu sein, als das nach neueren Untersuchungsergebnissen tatsächlich der Fall ist. Auch die Annahme, dass wir mit traditioneller staatlicher Steuerung den Alltag des Unterrichts wesentlich verbessern könnten, erscheint seit PISA in einem anderen Licht.

Die PISA-Studie gibt keine Veranlassung dazu, alles Erreichte in Frage zu stellen. Das zu tun, ist in der politischen Auseinandersetzung legitim, hilfreich für eine sachgerechte Weiterentwicklung unserer Bildungslandschaft ist es nicht. Aber die PISA-Studie gibt Anlass, kritisch Bilanz zu ziehen, wo wir auf dem richtigen Weg sind und wo Verbesserungsbedarf besteht.

Bildungsausgaben sind Investitionen in die Zukunft. Bildungsquote in die Verfassung

Bildung ist das Zukunftskapital unserer Gesellschaft. Bildungsausgaben – im weitesten Sinne: für Kindergarten, Schule, Hochschule, die berufliche Bildung und die Weiterbildung – sind Beiträge zu unserer Zukunftsvorsorge und damit Investitionen. Dabei wissen wir: Auch die Mittel für die Bildung konkurrieren mit anderen wichtigen Aufgaben, die das Gemeinwesen zu leisten hat. Deshalb enthebt uns die Bedeutung eines guten Bildungssystems nicht der Verpflichtung, die verfügbaren Ressourcen effizient zu nutzen. Quantität allein kann Qualität nicht ersetzen. Das betrifft die Bildungsinhalte ebenso wie die Bildungsinfrastruktur.

Die Unterfinanzierung des vorschulischen und grundschulischen Bereiches, die wir im internationalen Vergleich zu beklagen haben und deren Folgen sich in der Sekundarstufe I zeigen, muss beendet werden. Wir werden die demographische Entwicklung zudem dazu nutzen, die Zahl der Förderstunden für die Sekundarstufe I zu erhöhen, denn der sicherlich richtige Weg, das Bildungssys-

tem von unten her zu verbessern, ist ein langer Weg. Aber auch die jetzigen Schülerinnen und Schüler der Klassenstufen 5 – 10 müssen von einer Qualitätsverbesserung profitieren.

An der Einsicht, dass die Ausgaben für Bildung gesteigert werden müssen, führt kein Weg vorbei. Dieser Einsicht wollen wir mit einer verfassungsrechtlich abgesicherten Mindestquote Rechnung tragen. Zukünftig ist der Landeshaushalt verfassungswidrig, sobald die Ausgaben für Bildung weniger als 30 % des Gesamtetats ausmachen.

III. Ein leistungsfähiges Bildungssystem braucht leistungsfähige Bildungsinstitutionen auf allen Ebenen

Kindergarten – Der Stellenwert von Bildung in unseren Kindergärten muss weiter gestärkt werden

Der Kindergarten bietet für viele Kinder außerhalb der Familie die erste prägende Erfahrung im Erleben von Gemeinschaft. Der Kindergarten ist der erste Prüfstein für Chancengleichheit auf dem Bildungsweg. Er muss vor dem Hintergrund heterogener Sozialstrukturen die musischen, motorischen, sozialen und vor allem sprachlichen Fähigkeiten und die Lust am Lernen entwickeln helfen, deren Fehlen für viele schon am Anfang der Schullaufbahn kaum mehr zu überwindende Hürden aufbaut.

Die guten Ergebnisse der skandinavischen Länder bei der PISA-Studie sind auch auf eine bessere Verzahnung der Kindergärten mit den Grundschulen zurückzuführen. Deshalb ist es nötig, eine Schuleingangskonferenz einzuführen, die individuelle Förderbedarfe feststellt.

Unsere Kindergärten müssen ihre Bedeutung als frühkindliche Bildungseinrichtung weiter ausbauen. Zweisprachige Kindergärten müssen flächendeckend eingeführt werden. Die Ausbildung der Erzieherinnen und Erzieher muss stärker auf diese Anforderungen eingehen. Sie muss auf Fachhochschulniveau angehoben werden.

Das Schuleingangsalter senken – die neue Schuleingangsphase

Wir treten dafür ein, das Schuleingangsalter und die Schuleingangsphase flexibler zu handhaben. Schule ist für die Kleinen keine lästige Pflicht. Guter Unterricht fördert die Lust am Lernen gerade in der Lebensphase, die für die Entwicklung junger Menschen lebensbestimmend ist und in der die Aufnahmefähigkeit nach Auffassung aller Experten am größten ist. Unser Ziel ist es, das Einschulungsalter auf 5 Jahre herabzusetzen. Dieses Ziel kann durch die Stärkung des Bildungsauftrages für den Kindergarten und eine flexible Eingangsphase für die Grundschule bei gleichzeitiger individueller Förderung erreicht werden. Die Organisation des Unterrichtes in jahrgangsübergreifenden Lerngruppen ermöglicht es, die ersten beiden Schuljahre variabel, das heißt, je nach persönlichem Lernzeitbedarf zu absolvieren. Die Schuleingangsphase (Klassen 1 und 2) kann also individuell in ein, zwei oder drei Jahren durchlau-

fen werden. Die individuelle Verweildauer ermöglicht sowohl dem schneller Lernenden als auch den schwächeren Schülerinnen und Schülern passgenauere Fördermöglichkeiten.

Ein Paradigmenwechsel vom „schulfähigen Kind“ zur „kindfähigen Schule“ ist die entscheidende Voraussetzung für die Senkung des Einschulungsalters.

Schulautonomie stärken

Die Selbstständige Schule ist unser Modell für die Zukunft. Sie öffnet Wege für Vernetzung und Rücksichtnahme auf lokale Besonderheiten.

Optimaler Bildungserfolg und gute Chancen für alle Lernenden stehen nicht im Widerspruch zu einer Kultur des Wettbewerbs, im Gegenteil: Bessere Kenntnis örtlicher Gegebenheiten und der Einsatz für die „eigene“ Schule schärfen den Blick für den Bedarf vor Ort, schaffen Identität und steigern die Motivation von Lehrenden und Lernenden, Ressourcen zu erschließen und bedarfsgerecht einzusetzen. Die Schulen der Zukunft werden deshalb bei der Entscheidung darüber, wie die Bildungsziele erreicht werden, selbstständiger als heute agieren. Das gilt auch für ihre Finanzierung, Personalisierung und Organisation. Bei dieser größeren Verantwortung, die insbesondere auch Schulleiterinnen und Schulleitern zuteil wird, ist es wichtig, die Qualifikation der Schulleitung entsprechend zu fördern. Hierzu gehört unbedingt die Reformierung der Schulleitungsqualifikation vor allem auch im Hinblick auf die Bereiche, um die sich die Zuständigkeit erweitert. Die „Ausbildung“ von Schulleitern Schulleiterinnen muss einheitlich, systematisch und transparent geregelt werden. Chancengleichheit, Bildungsgerechtigkeit und hohe Qualität der Bildung erfordern gleichermaßen eine konsequente Standardsicherung und konsequente Förderung in unseren Bildungseinrichtungen. Standardsicherung und Förderung gehören zusammen. Mehr Selbstständigkeit für die einzelne Schule heißt nicht Rückzug aus der Verantwortung, sondern sie nimmt das Land mehr als bisher in die Pflicht, für gleichwertige Bildungschancen zu sorgen. Angesichts der heterogenen Sozialstruktur muss das Land besondere Sorge tragen, dass Schulen in sozial schwierigerem Umfeld Selbstständigkeit genau so produktiv nutzen können wie in einem günstigen Umfeld.

Ganztagschulen – Zeit für mehr

Das Saarland braucht mehr und bessere schulische Ganztagsangebote. Die kostenpflichtigen Betreuungsangebote der jetzigen Landesregierung beschränken sich auf Aufbewahrung. Sie sind keine angemessene Antwort auf PISA. Unsere Ganztagschule ist an vier Nachmittagen pro Woche bis 16 Uhr verlässlich für die Schüler geöffnet. So bleibt mehr Zeit, Zeit für mehr Qualität im Unterricht, individuelle Förderung, kreative Freizeitgestaltung und familienfreundliche Betreuung.

Ganztagschulen begünstigen eine Lehr- und Lernkultur, die auf die Interessen und Voraussetzungen des einzelnen Kindes eingeht, die Schülerinnen und Schüler zur Selbstständigkeit erzieht und Freude am Lernen und an Leistung vermittelt. Damit sind Ganztagschulen eine zukunftsweisende Schulform. An

„unseren“ Ganztagschulen wird es eine Hausaufgabenbetreuung ebenso geben wie ein Mittagessen und Entspannungsphasen.

Das zukunftsweisende Investitionsprogramm der Bundesregierung zum Auf- und Ausbau von Ganztagschulen, das für das Saarland 50 Mio. Euro vorsieht, erleichtert uns das Ziel, ein bedarfsgerechtes Angebot an Ganztagschulen zu schaffen.

Die „volle Halbtagschule“

Grundschulen, die keine Ganztagschulen sind, werden zu „vollen Halbtagschulen“ ausgebaut. Die „volle Halbtagschule“ steht für verlässliche Anfangs- und Schlusszeiten des Schulunterrichts und erleichtert so die Alltagsplanung von Familien. Zudem sind durch die Ausweitung der Stundentafel positive Effekte im Hinblick auf das Einüben und Vertiefen des Unterrichtsstoffs zu erwarten. Im Rahmen der Ausweitung der Stundentafel für die Grundschule wird auch eine Erhöhung der Unterrichtszeit im Schulsport vorgenommen. Die Kooperationen zwischen Schulen und Sportvereinen werden verstärkt gefördert.

Qualitäts- und Standardsicherung

Um die Weiterentwicklung von Schule und die Teilnahmechancen aller Kinder und Jugendlichen am gesellschaftlichen Leben zu sichern, bedarf es eines umfassenden Instrumentariums der Qualitäts- und Standardsicherung. Deshalb waren sozialdemokratische Bildungsministerinnen und -minister stets Motor für eine Beteiligung Deutschlands an internationalen Vergleichsstudien wie PISA oder IGLU. Zu den unabdingbaren Elementen einer umfassenden Qualitäts- und Standardsicherung im Bildungswesen gehören:

- die Einführung schulinterner, landes- und bundesweiter Vergleichsarbeiten sowie die Beteiligung an internationalen Studien als Grundlage für die Weiterentwicklung von Unterricht,
- das Aufstellen nationaler Bildungsstandards als Orientierung für Lehrkräfte, Schülerinnen und Schüler, deren Eltern sowie Wirtschaft und Gesellschaft.

Überprüfungen von Standards sind ein wichtiger Beitrag, Stärken und Schwächen von Schülerinnen und Schülern besser als bisher zu diagnostizieren. Ziel der Überprüfung der Leistungsstandards muss sein, durch tatkräftige gezielte Förderung möglichst vielen Schülerinnen und Schülern das Erreichen der gesetzten Ziele zu ermöglichen. Diese Überprüfungen dürfen nicht als zusätzliches Selektionsinstrument missbraucht werden.

Es geht aber nicht nur um die Überprüfung der Leistungsstandards, sondern auch um eine Veränderung der Lerninhalte.

Die (Fremd)Sprachenkompetenz wird in einem zusammenwachsenden Europa immer wichtiger. Damit die in den zweisprachigen Kindergärten erworbenen Sprachkenntnisse nicht verloren gehen, werden wir ab dem ersten Schuljahr auch in den Schulen zweisprachige Angebote sicherstellen.

Schulstruktur kontinuierlich und sensibel weiterentwickeln

Der Blick auf die erfolgreichen PISA-Staaten gebietet es, strukturelle Befunde aufzuarbeiten, anstatt sie zu tabuisieren. PISA hat uns gezeigt, dass unser vielgliedriges Schulsystem nicht zu den Ergebnissen führt, die wir brauchen und uns wünschen. Die einzelnen Schulformen bestimmen noch viel zu stark und viel zu abschließend die Leistungsentwicklung und damit die Lebenschancen unserer Kinder. Viele Talente werden damit vertan; Chancengleichheit bleibt auf der Strecke. Aber auch die demografische Entwicklung – der Rückgang der Schülerzahlen – setzt ein zu stark ausdifferenziertes System unter Druck, wenn alle unsere Schulen stark und leistungsfähig sein sollen. Wir werden deshalb unsere Schulstruktur reformieren müssen, und wir wollen das auch ohne ideologische Scheuklappen, aber mit Augenmaß tun. Die ideologisch geführte Strukturdebatte der vergangenen Jahrzehnte führen hier nicht weiter. Es führt aber auch nicht weiter, wenn Bildungspolitiker in einer unreflektierten Konsens-Absicht Positionen zur Festigung selektiver Organisationsstrukturen übernehmen. Es führt kein Weg daran vorbei: Die Strukturfrage gehört aufgrund neuester empirischer Erkenntnisse auf die Tagesordnung.

Dass der Weg einer grundlegenden Strukturreform, den die skandinavischen Länder vor 30 Jahren im Konsens beschritten haben, richtig ist, haben die hervorragenden Ergebnisse dieser Länder bei der PISA-Studie gezeigt. Schon die Bertelsmann-Stiftung verlangt, das Schulsystem in Deutschland fördernd statt selektiv auszurichten und eine Reform der starren Strukturen der deutschen Schulsysteme vorzunehmen. Auch McKinsey hält es für unabdingbar, die Diskussion um eine spätere Trennung der Schüler nach Schularten vorurteilsfrei und faktenbasiert zu führen. Selbst Handwerkskammertage fordern mittlerweile mit Entschiedenheit das längere gemeinsame Lernen ein. Es wird Zeit, dass auch die Politik der Rationalität zum Durchbruch verhilft, anstatt am Mythos festzuhalten, dass leistungshomogene Lerngruppen zu besseren Leistungen führen.

Wer auf das hohe Maß soziale Selektivität in der Bundesrepublik Deutschland keine Antwort gibt, der wird als Politiker dem Grundgesetzauftrag nicht gerecht. Diese Selektivität steht im Widerspruch zu unserer Verfassungsnorm. Die Tabuisierung der Strukturfrage durch die KMK ist verantwortungslos.

Das jetzige Schulsystem produziert eine zu kleine Leistungselite und eine viel zu große Zahl (ca. 30 Prozent) Schulabsolventen, die den Anforderungen einer modernen Wissens- und Kommunikationsgesellschaft nicht oder nicht genügend gewachsen ist. Eine Veränderung der Schule ist so einerseits ein Gebot sozialer Gerechtigkeit. Sie liegt andererseits im Selbsterhaltungsinteresse der freiheitlich-demokratischen Gesellschaft und ist unerlässlich für die wirtschaftliche Entwicklung.

Ein konsequent gedachter und ohne Bruch vollzogener Systemwechsel ist daher nötig. Er soll folgende Struktur aufweisen:

Die bisher vierjährige Grundschule wird ersetzt durch eine sechsjährige Primarschule, die einmündet in ein Zwei-Säulen-Modell, bestehend aus einer integrierten und einer gymnasialen Sekundarstufe I.

Die Unterscheidung zwischen höher und minderwertigen Ausbildungsgängen weicht zugunsten andersartiger Bildungsgänge, die dem unterschiedlichen Lernverhalten und dem unterschiedlichen Förderbedarf der Schüler Rechnung tragen. Die gymnasiale Säule arbeitet auf die Vermittlung der allgemeinen Hochschulreife nach acht Jahren hin. (Nach Revision der heutigen Lehrpläne und mit Hilfe einer Infrastruktur, die Nachmittagsunterricht ermöglicht)

Die integrierte Säule vermittelt alle Abschlüsse. Sie verfügt über ein erweitertes Zeitbudget. Das Abitur wird – möglichst in eigenen gymnasialen Oberstufen – nach 9 Jahren abgelegt.

Darüber hinaus werden wir eine „PISA-Modell-Schule“ einrichten. Diese für alle gemeinsame Schule umfasst die Klassenstufen 1 bis 9. Sie soll den Nachweis erbringen, dass die individuell fördernde Schule für alle zu mehr taugt als nur zu einer Vision.

Das allgemeinbildende Fundament stärken – eine neue Struktur für die gymnasiale Oberstufe

Wir wollen der immer lauter werdenden Forderung nach einer besseren Allgemeinbildung dadurch Rechnung tragen, dass die Unterscheidung zwischen dreistündigen Grundkursen und fünfständigen Leistungskursen in der gymnasialen Oberstufe aufgehoben wird. Deutsch, Mathematik und eine Fremdsprache nach Wahl sollen vierstündig unterrichtet werden, ebenso wie ein sogenanntes Profiffach eigener Wahl. In allen vier Fächern erfolgt eine schriftliche Abiturprüfung.

Die übrigen Fächer werden zweistündig unterrichtet, was zu einer erheblichen organisatorischen Vereinfachung der gymnasialen Oberstufe führt. Im Übrigen werden durch diese neue Organisationsform Ressourcen frei. Internationale Vergleiche haben gezeigt, dass die BRD überproportional viel Geld in die gymnasiale Oberstufe steckt, die Grundschulen aber im internationalen Vergleich chronisch unterfinanziert sind. Die freiwerdenden Ressourcen werden in die Grundbildung investiert.

Berufliche Bildung

Die Zukunft unseres Wirtschaftsstandortes hängt wesentlich von einem ausreichenden Umfang qualifizierter Fachkräfte ab. Dafür zu sorgen, ist ein Gemeinschaftsprojekt von Wirtschaft, Arbeitsverwaltung und Staat. Deshalb sind alle unsere Bemühungen darauf auszurichten, allen Jugendlichen eine berufliche Erstausbildung zu ermöglichen und die beruflichen Bildungsgänge qualitativ weiterzuentwickeln. Die berufliche Bildung muss in ihrer Wertigkeit anderen Bildungsgängen gleichgestellt sein und niedrigschwellige Übergänge in diese ermöglichen. Die Berufsschule nimmt dabei eine zentrale Stellung ein, da 80 Prozent der Jugendlichen eines Jahrgangs entweder die berufliche Vollzeitschule oder Berufsschule besuchen.

Ausbildung und Beruf bestimmen in der Regel unseren Standort in der Erwachsenenwelt. Jedem jungen Menschen, der eine Ausbildung im dualen System

anstrebt, muss eine Ausbildungsstelle zur Verfügung stehen. Hier steht die Wirtschaft in besonderer Verantwortung. Dort wo Ausbildungsbetriebe in Teilbereichen die Ausbildung nicht mehr alleine organisieren können, muss über Verbundlösungen die Qualität der Berufsausbildung gesichert werden.

Ausbildungsgänge haben sich sowohl an weiterentwickelten fachlichen Anforderungen als auch an den Voraussetzungen, die die Schulabsolventinnen und -absolventen mitbringen, zu orientieren. Die Berufsschule als Teil der Bildungskette muss zur Allgemeinbildung der Schülerinnen und Schüler beitragen und ebenso für die Vermittlung der fachspezifischen Qualifikation auf der Grundlage des aktuellen Wissensstandes sorgen.

Aber auch für Jugendliche mit eingeschränkter Leistungsfähigkeit sind Perspektiven für eine Berufsausbildung oder die Vermittlung arbeitsmarktrelevanter Qualifikationen zu entwickeln. Die notwendigen finanziellen Mittel müssen gesichert bleiben.

Ebenso müssen Angebote für leistungsstarke Schüler und Schülerinnen entwickelt werden, damit diese die Möglichkeit bekommen, im Rahmen ihrer Berufsausbildung Zusatzqualifikation zu erwerben.

Im Rahmen eines lebenslangen Lernens kommt der beruflichen Weiterbildung eine besondere Bedeutung zu. Der Forderung nach stärkerer Verzahnung von beruflicher Erstausbildung und beruflicher Weiterbildung muss stärker Rechnung getragen werden. Dazu müssen die berufsbildenden Schulen zu selbstständigen Kompetenzzentren der Region weiterentwickelt werden.

Lehrerbildung

Um die hohen Qualitätsziele insbesondere unserer schulischen Bildung zu erreichen, muss die Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern praxisnäher, professioneller und flexibler gestaltet werden. Dazu ist ein Paradigmenwechsel notwendig.

Lehramtsstudiengänge müssen charakterisiert sein durch verbindliche curriculare Standards, einen hohen fachdidaktischen und pädagogischen Anteil, eine große Durchlässigkeit zwischen den einzelnen Lehrämtern und eine starke Verzahnung von erster und zweiter Ausbildungsphase. Auch im Sinne einer konkurrenzfähigen Attraktivität sollten sie wie alle anderen Studiengänge nach dem zweistufigen Bachelor-/Master-System aufgebaut sein. Die Lehrerfortbildung muss künftig verpflichtend sein.

Weiterbildung – die lernende Gesellschaft

Die Kompetenz, lebenslang zu Lernen, d. h. sich an jeder Stelle des Lebens erneut Zugänge zur Weiterbildung eröffnen zu können, wird zu einem zentralen Bildungsziel.

Die Bewältigung gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Anforderungen setzt ein flexibles und leistungsfähiges Weiterbildungssystem voraus.

Die Weiterbildung muss in enger Abstimmung und Zusammenarbeit mit anderen Feldern wie Sozial- und Arbeitsmarktpolitik organisiert werden. Ziel der

Weiterbildung ist die Verbesserung individueller Lebenslagen und beruflicher Qualifikation. Allgemeine und berufliche Weiterbildung sind dabei zwei Seiten einer Medaille.

Die SPD Saar tritt für den Anspruch auf Bildungsfreistellung ein. Daher wird eine SPD-geführte Landesregierung nochmals die gesetzlichen Grundlagen schaffen, die im Saarland bis 2003 galten und bundesweit Vorbildfunktion hatten, von der CDU aber zur Befriedigung von Partikularinteressen beseitigt worden sind.

3. Innovationskraft stärken

Die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft und die Konkurrenzfähigkeit unserer Wirtschaft erfordern einen ständigen Innovationsvorsprung. Nur mit einer konsequenten Innovationsstrategie kann das Saarland auf den Zukunftsmärkten erfolgreich sein. Der Wettbewerb der führenden Wirtschaftsregionen wird immer mehr über die Qualität des Bildungs- und Forschungsniveaus entschieden. Deshalb wollen wir die wissenschaftlich-technische, soziale, ökonomische und kulturelle Innovationskraft unserer Hochschulen und Forschungseinrichtungen zielstrebig weiter stärken und damit Investitionen in die Menschen unseres Landes tätigen.

Innovation ist eine gesellschaftliche Querschnittsaufgabe. Technologisch müssen wir Spitzenleistungen anstreben, um national und international auf den globalisierten Märkten konkurrenzfähig zu sein. Soziale Innovation ist notwendig, um die Gesellschaft auf geänderte Rahmenbedingungen einzustellen. Die staatliche Organisation und die öffentliche Verwaltung müssen effizienter und damit kostengünstiger werden. Die Bewältigung dieser Aufgaben erfordert eine breite gesellschaftliche Basis. Wir werden deshalb alle gesellschaftlichen Kräfte an dem Innovationsprozess beteiligen und das Bündnis für Arbeit zu einem Bündnis für Innovation, Effizienz und Wachstum weiterentwickeln.

Innovationsnetze aufbauen

Unter sozialdemokratischer Regierungsverantwortung wurden im Saarland zwischen 1985 und 1999 viele hochrangige und inzwischen weit über das Land hinaus beachtete Forschungsinstitute angesiedelt und dadurch einen Transfer wissenschaftlicher Erkenntnisse in wirtschaftliche Anwendungen in Gang gebracht. Das Saarland hat insbesondere in den Bereichen Informatik, Neue Materialien, Bio- und Nanotechnologie und Medizintechnik neue Kompetenzfelder erschlossen. Hochschulen und Forschungsinstitute sind zu einem Motor des qualitativen Strukturwandels geworden. Mehrfach wurden saarländische Forscherinnen und Forscher für hervorragende wissenschaftliche Spitzenleistungen ausgezeichnet.

Diesen Weg werden wir konsequent fortsetzen. **In den nächsten fünf Jahren streben wir die Neugründung mindestens eines neuen Forschungsinstituts im Saarland an.** Die vorhandene Forschungslandschaft werden wir weiterentwickeln und Entwicklungspotenziale dort besonders nutzen, wo sich weit über das Saarland hinaus beachtete Forschungskompetenz aufgebaut hat. Wir werden verstärkt die Vernetzung der Forschungsschwerpunkte zu Innovationsplattformen vorantreiben und die projektbezogene Kooperation der einzelnen Hochschulen und Forschungseinrichtungen der Region fördern.

Für den Wirtschaftsstandort Saarland ist es von besonderer Bedeutung, **dass die Innovationsstrategie den qualitativen Strukturwandel unterstützt und zusätzliche Arbeitsplätze schafft. Wir legen besonderen Wert auf die Entwicklung vollständiger Wertschöpfungsketten, von der innovativen Idee bis zum marktfähigen Produkt.** Deshalb werden wir die neu erworbenen Fähigkeiten mit den traditionellen Kernkompetenzen des Saarlandes vernetzen. Die neuen Projekte „Autouniversität“ und „Kompetenzzentrum Stahl“ sind geeignet, Forschungsergebnisse und industrielle Produktion zusammenzubringen.

Bildungsbeteiligung ausbauen

Wir brauchen zukünftig erheblich mehr hochqualifizierte akademische Fachkräfte, damit der Wirtschaftsstandort Saarland wettbewerbs- und zukunftsfähig bleibt. Schließlich **wird die Wirtschaftsdynamik einer Region entscheidend von dem vorhandenen Potential an gut ausgebildeten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern bestimmt.** Gegenwärtig befindet sich das Saarland bei wesentlichen Parametern, die die Bildungsbeteiligung kennzeichnen, unter den Bundesländern auf den hinteren Rängen:

- Das Saarland hat eine zu geringe Studienberechtigungsquote.
- Das Saarland hat zu wenig Studienanfänger und Studienanfängerinnen, besonders an den Fachhochschulen.
- Das Saarland hat zu wenig Hochschulabsolventen.
- Die Wanderungsbilanz bei Studierenden und Studienanfängern ist deutlich negativ.

Da die Einwerbung hochqualifizierter akademischer Fachkräfte von außen schwierig ist, müssen wir selbst dafür sorgen, dass ausreichend Fachkräfte unsere Hochschulen verlassen. Hier ist eine durchgreifende Reform der gesamten Bildungskette nötig. Bereits im Vorschulbereich muss eine verstärkte Förderung der jungen Menschen einsetzen und die eher bildungsfernen Schichten müssen zunehmend und erfolgreich zum Hochschulabschluss geführt werden.

Strategie für eine Spitzenuniversität

Wir werden die Universität bei einer Bewerbung im Rahmen des vom Bundesministerium für Bildung und Forschung durchgeführten Wettbewerbs für die Förderung von Spitzenforschung unterstützen. **Das Land muss sich dabei auf die Einrichtung von Exzellenzzentren - zunächst im Bereich der Informatik- und von Graduiertenschulen konzentrieren.**

Die Informatik an der Universität gilt heute schon als exzellent; mit dem Max-Planck-Institut für Informatik und dem Deutschen Forschungsinstitut für Künstliche Intelligenz sind zwei leistungsstarke Forschungsinstitute im Saarland angesiedelt worden. Zusätzlich wird die Internationale Sichtbarkeit der exzellenten Leistungen saarländischer Wissenschaftler und Forschungsinstitute über das Internationale Begegnungs- und Forschungszentrum Schloss Dagstuhl verstärkt.

An den Schnittstellen von Informatik und anderen Wissenschaftsbereichen sind interessante und anerkannte Wissenschaftsbereiche von hohem Rang entstan-

den, insbesondere die Rechtsinformatik, die Computerlinguistik, die Wirtschaftsinformatik und die Bioinformatik. Das Max-Planck-Institut für Informatik setzt seinen Schwerpunkt auf den Bereich der theoretischen Informatik (Logarithmen). An der Hochschule für Technik und Wirtschaft wird der Schwerpunkt auf die praktische Informatik gelegt.

Das Exzellenzzentrum für Informatik verfolgt das Ziel, auch in Zukunft in diesen Bereichen exzellente Forschungsleistungen zu erbringen. Weitere Aufgabe des Exzellenzzentrums wäre die Entwicklung und Umsetzung von Forschungsprojekten in enger Zusammenarbeit mit im Saarland und der Gesamtregion ansässigen starken Industrieunternehmen. Ein hervorzuhebendes Ziel sollte insbesondere die Verbindung mit den Unternehmen im Bereich der Automobilherstellung und Zulieferindustrie sein. Interessante Technologieentwicklung verspricht auch der Bereich der biomedizinischen Technik.

Unser Ziel ist die Einrichtung von Graduiertenschulen für die Aus- und Weiterbildung der international besten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in Bereichen, in denen Universität und Forschungseinrichtungen heute bereits Exzellenz unter Beweis stellen. Dazu gehören:

- Informatikwissenschaften
- Biomedizinische Technik
- Sprach- und Europawissenschaften
- Betriebswirtschaftslehre
- Zell- und Molekularbiologie

Das Saarland muss seine Bereitschaft demonstrieren, den dringend notwendigen Strukturwandel vor allem über einen intensiven Ausbau des Forschungs- und Entwicklungsbereiches zu erreichen. **Dies wird aber nur gelingen, wenn zusätzliche Mittel in Forschung und Entwicklung investiert werden. Im Vergleich der Bundesländer bildet das Saarland bezüglich der Ausgaben für Forschung und Entwicklung das absolute Schlusslicht.** Es ist das Land, das den geringsten Anteil des Bruttoinlandsproduktes für Forschungs- und Entwicklungsausgaben investiert.

Das Saarland muss sich verpflichten, den von der Bundesregierung für die Entwicklung eines Exzellenzzentrums und die Einrichtung von Graduiertenschulen im Saarland zur Verfügung gestellten Beitrag in angemessener Weise zu ergänzen.

Partner für einen attraktiven Campus

Die weitere Profilierung der Hochschulen fordert Mut, Prioritäten zu setzen. **Spitzenleistungen sind nur möglich, wenn die zur Verfügung stehenden Mittel vorhanden sind und konzentriert eingesetzt werden.** In diesem Zusammenhang werden wir die Zusammenarbeit mit der Wirtschaft ausbauen. Wir werden alle Barrieren abbauen, die derzeit noch die Umsetzung der Forschungsergebnisse in machtfähige Produkte behindern. Auch in Teilen der Lehre, z. B. in der Weiterbildung und im E-Learning, werden wir Modelle einer Public Private Partnership fördern. Unsere Politik zielt darauf ab, die unter-

schiedlichen Kenntnisse und Fähigkeiten ebenso wie die materiellen Ressourcen in den Bereichen Wissenschaft und Wirtschaft zu bündeln, damit Spitzenleistungen erbracht und Wettbewerbsvorsprünge erreicht werden können. Nicht zuletzt das Erscheinungsbild des Hochschulcampus ist entscheidend für dessen Attraktivität. Wir werden gemeinsam mit Partnern den Campus attraktiver und interessanter machen. Dabei muss darauf geachtet werden, dass die Wirtschaft keinen Einfluss auf die Inhalte erhält. Die Gestaltung der Drittmittel-Finanzierung soll in einem Hochschulentwicklungsprogramm aufgenommen werden.

Qualität der Lehre verbessern

Bei der Entwicklung des Forschungsprofils und dem Ausbau zur Spitzenuniversität darf die Lehre nicht vernachlässigt werden. Vielfach überfüllte Seminare und Übungen, veraltete und unvollständige Lehrbuchsammlungen, ungenügende und anonyme Formen der Studienberatung und eine schlechte Begleitung der Studierenden während des Studiums müssen der Vergangenheit angehören. Wir wollen eine deutliche Verbesserung der Qualität der Lehre an den saarländischen Hochschulen.

Wir wollen die unverträglich **hohe Abbrecherquote an saarländischen Hochschulen** in der Größenordnung von fast 40 Prozent durch ein Bündel Qualität verbessernder Maßnahmen auf weniger als die Hälfte reduzieren. Wir streben an:

- eine bessere Vorbereitung der Schülerinnen und Schüler auf wissenschaftliche Arbeitsformen und selbständiges Arbeiten und Lernen schon in der Schule,
- eine intensive Studieneingangsberatung für Studienanfängerinnen und -anfänger,
- eine intensivere Begleitung der Studierenden in kleinen Gruppen durch pädagogisch, methodisch und didaktisch ausgebildete wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter,
- die Einrichtung eines Zentrums für Hochschuldidaktik,
- eine stärkere Berücksichtigung hochschuldidaktischer Kenntnisse und Fähigkeiten bei Berufungsverfahren und eine deutlich verbesserte hochschuldidaktische Ausbildung von Professoren und Professorinnen und Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen,
- die durchgängige Evaluation der Lehrveranstaltungen unter Beteiligung der Studierenden,
- die durchgängige Einführung von Bachelor- und Masterstudiengängen bis 2010. Diese sollen modularisiert und mit einem Leistungspunktesystem ausgestattet sein. Sie sind zu akkreditieren. Wir plädieren dabei für ein Modell, das allen Bachelor-Absolventen den Zugang zu einem weiterführenden Master-Studiengang ermöglicht. Wir nehmen die Forderungen von Teilen der Industrie ernst, die für einige technische Studiengänge die parallele Vergabe von Diplomabschlüssen fordern.
- besondere Studienangebote für Hochbegabte,
- eine deutlich bessere Ausstattung der Bibliotheken mit Lehr- und Lernmaterial,

- die flächendeckende Einführung von Teilzeit-Studiengängen,
- die durchgängige Entwicklung virtueller Lehrangebote für alle Fächer.

Wir stehen für einen kostenfreien Zugang zur Hochschulbildung. Studiengebühren sind sozial ungerecht und werden von uns deshalb abgelehnt.

Fachhochschule ausbauen

Der Anteil der Studierenden an Fachhochschulen liegt im Saarland bei lediglich 20 %, bundesweit bei 35 %. Wir wollen die Vorschläge des Wissenschaftsrates umsetzen und den Anteil der an Fachhochschulen Studierenden im Saarland verdoppeln.

Auf der Basis des vorliegenden Sachverständigengutachtens zur weiteren Entwicklung der Fachhochschule Technik und Wirtschaft (HTW) des Saarlandes werden wir das Fächerangebot an dieser Hochschule um neue Studiengänge erweitern und Maßnahmen einleiten, die deren Effizienz entscheidend verbessern.

Wir werden die Staatliche Fachhochschule für Verwaltung in der jetzigen Form ablösen und den Studiengang „Allgemeiner Verwaltungsdienst“ in die Hochschule für Technik und Wirtschaft (HTW) integrieren. Dort wird ein neuer Fachbereich „Public Management“ aufgebaut. Dadurch würde die Ausbildung für den nicht technischen gehobenen staatlichen Verwaltungsdienst deutlich aufgewertet und infolge der zur Verfügung stehenden breiteren Ressourcen in der Lehre modernisiert.

Wir werden die wachsenden Arbeitsmarktchancen im gesamten Bereich der Gesundheitsberufe nutzen und Studienangebote in den Bereichen Pflegewissenschaften, Pflegemanagement und Gesundheitsmanagement anbieten.

Wir werden dafür Sorge tragen, dass im Saarland die bisher von der Katholischen Hochschule für Soziale Arbeit getragene Ausbildung von Sozialpädagogen und Sozialarbeitern erhalten wird und bieten dem Bistum Trier zu diesem Zweck eine faire Kooperation an. Zusätzlich wird ein Bachelor-Studiengang „Bildung und Erziehung“ (Education) für die Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern eingerichtet.

Lebenslanges Lernen zur Hochschulaufgabe machen

Die Veränderungsprozesse in unserer Gesellschaft sowie die rasante Zunahme des Wissens führen dazu, dass das in einem Grundstudium erworbene Wissen für ein langes Berufsleben nicht ausreicht, sondern ständiger Auffrischung und Ergänzung bedarf. Die berufsbezogene wissenschaftliche Weiterbildung muss daher neben Forschung und Lehre zu einer gleichrangigen Aufgabe unserer Hochschulen gemacht werden. Während in anderen Bundesländern die politischen Weichen für ein starkes Engagement der Hochschulen im Bereich der Weiterbildung längst gestellt sind, finden nennenswerte Aktivitäten im Bereich der wissenschaftlichen Weiterbildung im Saarland nicht statt. Wir werden ein

von den Hochschulen des Saarlandes getragenes gemeinsames **Zentrum für Weiterbildung** schaffen, das in kürzester Zeit Weiterbildungsangebote entwickelt, die auch in privaten Organisationsformen und gegen marktübliche Gebühren angeboten werden.

4. Investieren und Konsolidieren

Das Saarland wird nur auf der Basis solider Landesfinanzen ein selbstständiges Bundesland bleiben. Ein dauerhafter Zuschussbedarf gegenüber dem Bund und der Ländergemeinschaft wird unweigerlich zur Eingliederung des Saarlandes in ein größeres Bundesland führen. Die verheerende Bilanz der Haushalts- und Finanzpolitik der CDU-Landesregierung hat diese Gefahr erheblich verstärkt. Selbstständigkeit ist kein Selbstzweck, sondern die Chance, die Lebensbedingungen der Saarländerinnen und Saarländer in eigener Verantwortung zu bestimmen. Dass dies auch in Zukunft möglich ist, erfordert eine Rückkehr zu solider Finanzpolitik, die unsere Haushaltssituation durch strukturelle Maßnahmen nachhaltig verbessert und so Spielräume öffnet für Investitionen in die Zukunft unseres Landes.

Die Finanzpolitik der CDU-Landesregierung ist gescheitert

Die Sanierung des Landeshaushalts ist gescheitert, das zeigt die verheerende Bilanz der Haushalts- und Finanzpolitik der Regierung Müller:

- neue Schulden in Höhe von über einer Milliarde Euro,
- die höchste Pro-Kopf Verschuldung aller westlichen Flächenländer und
- eine verfassungswidrige Unterdeckung in Höhe von deutlich über 400 Millionen Euro nach dem Auslaufen der Teilentschuldung im Jahre 2005.

In den 90er Jahren konnten unter einer SPD-Landesregierung entscheidende finanzpolitische Erfolge erzielt werden:

- die in 1992/1993 vor dem Bundesverfassungsgericht erstrittene erste Teilentschuldung in Höhe von rund 4 Milliarden Euro,
- die von dem früheren Bundesfinanzminister Oskar Lafontaine 1999 auf den Weg gebrachte zweite Teilentschuldung in Höhe von rund 2,6 Milliarden Euro,
- eine erfolgreiche Haushaltskonsolidierung (1 Milliarde Euro Schuldenabbau), die das Land von der Last der Alt-Schulden befreit hat.

Diese Erfolge sind inzwischen durch eine unverantwortliche und unseriöse Haushaltspolitik der CDU-Landesregierung verspielt worden. Damit geht das Saarland unvorbereitet in die schwierige Phase nach Auslaufen der Teilentschuldung. Die CDU-Landesregierung hat ihr Ziel, bis zum Auslaufen der Sonder-Bundesergänzungszuweisungen das Saarland finanziell auf eigene Füße zu stellen, vollkommen verfehlt. Sie hat von der SPD erzielte Konsolidierungserfol-

ge zunichte gemacht und keinerlei Verhandlungen mit der Bundesregierung über mögliche Hilfen für die Zeit nach den beiden Teilentschuldungsphasen aufgenommen. Insbesondere der Ministerpräsident hat günstige Gelegenheiten auf Bundesebene, die besonderen Notwendigkeiten der saarländischen Haushaltssituation anzusprechen, ungenutzt vorbeigehen lassen. Er hat in solchen Situationen im Gegensatz zu seinen Vorgängern stets das CDU-Parteiinteresse über das Interesse des Saarlandes gestellt.

Die SPD wird das Land auf einen finanzpolitisch soliden Kurs zurückbringen. Beginnen werden wir mit einem Kassensturz, um das wahre Ausmaß der Überschuldung offen zu legen und die diversen schwarzen Kassen, die von der CDU-Landesregierung angelegt wurden, zu durchleuchten. Dann werden wir, beginnend bereits mit dem Haushalt 2005, erste Schritte zur Konsolidierung des Landeshaushaltes einleiten. Zugleich werden wir auf dieser Basis die Finanzierung unserer politischen Schwerpunkte in den Bereichen Familien, Bildung und Innovation gestalten.

Auf der Basis einer wieder seriös gewordenen Finanzpolitik und einer klaren strukturpolitischen Strategie wollen wir mit der Bundesregierung über ein „Sonderprogramm zur Stärkung der Wirtschaftskraft“ verhandeln. Dazu werden wir das gemeinsam von den beiden Landtagsparteien beschlossene Saarmemorandum als Grundlage weiterentwickeln und gemeinsam mit dem Bund Wirtschaftskraft stärkende Projekte auf den Weg zu bringen.

Unsere Investitionsschwerpunkte

Wir werden in den nächsten fünf Jahren ganz klare Investitionsschwerpunkte setzen, um die Zukunftschancen des Saarlandes nachhaltig zu verbessern. Mehr Geld aus dem Landeshaushalt werden wir ausgeben für

- ein flächendeckendes kostenfreies Angebot an Ganztagsbetreuung,
- die besondere Förderung von Familien mit mehr als zwei Kindern (frei ab drei),
- den Ausbau und die Profilierung der Hochschul- und Forschungslandschaft,
- Wirtschaftskraft stärkende Leitinvestitionen.

Unsere Konsolidierungsstrategie

Weil wir bei der Bildung, der Förderung von Familien mit Kindern und bei der Hochschul- und Forschungslandschaft besondere Prioritäten setzen wollen, müssen wir in allen anderen Bereichen strenge Ausgabendisziplin üben und neue Finanzierungsquellen erschließen.

Finanzbasis stärken

- Für wichtige Aufgaben, wie die Weiterentwicklung unserer Hochschul- und Forschungslandschaft müssen wir private und institutionelle Investoren suchen, die auf partnerschaftlicher Basis bereit sind, sich an den Zukunftsprojekten des Saarlandes zu beteiligen.
- Zur Verbesserung unserer Einnahmesituation werden wir uns für die Erhöhung der Erbschaftssteuer auf große vererbte Vermögen einsetzen, eine weitere Senkung des Spitzensteuersatzes ablehnen und für eine weitere nachhaltige Stärkung der kommunalen Finanzkraft sorgen.
- Im Rahmen des Projekts „Modernes Saarland“ werden wir die gesamte Organisation unseres Landes auf den Prüfstand stellen. Ziel ist es, das Land mit weniger Aufwand zu führen und zu verwalten, um frei werdende finanzielle Ressourcen für die Zukunftsaufgaben einzusetzen.
- Wir werden diverse Schattenhaushalte auflösen und die bislang den Gestaltungsmöglichkeiten des Haushaltsgesetzgebers entzogenen Mittel wieder in den Landeshaushalt einstellen.
- Wir werden das Landesprogramm zur Senkung der Gewerbesteuer auslaufen lassen und die Mittel für ein kommunales Investitionsprogramm verwenden.

Haushaltsstruktur verbessern

- Die Ausgaben im Haushalt sind beginnend mit dem Haushalt 2005 zunächst bis 2008 jährlich um mindestens drei Prozent des Haushaltsvolumens des Vorjahres zurückzuführen. Ausgenommen sind die Bereiche Familie, Bildung und Innovation.
- Alle Aufgaben gehören auf den Prüfstand und sind den politischen Prioritäten unterzuordnen. Fördermittel und Förderprogramme sind grundsätzlich zeitlich zu befristen und einer strengen Erfolgskontrolle zu unterziehen.
- Beamtenverhältnisse sind nur noch dort zu begründen, wo der öffentliche Dienst zwingend hoheitlich handelt. Auch in diesen Bereichen sind in Zukunft Rücklagen für die zukünftigen Pensionen zu bilden. Das Land steht vor einem Anwachsen der Pensionsausgaben, die kaum zu schultern sind. Es ist ein Gebot der Generationengerechtigkeit, dieser Entwicklung nicht weiter tatenlos zuzusehen. Nur durch eine Reform des öffentlichen Dienstrechtes, insbesondere des Versorgungsrechtes, kombiniert mit der Bildung von Rücklagen für künftige Pensionsfälle kann das Problem beherrschbar werden.
- Wir werden das Haushaltsrecht fundamental verändern. Ziel ist ein modernes Haushaltsrecht, das konkrete Erfolgsziele der Verwaltung definiert und Leistungsaufträge des Parlaments ermöglicht. Neue Steue-

rungs- und Budgetierungsinstrumente sollen zukünftig den Weg zeichnen zu einer bewussten Entscheidung von Parlament und Regierung, welche Dienstleistungen von der öffentlichen Hand angeboten werden. Durch die Kostentransparenz wird gleichzeitig eine effektivere, flexiblere und wirtschaftlichere Haushaltsführung bewirkt werden, die Anreize zum Sparen setzt und Verantwortung und Entscheidungskompetenz nach unten verlagert. Notwendige Voraussetzung zur Realisierung dieses Ziels ist die Einführung der Kosten- und Leistungsrechnung für den gesamten Landesetat. Dies erfordert eine Stärkung der Berichtspflicht der Exekutive und mehr Kontrollmöglichkeiten, um das Budgetrecht des Landtages zu erhalten und zu stärken.

- Wir werden die unter der CDU-Landesregierung zu einem politischen Stiefkind gewordene Steuerverwaltung effizienter machen. Durch eine personelle Stärkung des Außendienstes und zeitnahe Prüfungen, Festsetzungen und Erhebungen von Steuern sowie effektive Maßnahmen gegen Umsatzsteuerbetrug sind die vorhandenen Steuerquellen stärker auszuschöpfen. Vereinfachte Steuererklärungen und elektronische Datenübermittlung in Richtung einer Selbstveranlagung sollen dazu führen, dass gut ausgebildete Finanzbeamte sich in größerem Umfang als bisher der Prüfung und Ermittlung von ertragreichen Verfahren widmen können.

5. Modernes Saarland

Das Saarland ist „überverwaltet“. Wir streben an, den Aufwand für politische Führung und Verwaltung des Saarlandes in den nächsten Jahren deutlich zu verringern. Dabei wollen wir das Saarland zum modernsten und effizientesten Gemeinwesen in Deutschland machen und zugleich Mittel für verstärkte Investitionen in die Bereiche Bildung und Innovation freimachen.

Der zu erwartende deutliche Bevölkerungsrückgang um 10% bis 2020 im Saarland und das Älterwerden unserer Gesellschaft verschärfen den Problem- und Handlungsdruck. Das gilt sowohl auf der Ebene der Verwaltungsorganisation, als auch im Zusammenhang mit einem sich abzeichnenden Infrastrukturüberhang und einer notwendigen Infrastrukturanpassung andererseits.

Bei der Entwicklung einer neuen Organisationsstruktur soll berücksichtigt werden, dass das Saarland strukturell kein typisches Flächenland ist, sondern starke Merkmale eines Stadtstaates trägt. Nicht zuletzt die dramatische Abnahme der Einwohnerzahl des Saarlandes muss Anlass sein, eine grundlegende Organisationsreform durchzuführen und dem Saarland die modernste und kostengünstigste Verwaltung aller Bundesländer zu geben.

Dabei steht, ausgehend von einer Aufgabenkritik auf allen Ebenen, organisatorischer Effizienzgewinn im Vordergrund. Diesen erreichen wir durch Aufgabenverlagerung, Abflachung der Hierarchien, Einsatz modernster Informationstechnologie und durch Kooperationsmodelle zwischen den staatlichen Organisationseinheiten und privaten Organisationen und Unternehmen.

Mehr Effizienz und Bürgernähe

Wir werden prüfen, welche bisherigen Landesaufgaben im Sinne von mehr Bürgernähe und Verwaltungseffizienz besser auf der Ebene der Gemeindeverbände oder der Gemeinden angesiedelt werden sollen. Gleiches gilt für das Verhältnis der Gemeindeverbände zu den Gemeinden. Ziel sind kürzere Wege für die Bürger, schnelle und nachvollziehbare Entscheidungen und die Verringerung der Aufsichtsebenen.

Ministerien sollen sich auf die klassischen Regierungsaufgaben (politische Führung, strategisches Management und Aufsicht) beschränken.

Vollzugsaufgaben werden nach unten verlagert. Querschnittsaufgaben und innere Dienste der Ministerien werden grundsätzlich zentralisiert. Führungsebenen (Abteilungen und Referate) werden reduziert. Die hochqualifizierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erhalten mehr Befugnisse und Eigenverantwortung, was zu höherer Motivation und Zufriedenheit führt. Wir wollen die leistungsbe-

reiten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mehr fordern, aber auch mehr fördern und auch ordentlich bezahlen. Abteilungsleiter werden auf Zeit bestellt.

Die bisher über 20 Landesbehörden/-betriebe sollen in wenigen leistungsfähigen Einheiten zusammengefasst werden. Diese neuen Einrichtungen sollen starke Autonomie erhalten, insbesondere soll ihnen die Finanz- und Personalverantwortung übertragen werden. Bei der **interföderalen Zusammenarbeit** mit anderen Bundesländern wollen wir „Nägel mit Köpfen“ machen. Das Land muss selbstständig bleiben, aber vor allem mit Rheinland-Pfalz intensiv arbeitsteilig zusammenarbeiten. Dafür eignen sich besonders die Bereiche Statistik, Verfassungsschutz, Justiz, Hochschulen, Fortbildung und Polizei.

Den **Gemeindeverbänden** werden neben Aufgaben aus bisheriger Landeskompetenz neue Zuständigkeiten, etwa im Bereich der Wirtschaftsförderung, des Tourismus und zentraler Verwaltungsdienstleistungen zugewiesen. Gemeinden erhalten zusätzliche Aufgaben mit dem Ziel, Dienstleistungen für alle Lebenslagen der Bürger vor Ort anzubieten.

Wir werden die Ausschöpfung von Synergieeffekten im Rahmen interkommunaler Kooperationsmodelle fördern und im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs belohnen. Gleiches gilt für Modelle zur Beteiligung privater Dritter bei der Erhaltung und Entwicklung der kommunalen Infrastruktur.

Parlaments- und Wahlrechtsreform

In den nächsten fünf Jahren wollen wir eine **Parlaments- und Wahlrechtsreform** anpacken. Die Arbeit des saarländischen Landtages soll effizienter und transparenter werden. Das Element der Persönlichkeitswahl soll durch die **Einführung von Direktwahlkreisen bei der Wahl zum saarländischen Landtag** gestärkt werden.

Wir schlagen vor, die **Wahltermine von Kommunalwahlen und der Urwahlen von Landräten und Bürgermeistern** zu koppeln. Als Folge davon soll die Amtszeit der kommunalen Wahlbeamten auf 10 Jahre verlängert werden.

Jugendliche sollen bereits mit 16 Jahren ihren Gemeinde- und Ortsrat wählen dürfen.

Föderalismusreform

Die SPD Saar unterstützt das Vorhaben, den Föderalismus in Deutschland zu reformieren. Wir sehen darin vorrangig eine Chance, die Landesparlamente zu stärken. Der Föderalismus in Deutschland hat nichts von seiner zukunftsweisenden Bedeutung eingebüßt. Das im Grundgesetz angelegte, ausgewogene Verhältnis zwischen Bund und Ländern hat sich im Laufe der vergangenen Jahrzehnte allerdings verschoben. Die zunehmende Zentralisierung und Verflechtung politischer Entscheidungen sowie die Entwicklung zum Exekutivföderalis-

mus gefährden Vielfalt und Bürgernähe, demokratische Legitimation, Transparenz und Effektivität politischen Handelns.

Die bestehende Entwicklung im Verhältnis Bundestag zu Bundesrat als quasi „zweite Opposition“ und nicht mehr Interessenvertretung der Länder, führt zu einer Lähmung im politischen Entscheidungsprozess. Um dieser Entwicklung entgegenzuwirken, befürwortet die SPD Saar, die Kompetenzverteilung bei der Gesetzgebung (z. B. Vorranggesetzgebung der Länder), den Gemeinschaftsaufgaben und den Finanzbeziehungen zwischen dem Bund, den Ländern und Gemeinden zu reformieren.

6. Gesellschaft im Wandel

Unsere Gesellschaft befindet sich in einem tiefgreifenden Veränderungsprozess, von dem das Saarland in besonderer Weise betroffen ist. Neben der allgemeinen gesamtgesellschaftlichen Herausforderung, die Systeme der solidarischen Absicherung sozialer Lebensrisiken an veränderte gesellschaftliche Rahmenbedingungen anzupassen, steht das Saarland vor der Aufgabe, den Bevölkerungsrückgang nicht zu einem qualitativen Verlust für alle Lebensbereiche werden zu lassen.

Bis 2020 wird das Saarland 10 % seiner Bevölkerung verlieren. Das entspricht etwa der Bevölkerung des Kreises St. Wendel. In keinem anderen Bundesland nimmt die Bevölkerung schneller ab und der Anteil älterer Menschen schneller zu. Im Saarland leben mittlerweile weniger Menschen zwischen 20 und 35 Jahren, als Ältere über 60. Seit 1995 verzeichnete das Land die wenigsten Geburten unter allen alten Bundesländern. Hinzu kommt eine qualitative Veränderung der saarländischen Bevölkerungsstruktur., wegen der Abwanderung junger Saarländerinnen und Saarländer bei gleichzeitiger Zuwanderung junger Menschen aus Osteuropa, ohne aussichtsreiche Perspektive am Arbeitsmarkt.

Der gleichgültige Umgang mit den kommenden Veränderungen und die Feststellung des Ministerpräsidenten, „das Saarland sei dann immer noch dicht genug besiedelt“, zeigt, dass die amtierende Landesregierung auch bei dieser Zukunftsaufgabe überfordert ist. Die SPD wird nach Übernahme der Landesregierung zukunftsgerichte Antworten auf eine Gesellschaft im Wandel geben und die notwendigen sozialen Innovationen einleiten.

Den Rückgang der Bevölkerung werden wir am saarländischen Arbeitsmarkt durch die Ausschöpfung bisher brachliegender Potentiale ausgleichen. Dabei steht die Arbeitsmarktpolitik insbesondere vor qualitativen Herausforderungen:

- Durch umfassende Frühpensionierungen im Bereich der Montanindustrie ist die Beschäftigungsquote bei über 50jährigen Erwerbstätigen im Saarland deutlich unter den Bundesdurchschnitt gesunken. Wir wollen die Erwerbsquote älterer Arbeitnehmer und insbesondere älterer Frauen durch gezielte Qualifikations- und Trainingsmaßnahmen und durch flexible Arbeitszeitmodelle steigern.
- Im Saarland ist die Frauenerwerbsquote nach wie vor deutlich unterdurchschnittlich. Durch unser flächendeckendes Angebot an Ganztagschulen werden wir die Vereinbarkeit von Familie und Beruf entscheidend verbessern, um die Frauenerwerbsquote zu erhöhen.

- Die saarländische Wirtschaft muss ihre Unternehmenskultur auf die Beschäftigung von mehr Frauen und von mehr älteren Arbeitnehmerinnen und -arbeitnehmern einstellen.
- Zuwanderer und Migrantinnen im arbeitsfähigen Alter müssen durch gezielte und wirksame Integrationsmaßnahmen fit gemacht werden für den Arbeitsmarkt. Grundsätzlich brauchen wir ein modernes Zuwanderungsrecht, das Zuwanderung entsprechend dem Bedarf des Arbeitsmarkts regelt.
- Zur Verbesserung des Zugangs in die Ausbildung und den Arbeitsmarkt muss das allgemeine Bildungsniveau angehoben werden. Die Zahl von Jugendlichen ohne Schulabschluss und ohne Berufsausbildung muss drastisch verringert werden.
- Die Abwanderung gut ausgebildeter Saarländerinnen und Saarländer muss gestoppt werden. Durch innovative Industriepolitik, einen Gründerboom und eine Dienstleistungsoffensive soll ein Angebot an zusätzlichen qualifizierten Arbeitsplätzen geschaffen werden.

Die SPD wird sich mit den Folgen des Geburtenrückganges auseinandersetzen, vor allem aber auch mit dessen Ursachen. Neben materiellen Vorteilen für Familien mit Kindern brauchen wir in Deutschland ein kinderfreundliches Gesellschaftsklima. Im Rahmen eines Leitbildes „Kinderfreundliches Saarland“ werden wir

- im Rahmen landespolitisch möglicher Handlungsspielräume Familien mit Kindern materiell entlasten,
- mit den Kommunen zusammen die öffentliche Infrastruktur kinderfreundlicher machen. Dazu gehört insbesondere auch eine qualitative Verbesserung der Infrastruktur unserer Schulen, ein attraktives Freizeitangebot und moderne Sporteinrichtungen,
- durch das Bedarf deckende Angebot an kostenlosen Ganztagschulen einen wichtigen Beitrag zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf leisten,
- ein regionales Bündnis für Familien initiieren, um mit den Sozialpartnern Modelle für elternfreundliche Arbeitsbedingungen und mit der kommunalen Ebene und den Trägern der Jugendhilfe die notwendigen Rahmenbedingungen zu entwickeln,
- Kinder im Saarland früher fördern und länger gemeinsam lernen lassen,
- versuchen, keinen Jugendlichen ohne Ausbildungsplatz zu lassen,
- darauf hinwirken, dass Jugendliche früher mehr gesellschaftliche und persönliche Verantwortung übernehmen.

Mit der älter werdenden Gesellschaft muss sich auch die öffentliche Infrastruktur und das Dienstleistungsangebot verändern. Ältere Menschen müssen umfassend Gelegenheit haben, sich in der Gesellschaft einzubringen und sich weiterzuentwickeln.

- Wir werden bei der Weiterentwicklung der öffentlichen Infrastruktur und der Wohnverhältnisse den Lebensbedürfnissen der älteren Generation besonderes Gewicht geben.
- Qualifikations-, Bildungs-, und Kulturangebote sollen verstärkt auf die Interessen der Älteren zugeschnitten werden.
- Der Ausbau der Gesundheits- und Pflegedienste soll sich an den Bedürfnissen der älter werdenden Gesellschaft orientieren.
- Älteren Menschen soll die Möglichkeit eröffnet werden, sich verstärkt mit freiwilliger Arbeit in gesellschaftlich sinnvolle Projekte einzubringen.

Die Gesellschaft im Wandel erfordert neue sozial- und gesellschaftspolitische Schwerpunktsetzungen:

Bündnis für Familien

Der anhaltende Geburtenrückgang und die damit verbundenen Folgen machen bewusst, dass Familien die Grundlage für eine langfristig stabile wirtschaftliche und soziale Entwicklung unserer Gesellschaft bilden. Familie ist da, wo Kinder sind. Kinder bedeuten einen besonderen Beitrag zur Zukunftssicherung unserer Sozialsysteme. Die nachhaltige Förderung von Familien, die Verbesserung ihrer materiellen Situation und die Aufwertung ihrer gesellschaftlichen Stellung ist deshalb ein Grundanliegen sozialdemokratischer Politik. Unser Ziel ist, **das Saarland zum familien- und kinderfreundlichsten Standort in Deutschland zu entwickeln.**

Wir wollen:

- in allen Regionen unseres Landes Bündnisse für Familien ins Leben rufen. Wir werden Moderatoren bereitstellen, die diese initiieren, begleiten und fördern. Ziel ist, die unterschiedlichen Akteure aus Gesellschaft, Wirtschaft und Politik zu animieren, mit Familien Bündnisse zu schließen und Maßnahmen umzusetzen, die das gesellschaftliche Klima und die Lebensbedingungen für Familien positiv beeinflussen. Von mehr Familienfreundlichkeit profitieren nicht nur die Familien selbst, sondern das gesamte gesellschaftliche Leben.
- alles politische, administrative, ökonomische und gesellschaftliche Handeln der Familienverträglichkeitsprüfung unterwerfen. Es muss zukünftig immer und überall geprüft werden, was fördert und was beeinträchtigt Familienleben. Die Umweltverträglichkeitsprüfung ist

das Muster. Unsere Ziele sind, familienfreundliche Strukturen sowie die Vermeidung von Beeinträchtigungen und Benachteiligungen.

- Familien zu ihren Rechten verhelfen und ihre Ansprüche durchsetzen. Deshalb werden wir Familienkassen einrichten, in denen speziell geschulte Kompetenzteams Familien über die Leistungen, die ihnen zustehen, aufklären, die Antragstellungen auf den Weg bringen und bei der Durchsetzung ihrer Rechte unterstützen.
- eine bedarfsgerechte familienergänzende Kinderbetreuung. In kleinräumigen Bedarfsplanungen soll unter Beteiligung der jungen Eltern, Kommunen und sozialen Trägern ermittelt werden, welche Kinderbetreuungsangebote in welchem Umfang vor Ort benötigt werden. Dies nutzt nicht nur Familien, sondern auch den Kommunen, die dadurch bedarfsgerecht planen und gestalten können. Familienfreundliche Strukturen ziehen nicht nur Familien an, sondern immer häufiger auch innovative Unternehmen.
- durch einen Best-Practice-Wettbewerb familienfreundliche Arbeitszeiten in Unternehmen und öffentlichen Verwaltungen fördern. Vorbildliche Praxisbeispiele werden wir über eine Internetplattform propagieren und ein Label konzipieren, unter dem Unternehmen mit ihren sozialen Qualitäten werben können.
- Familien in ihrer Erziehungskompetenz stärken, damit sie eigenverantwortlich die bestmögliche Erziehung für ihre Kinder sichern können. Deshalb wollen wir gemeinsam mit Familienverbänden sowie Jugendhilfe- und Erwachsenenbildungsträgern Kindertagesstätten und Schulen auch zu Zentren der Familienbildung weiterentwickeln.
- die Ergebnisse der Pisa-Studie nicht nur als eine bildungspolitische Herausforderung begreifen. Pisa stellt die Fortschreibung unserer gegenwärtigen Gesellschaftsstruktur in Frage. Soziale Zerklüftung und mangelnde Lebens- und Entfaltungschancen in den immer größer werdenden unteren sozialen Schichten prägen die Bildungs-, Berufs- und Lebensperspektiven von Kindern, Jugendlichen und ganzen Familien. Deshalb brauchen wir eine Offensive zur Vermeidung und Bekämpfung von Armut und Unterprivilegierung in unserer Gesellschaft. Wir werden Gemeinden und Städte unterstützen, neue Perspektiven für Menschen in benachteiligten Wohngebieten mit integrativen Förderkonzepten zu entwickeln. Hier sind Verbesserungen von Wohn- und Wohnumfeld, Bildung, Arbeit und Freizeit für benachteiligte Menschen auf den Weg zu bringen. Die Konzentration benachteiligter Familien in sozialen Brennpunkten muss langfristig unterbunden und Ghettos müssen vermieden bzw. aufgelöst werden. Der teuflische Kreislauf von Armut, Unterprivilegierung, Arbeitslosigkeit, Schul- und Berufsscheitern, Dequalifizierung, Aggression, Gewalt, Sucht und Krankheit muss ein Ende haben.
- direkte Zuwendungen für Familien statt steuerlicher Vergünstigungen. Die rot-grüne Bundesregierung hat mit der mehrfachen Erhöhung des Kindergeldes, der Bafög- und Wohngeldsteigerung usw. bereits wichtige

familienpolitische Impulse gegeben. Der Familienleistungsausgleich bedarf auch weiterhin der ständigen Anpassung und Weiterentwicklung.

Frauenpolitik: Grundprinzip des gesellschaftlichen Wandels

Der Verwirklichung der Chancengleichheit der Geschlechter kommt angesichts der Bevölkerungsentwicklung eine noch größere Bedeutung zu. Das gleichberechtigte Mitwirken der Frauen in allen Bereichen der Gesellschaft ist Grundvoraussetzung für die Weiterentwicklung unseres Gesellschaftsmodells und für die Erhaltung des hohen Lebensstandards. Im Saarland besteht frauenpolitisch besonderer Nachholbedarf.

Im Saarland liegt die Frauenerwerbsquote mit 42,6 % (April 2002) deutlich unter dem Bundesdurchschnitt 49,7 % (April 2002), selbst unter dem Durchschnitt der westdeutschen Länder 48,6 % (April 2002). Noch immer konzentrieren sich Frauen (49,8 %) auf wenige (6) Ausbildungsberufe (Ausbildungsjahr 2002) und wenige Studiengänge. (Männer: 34,1% konzentrieren sich auf sechs Ausbildungsberufe). Noch immer haben Frauen geringere Aufstiegschancen als Männer, noch immer erhalten Frauen für gleichwertige Arbeit weniger Lohn bzw. Gehalt als Männer.

Die geringe Frauenerwerbsquote korrespondiert mit dem im Bundesvergleich immer noch schlechten Ganztagesangebot im Saarland für Kinder aller Altersstufen. Unser vorrangiges Anliegen ist deshalb, die Rahmenbedingungen für erwerbstätige Eltern so zu verbessern, dass Kinderwunsch und Erwerbstätigkeit sich nicht länger gegenseitig ausschließen.

- Dazu werden wir schrittweise ein bedarfsgerechtes Ganztagesangebot für Kinder aller Altersstufen aufbauen; von der Kinderkrippe über den Kindergarten bis zur echten Ganztagschule. Hierbei wollen wir zugleich mit zukunftsorientierten pädagogischen Konzepten die Defizite unseres Bildungssystems beseitigen und damit nicht nur die Betreuungssituation, sondern auch das Bildungsniveau unserer Kinder verbessern.
- Wir werden zusammen mit den Sozialpartnern, Schulträgern, Kindergarten-, Kinderkrippen- und Kinderhortträgern **lokale und regionale Bündnisse zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf** initiieren. Dabei soll nicht nur die Zusammenarbeit von freien, kommunalen und betrieblichen Trägern von Betreuungseinrichtungen angestoßen werden, sondern es sollen auch Modellprojekte für familienfreundliche Arbeitszeitmodelle entwickelt werden, die es Müttern und Vätern ermöglichen, Erwerbstätigkeit, betriebliche und überbetriebliche Fortbildung mit Kindererziehung und Familienarbeit zu vereinbaren.
- Wir werden eine **Gleichstellungsoffensive für die Privatwirtschaft** starten. Solange es noch keine bundesgesetzliche Rahmengesetzgebung gibt, werden wir mit den Sozialpartnern und den kommunalen Frauen-

beauftragten Strategien für die Verbesserung der Frauenförderung in den Betrieben entwickeln.

- Im Verantwortungsbereich der Landesregierung und in Unternehmen und öffentlich-rechtlichen Körperschaften, an denen die öffentliche Hand mit mehr als 50 % beteiligt ist, werden wir betriebliche Gleichstellungspläne einführen und alle zwei Jahre über die Entwicklung der Gleichstellung von Männern und Frauen dem Landtag einen Bericht vorlegen.
- Wir werden das Landesgleichstellungsgesetz mit dem Ziel überarbeiten, nicht nur im direkten Zuständigkeitsbereich des Landes, sondern auch dort, wo öffentliche Gelder eingesetzt werden, das Gender-Mainstream-Prinzip und die Umsetzung der Gleichstellung von Männern und Frauen zu etablieren.
- Wir werden gemeinsam mit der Regionaldirektion der Bundesagentur für Arbeit, den örtlichen Arbeitsagenturen und Job-Centern frauenspezifische Angebote entwickeln, die die Integration von Frauen auf dem Arbeitsmarkt verbessern und die Existenzgründung von Frauen fördern.
- Wir werden mit gezielten Maßnahmen an Schulen in Verbindung mit der Bundesagentur für Arbeit und den Kammern für junge Frauen die Möglichkeiten für eine erweiterte Berufswahl, insbesondere in zukunftsorientierte Berufe und Studiengänge verbessern.
- Unser Ziel ist es, den Frauenanteil in Forschung und Lehre an den Hochschulen und den Fachhochschulen im Saarland deutlich zu steigern.
- Wir werden den Schutz vor häuslicher Gewalt und vor sexueller Gewalt gegen Frauen und Kinder verbessern.
- **Frauenpolitik und damit die Realisierung der Geschlechtergerechtigkeit ist und bleibt für uns eine Querschnittsaufgabe für alle Politikfelder und ein Grundprinzip der Gesellschaft im Wandel.** Die Landesregierung wird mindestens einmal in einer Wahlperiode eine Regierungserklärung zur Situation der Frauen im Saarland abgeben, in der über die Umsetzung der von der Landesregierung ergriffenen Maßnahmen und deren Wirkung sowie über noch zu ergreifende Maßnahmen berichtet wird.

Neue Chancen für die junge Generation

Weniger junge Menschen werden in einer älter werdenden Gesellschaft immer früher immer mehr Verantwortung übernehmen müssen. Darin liegen **Chancen für die junge Generation, die Zukunft unserer Gesellschaft aktiver mitzugestalten und ihre Interessen selbstbewusst zu verwirklichen.** Die Politik muss dafür die Rahmenbedingungen schaffen.

Wir wollen

- die **Aufnahme von Kinderrechten in die Verfassung**. Das eigenständige Recht des Kindes auf freie Entwicklung und Entfaltung seiner Persönlichkeit und auf Schutz vor physischer und psychischer Gewalt soll ebenso als Staatsziel formuliert werden, wie das Recht auf gewaltfreie Erziehung und der Schutz vor Vernachlässigung. Rechte sind immer auch mit Pflichten verbunden. Deshalb sollen junge Menschen auch möglichst früh und konsequent verantwortlich in ihren Lebenswelten mitwirken können.
- eine angemessene Beteiligung von Kindern und Jugendlichen bei Gestaltungs- und Planungsprozessen ihrer Lebensumwelt. Dabei setzen wir auf kind- und jugendgerechte, projekt- und stadtteilorientierte Beteiligungsformen, deren Umsetzung in einem für die Betroffenen überschaubaren Zeitrahmen erfolgt. Jugendliche Initiatoren sollen die Umsetzung ihrer Ideen nicht erst im Erwachsenenalter erleben müssen.
- das **Wahlalter für Wahlen auf kommunaler Ebene auf 16 Jahre senken** und damit die Bedeutung politischer Arbeit junger Menschen für unser Gemeinwesen anerkennen. Wir wollen ihnen mehr Möglichkeiten geben und Anreize schaffen, auch im politischen Raum mitzuentcheiden und mitzuwirken.
- die konkreten Mitwirkungsrechte junger Menschen in Schulen, Hochschulen, Betrieben und Verwaltungen stärken und ihnen vielfältige Hilfen anbieten, diese auch praktizieren zu lernen.
- jungen Menschen im Straßenverkehr mehr Mitverantwortung geben und ihnen das sogenannte **begleitete Fahren ab 17 (bF17)** ermöglichen. Dabei können die Fahranfänger ihre theoretische Prüfung schon mit 16 Jahren machen und zum 17. Geburtstag dann eine eingeschränkte Fahrerlaubnis bekommen. Sie dürfen danach selbst steuern, aber bis zum 18. Geburtstag nur in Begleitung und unter bestimmten Auflagen wie bspw. Null-Promille Regel und Begrenzung der Zahl möglicher Begleiter, die eine gesonderte Einweisung erhalten müssen. In anderen Ländern funktioniert dieses Modell ausgezeichnet. In Österreich, Großbritannien, Frankreich und Luxemburg wird das begleitete Fahren bereits praktiziert. In Schweden sind seit Einführung dieser Regelung die Unfallzahlen bei Fahranfänger um 40 Prozent gesunken.
- die Träger der Jugendarbeit verstärkt dabei unterstützen, außerschulische Lern- und Erfahrungsfelder für junge Leute anzubieten. Hierzu zählt die Befähigung zum verantwortlichen Umgang mit Medien, Konsum und der sozialen Mitwelt ebenso, wie innovative Kunst und Kultur sowie alle Initiativen zur Förderung von Toleranz, gewaltfreier Konfliktlösung und demokratischem Engagement.
- möglichst allen jungen Menschen während ihrer Schul- und Berufsausbildung einen mindestens dreimonatigen Aufenthalt im Ausland ermöglichen. Nicht zuletzt vor dem Hintergrund eines zusammenwachsenden Europas und der fortschreitenden Globalisierung würde dies den jungen

Saarländerinnen und Saarländern einen Kompetenzvorsprung geben und den Wirtschafts- und Kulturstandort Saarland erheblich aufwerten.

Modellregion in der gesundheitlichen Versorgung

Wir werden das Saarland zu einer Modellregion in der gesundheitlichen Versorgung weiterentwickeln. Gemeinsam mit Kostenträgern, Leistungserbringern und Betroffenen werden wir die im Saarland ausgeprägte Kultur des gemeinsamen Handelns für mehr integrative Versorgung und für mehr Qualität und mehr Wirtschaftlichkeit nutzen. Wir werden die Vorteile der kurzen Wege, der regionalen Übersichtlichkeit und des vertrauensvollen Zusammenwirkens der Akteure in der saarländischen Gesundheitslandschaft nutzen und folgende Ziele verfolgen:

- die besonderen Bedürfnisse der älteren Menschen in der gesundheitlichen Versorgung besonders berücksichtigen. Im Alter auftretende chronische Erkrankungen brauchen weniger eine Hightech- als eine begleitende und betreuende Medizin. Deshalb wollen wir die Verbesserung der Versorgung chronisch kranker Menschen vorantreiben sowie die Palliativmedizin fördern und die Arbeit der Hospize ausbauen.
- die Zahl der Zucker-, Herz- und Krebserkrankten im Saarland senken. Wir wollen wissen, weswegen die Lebenserwartung im Saarland niedriger als in anderen Bundesländern ist, warum es mehr Diabetiker, mehr Herz- und Krebskranke und einen höheren Medikamentenverbrauch als im übrigen Bundesgebiet gibt. Mit dem Krebsregister verfügt das Saarland über einzigartiges Datenmaterial. Diese wertvollen Daten und Fakten müssen zur Entwicklung und Umsetzung von ursachenbezogenen Präventionsprogrammen genutzt werden, statt sie weiter als Datenfriedhof zu pflegen.
- arbeitsbedingte Erkrankungen stärker ins Blickfeld rücken, den präventiven betrieblichen Gesundheitsschutz fördern und auf die Umsetzung der entsprechenden gesetzlichen Anforderungen in den Betrieben und Verwaltungen hinwirken. Die arbeitsweltbezogene Gesundheitsberichterstattung wird dazu wertvolle Fakten liefern. Eine moderne betriebliche Gesundheitspolitik verbessert nicht nur die Lebens- und Arbeitsbedingungen der saarländischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, sie stärkt gleichzeitig die Produktivität der Unternehmen.
- die Gesundheitserziehung in den Kindergärten und Schulen erheblich verstärken. Die Grundlagen für eine möglichst dauerhafte persönliche Gesundheit und eine gesunde Lebensführung werden im frühen Lebensalter gelegt. Gesunde Ernährung sowie Freude an Sport und Bewegung müssen im Mittelpunkt der Gesundheitserziehung stehen.
- grenzüberschreitende medizinische Kompetenzzentren einrichten. Durch verstärkte Kooperation mit Rheinland-Pfalz und der Region SaarLorLux sollen insbesondere Forschungs- und Behandlungszentren für Umweltmedizin und Alterserkrankungen entstehen. Wir wollen offensiv gegen

die neuen Volkskrankheiten Allergien und Demenz arbeiten und dazu die Kompetenzen in unserer Region bündeln.

- eine Reform der Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung nach dem Modell der **solidarischen Bürgerversicherung**. Ebenso unterstützen wir die Weiterentwicklung des Risikostrukturausgleiches zwischen den Krankenkassen mit dem Ziel gleicher Wettbewerbs- und Versorgungsbedingungen für alle. Wichtig für uns ist, eine Benachteiligung unseres Landes durch den Risikostrukturausgleich oder eine unfinanzierbare steuerliche Subventionierung bei der Einführung einer **Kopfprämie** nach dem Modell der CDU zu verhindern. Die bestmögliche gesundheitliche Versorgung für alle, unabhängig von sozialem Status und Alter bleibt unser zentrales Anliegen.

Arbeit für alle

Massen- und Dauerarbeitslosigkeit gehören nach wie vor zu den größten gesellschaftlichen Herausforderungen. Um diese erfolgreich zu bestehen, bedarf es einer Politik des qualitativen Strukturwandels, eines beschäftigungsorientierten Wirtschaftswachstums und einer aktiven Arbeitsmarktpolitik. Vorrang hat für uns das sozialversicherungspflichtige Normalarbeitsverhältnis als Regelarbeitsverhältnis. Wir bekennen uns ausdrücklich zur tarifvertraglichen bzw. branchenüblichen Entlohnung, zur Tarifautonomie, zum Flächentarifvertrag, zum Kündigungsschutz und sind gegen jede Manipulation am Arbeits- und Tarifvertragsrecht.

Wir lehnen Niedriglohn-Strategien für unser Saarland ab. Wir bekennen uns ausdrücklich zum Ziel der Vollbeschäftigung auf Basis auskömmlicher Einkommen.

Die Tarifautonomie in Deutschland ist auch zukünftig uneingeschränkt sicherzustellen. Sie ist eine wesentliche Grundlage der sozialen Demokratie. Artikel 9 des Grundgesetzes überträgt den Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden den Auftrag, Entgelte sowie die Arbeitsbedingungen in Tarifverträgen unabhängig vom Staat, d. h. autonom, zu regeln. Dies hat sich in der Vergangenheit bewährt und ist ein zukunftsfähiges Modell. Es gibt keinen gesetzlichen Handlungsbedarf im Bereich des Günstigkeitsprinzips bzw. der Öffnungsklauseln und einer Verlagerung von Tarifaufsetzung auf die betriebliche Ebene.

Wir lehnen Arbeitszeitverlängerungen ab, gefordert ist eine innovative Arbeitszeitpolitik. Diese hat die berechtigten Interessen von Familie, Beruf und Wirtschaft zu integrieren. Pauschale Arbeitszeitverlängerungen reduziert insbesondere die Chancen unserer Kinder auf Erwerbstätigkeit.

Wir lehnen eine weitere Verlängerung der Ladenöffnungszeiten ab, 84 Stunden Ladenöffnungszeiten in der Woche reichen. Längere Ladenöffnungszeiten bedeuten auch meist eine Arbeitszeitverlängerung der Beschäftigten.

Die Tarifvertragsparteien haben ihre Verantwortung für die Beschäftigung wahrgenommen und es besteht kein Anlass daran zu zweifeln, dass sie das auch in Zukunft tun werden.

Abzulehnen sind dagegen Vorstellungen, so genannte „betrieblichen Bündnisse für Arbeit“ gesetzlich zu verankern. Eine Öffnung von Tarifverträgen darf nur durch die Tarifvertragsparteien selbst erfolgen. Die Beschäftigten würden zu Bittstellern gegenüber ihren Arbeitgebern degradiert. Tarifverträge bieten Planungssicherheit. Die Personalkosten bleiben kalkulierbar, da während der Laufzeit von Tarifverträgen nicht gestreikt werden darf. Tarifverträge in rund 300 Branchen sind Garant dafür, dass Deutschland weltweit zu den Ländern mit den wenigsten Arbeitskämpfen gehört, weit hinter den USA, England oder Frankreich. Die Tarifvertragsparteien haben ein differenziertes System von über 57.000 Tarifverträgen geschaffen.

Mit innovativen Tarifverträgen, etwa zur Qualifizierung, zur Altersteilzeit oder zur Zeitarbeit, haben die Tarifvertragsparteien bewiesen, dass sie die Zukunft der Arbeitswelt aktiv gestalten und auf aktuelle Anforderungen flexibel reagieren können. In vielen Branchen gibt es Öffnungs- und Härtefallklauseln oder Tarifverträge zur Beschäftigungssicherung in Krisensituationen, die den betrieblichen Bedingungen Rechnung tragen. Die Tarifvertragsparteien haben damit den Weg für betriebliche Vereinbarungen geebnet. Bereits 35 Prozent der Betriebe und 22 Prozent der Dienststellen hatten im März 2003 von tariflichen Öffnungsklauseln Gebrauch gemacht. **Für gesetzliche Öffnungsklauseln gibt es also keinen Handlungsbedarf.**

Forderungen von CDU und FDP nach gesetzlich verordneten Öffnungsklauseln für betriebliche Abweichungen würden die Vielfalt der tariflichen Möglichkeiten einschränken, die Entwicklung branchenspezifischer Lösungen verhindern und in Branchen, in denen allgemeinverbindliche Tarifverträge zur Anwendung kommen, bisher bewährte Tarifstrukturen völlig aushebeln. Das geltende Recht schließt aus gutem Grund aus, dass Betriebsräte und Arbeitgeber über tariflich geregelte Arbeitsbedingungen verhandeln können. Der Erpressbarkeit von Betriebsräten würde Tür und Tor geöffnet und bei Löhnen und Arbeitsbedingungen ein Unterbietungswettbewerb der Betriebe eröffnet, wodurch eine Abwärts Spirale in Gang gesetzt würde. Die Betriebsräte wollen nicht in einen Interessengegensatz zu ihren Gewerkschaften gebracht werden.

Auch vor dem Hintergrund des notwendigen Produktivitätsfortschritts, der technologischen Entwicklung und der Qualifikationsanforderungen der modernen Arbeitswelt, ist auf absehbare Zeit ein **öffentlich finanziert Arbeitsmarkt** für die Menschen notwendig, die aus unterschiedlichen Gründen den Anforderungen des allgemeinen Arbeitsmarktes nicht oder nicht mehr gewachsen sind. Unerledigte, gesellschaftlich nützliche Arbeit ist genügend vorhanden. Deshalb brauchen wir neben einer neuen Offensive in der aktiven Arbeitsmarktpolitik, wie sie das Job-Aktiv-Gesetz und die sogenannten Hartz-Gesetze vorsehen, auch eine eigenständige regionale Ergänzung, die sich den besonders benachteiligten Zielgruppen und den besonderen Gegebenheiten des saarländischen Arbeitsmarktes zuwendet.

Wir wollen

- eine **Qualifizierungsoffensive für das Saarland**. Qualifikation ist das wichtigste Standortargument des Saarlandes im Wettbewerb der Regio-

nen. Statt Bildungsabbau in der beruflichen Aus- und Weiterbildung brauchen wir eine zukunftsorientierte Qualifizierungsoffensive im gesellschaftspolitischen und betrieblichen Bereich und damit ein bildungsanmierendes Klima. Qualifikation und Bildung schaffen die Voraussetzung für mehr Produktivität und Innovation. Deshalb wollen wir das Recht auf Weiterbildung für jeden und damit einen individuellen Anspruch auf Weiterbildung sichern. Die Qualifizierungsoffensive Saarland muss auch den gerechten Lastenausgleich bei der Finanzierung von beruflicher Bildung und Weiterbildung sichern. Öffentliche Investitionen sind hier ebenso erforderlich, wie die tarifvertragliche Bindung der Arbeitgeber an die Mitfinanzierung von Qualifikationsoffensiven.

Die Qualifizierungsoffensive Saarland muss auch die Integration von Arbeitslosen in den ersten Arbeitsmarkt verbessern. Das Instrument der Jobrotation ist ein sinnvoller Weg, den gestiegenen Fachkräftebedarf der Unternehmen über das Stellvertreterprinzip bei Qualifizierungsmaßnahmen mit dem arbeitsmarktpolitischen Ziel zu verbinden. Erforderlich ist auch eine Offensive in der Qualitätssicherung der betrieblichen Weiterbildung. Hierzu brauchen wir stabile Träger und verlässliche Förderstrukturen, die einen ökonomischen und qualitätsorientierten Mitteleinsatz garantieren. Auch darauf wollen wir hinwirken.

- eine wirkliche **Jugendqualifizierungs- und Beschäftigungsgarantie** für alle arbeitslosen und ausbildungsplatzsuchenden junge Menschen. Keiner darf länger als sechs Monate ohne echte Beschäftigung und Qualifizierung sein. Wir unterstützen deshalb alle Maßnahmen, die ein Ausbildungs- und Beschäftigungsangebot für jeden jungen Menschen mit der Pflicht zur Inanspruchnahme verbinden. EU-weit haben sich die Staaten zu diesen Zielen und Maßnahmen verpflichtet. Wir wollen, dass endlich alle jungen Menschen im Saarland davon profitieren. Wir setzen dabei auf das bevorrechtigte Recht, aber auch die entsprechende Pflicht der Unternehmen, ein auswahlfähiges Ausbildungsplatzangebot bereitzustellen. Wir bekennen uns auch dazu, wenn dieses Angebot nicht erreicht wird, über Umlage oder Steuermitteln die Voraussetzungen für ein entsprechendes Ausbildungsplatzangebot zu schaffen.
- **innerhalb von fünf Jahren die Zahl der jungen Menschen ohne Schul- und Berufsabschluss durch gezielte systematische Förderung mindestens halbieren.**
- die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit mit beschäftigungsschaffender Infrastrukturförderung verknüpfen. In einer großen saarländischen Gemeinschaftsinitiative von Land, Bundesagentur, Kreisen und Gemeinden werden wir alle Maßnahmen unterstützen, die die Beschäftigung von Arbeitslosen mit der Verbesserung der kommunalen Infrastruktur verknüpfen. Hierzu gehören wirtschaftsnahe Infrastrukturmaßnahmen ebenso wie Investitionen in die ökologische Zukunft sowie in die Sozial- und Bildungsinfrastruktur. Mit einem entsprechenden Landesprogramm werden wir anreizen, die entsprechenden Bundes- und EU-Programme zu nutzen.

Dazu gehört für uns auch eine aktiv moderierende Rolle des Landes bei der Umsetzung der sogenannten „Hartz-Gesetze“ und der Reform der Bundesagentur. Wir wollen auch weiterhin ein partnerschaftliches und

gleichwertiges Miteinander der regionalen Dienststellen der Bundesagentur, der Gemeinden und Kreise. Darauf werden wir hinwirken und ebenso auf die Einhaltung arbeitsrechtlicher und tarifvertraglicher Bestimmungen bei Ausschreibungen der Bundesagentur. Unsere erfahrenen Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaften müssen als regionale Kompetenzzentren aktiver Arbeitsmarktpolitik erhalten bleiben.

- eine gezielte Qualifizierungs- und Beschäftigungsförderung für besonders benachteiligte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, um die Kluft zwischen Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt gerade für diese Menschen nachhaltig schließen zu können. Hierzu gehört auch eine Offensive zur Erwerbsintegration von Zuwanderern.
- die Einrichtung von Arbeitsförder- und Integrationsbetrieben in jedem Landkreis bzw. dem Stadtverband für Menschen mit sehr geringen Vermittlungschancen auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt mit dem Ziel, ihrer Befähigung und Förderung zur normalen Arbeitsaufnahme, aber auch zur längerfristigen Beschäftigung falls die Bedingungen des Arbeitsangebotes einerseits und die persönlichen Handicaps der Betroffenen andererseits keine Alternativen zulassen.
- Dienstleistungsagenturen in jedem Landkreis und im Stadtverband zur Vermittlung und sozialversicherungsrechtlichen Absicherung von kleinen Arbeitsverhältnissen errichten.
- Frauen, die nach einer Familienphase in die Arbeitswelt zurückkehren wollen, bessere Startbedingungen, Chancen und Perspektiven bieten. Der Wiedereinstieg darf ihnen nicht wegen ihres Alters oder mangelnder beruflicher Kenntnisse versagt werden. Um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu erleichtern, setzen wir uns für eine lebensphasengerechte Arbeitszeit ein.

Generationenbündnis

Die demographische Entwicklung verlangt eine neue Aufgaben- und Lastenverteilung innerhalb unserer Gesellschaft. Mit einem „Bündnis der Generationen“ wollen wir die Herausforderungen des demographischen Wandels positiv bewältigen und ein neues partnerschaftliches Gleichgewicht zwischen den Generationen mit ihren unterschiedlichen Interessen und Möglichkeiten finden.

Wir wollen:

- die Potenziale der älteren Generation, sowohl die beruflichen Kompetenzen als auch die Lebenserfahrung und ihr gesellschaftliches Engagement anerkennend fördern und möglichst lange nutzen. Deshalb wird eine SPD-geführte Landesregierung bei Unternehmen und Betrieben verstärkt für den qualifizierten Einsatz älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer werben, sie bei einer gesundheits- und altersgerechten Gestaltung der Arbeitsbedingungen unterstützen und gezielt Modellvorhaben fördern.

- die Probleme und Perspektiven des demografischen Wandels für die Arbeitswelt herausarbeiten und Arbeitnehmer und Arbeitgeber für einen Generationenpakt gewinnen. Damit wollen wir sicherstellen, dass traditionelle Altersgrenzen überwunden und die besondere Fähigkeiten aller gezielt genutzt werden.

In einer ausbildungs- und lernförderlichen Arbeitsorganisation sollen die besonderen Interessen und Möglichkeiten der älteren Arbeitnehmer ebenso ausgelotet werden wie die der jüngeren. Niemand darf abgehängt oder ausgegrenzt werden.

Im betrieblichen Alltag wollen wir auf die Vermeidung gesundheitlicher Beeinträchtigungen ebenso hinwirken, wie wir gesundheitliche Einschränkungen durch gezielte medizinische und berufliche Rehabilitation überwinden wollen. Die persönliche Unabhängigkeit und die Arbeitsfähigkeit sollen möglichst lange erhalten bleiben. Gemeinsam mit den Sozialpartnern wollen wir neue lebensphasengerechte Arbeitszeitmodelle entwickeln und vereinbaren.

Die flexible Gestaltung und der gleitende Übergang in den Ruhestand ist uns ein wichtiges Anliegen. Mit diesem saarländischen Generationenbündnis zur Zukunft unseres Wirtschaftsstandortes wollen wir bundes- und europaweit Zeichen setzen.

- neben einem neuen Miteinander der Generationen in der Arbeitswelt dieses auch in der Freizeit, in Wohnquartieren sowie in Kultur- und Sozialeinrichtungen forcieren und weiterentwickeln. Dazu gehört eine offensive und gestaltende Rolle des Landes in der Förderung des Mehrgenerationenwohnens und die modellhafte Erprobung neuer Wohnkonzepte mit nachbarschaftlichen Netzwerken in genossenschaftlicher Selbsthilfe nach dem Motto „Jung hilft Alt – Alt hilft Jung“.
- mit einer „Initiative Seniorenwirtschaft“ der Entwicklung seniorenspezifischer Produkte und Dienstleistungen neue Impulse geben. Dazu gehören spezielle Reise-, Fitness- und Wellnessangebote, benutzerfreundliche (Haushalts-)Geräte, spezifische Dienstleistungen in den Bereichen Gesundheit, Haushalt und Garten sowie Angebote der Bildung, Kultur und Information.
- dafür Sorge tragen, dass die Menschen „gesund alt werden“. Prävention und Rehabilitation müssen eindeutig Vorrang vor Rente und Pflege haben. Wir werden die Gemeinden und freien Träger aktiv unterstützen, damit in allen saarländischen Gemeinden bedarfsgerechte gesundheitsfördernde Sport- und Fitnessangebote für älter werdende Menschen vorgehalten werden. Durch gezielte Angebote der Gesundheitsförderung für ältere Menschen kann die Entstehung chronischer Erkrankungen häufig verhindert und damit ihre Lebensqualität verbessert werden.
- auch **die pflegebedürftigen Menschen** weiterhin innerhalb der sozialen Pflegeversicherung bedarfsgerecht absichern. Pflegebedürftigkeit ist ein allgemeines Lebensrisiko, insbesondere bei Hochbetagten. Deshalb wollen wir den hohen Versorgungsstandard im Saarland erhalten und so bedarfsgerecht weiterentwickeln, dass die professionelle ambulante Versorgung wirklich Vorrang vor der stationären hat. Dazu gehört die Verbesserung des Übergangs von der Krankenhausbehandlung in die Pflege

ge ebenso, wie die Unterstützung pflegebereiter Angehöriger und die verstärkte Einbeziehung von Demenzkranken in die professionelle Pflege. Hier liegt ein Zukunftsproblem vieler Familien, die wir nicht alleine lassen dürfen.

- uns in die bundespolitische Debatte einmischen und offensiv die Interessen der Pflegebedürftigen und ihrer Angehörigen vertreten. Zur langfristigen Stabilisierung der Finanzierung gehört für uns auch die Aufhebung der Trennung von gesetzlicher und privater Pflegeversicherung und die Entlastung von Familien mit Kindern bei ihrer Beitragszahlung durch einen Zuschlag zum Kindergeld. Der Beitragssatz von 1,7 % ist für uns kein Dogma.
- auch zukünftig eine lebensstandardsichernde Altersversorgung. Hierzu haben wir das **Dreisäulenmodell der Alterssicherung** entwickelt, bestehend aus gesetzlicher Rente, obligatorischer betrieblicher Alterssicherung und freiwilliger privater Vorsorge. Während die Betriebe zur verbindlichen Mitfinanzierung der betrieblichen Altersvorsorge gewonnen und verpflichtet werden müssen, werden wir die private Altersvorsorge auch weiterhin steuerlich fördern und denen helfen, private Vorsorge zu betreiben, die dazu aus eigener Kraft nicht in der Lage sind.
- bei der Finanzierung unserer sozialen Sicherungssysteme für eine **gleichmäßige Belastung der Generationen** sorgen und sicherstellen, dass Kindererziehung positive Berücksichtigung findet. Dazu werden wir uns im Sozialversicherungsrecht zukünftig für eine „Aufwandsbilanz“ einsetzen. In ihr werden alle Leistungen zusammengeführt, die wir für den sozialen Zusammenhalt in unserer Gesellschaft erbringen. Sie entstehen dann, wenn sich Menschen „unentgeltlich“ um andere kümmern und dadurch die Solidargemeinschaft von Ausgaben entlasten. Der individuelle finanzielle Beitrag in die Renten-, Pflege- und Krankenversicherung muss Leistungen wie Kindererziehung und die Pflege älterer sowie behinderter Menschen berücksichtigen. Weil diese Leistungen im gesamtgesellschaftlichen Interesse liegen, muss dieser soziale Ausgleich aus dem Steueraufkommen finanziert werden.

Teilhabe von Menschen mit Behinderung verwirklichen, Lebensbedingungen verbessern

Es ist normal, verschieden zu sein. Deshalb ist die Kultur des Zusammenlebens Menschen mit und ohne Behinderung eine ständige und in einer älter werdenden Gesellschaft an Bedeutung zunehmende Aufgabe. In einer Gemeinschaft, deren Zahl an Menschen mit Handicaps steigt, müssen die berechtigten Anliegen dieser Menschen denk- und handlungsbestimmend sein, integriertes Leben muss eine Selbstverständlichkeit werden.

Wir wollen:

- die gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Behinderung am gesellschaftlichen Leben in allen Lebensbereichen umsetzen. Insbesondere

die öffentlichen Verwaltungen müssen verstärkt in die Pflicht genommen werden, über die Teilhabe von Menschen mit Behinderung nicht nur zu reden, sondern sie auch umzusetzen.

- den gesetzlichen Vorgaben folgen und dafür sorgen, dass öffentliche Einrichtungen wie Freizeit-, Sport-, Kultur- und Bildungsstätten mehr und mehr den Kriterien der Barrierefreiheit entsprechen und für alle Bürgerinnen und Bürger zugänglich sind. Barrierefreiheit muss sowohl im modernen Öffentlichen Personennahverkehr als auch in zukunftsweisenden Tourismus- und Beherbergungsangeboten selbstverständlich werden. Gleiches gilt auch für die Sicherstellung von Barrierefreiheit bei Informationsangeboten.
- dass die Integration von Kindern und Jugendlichen mit Behinderung in vorschulische und schulische Bildungsangebote wieder stärker stattfindet. Die von der CDU-geführte Landesregierung bewirkten Rückschritte in diesem Bereich werden wir umkehren. Auch die berufliche Bildung und Weiterbildung ist in dieses Integrationsbemühen zukünftig verstärkt einzubeziehen.
- die Integration von Menschen mit Behinderung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt weiter voranbringen. Um dieser Herausforderung gerecht zu werden, müssen erfolgreiche Unterstützungsmaßnahmen wie z. B. die Arbeitsassistenz erhalten und ausgebaut, sowie die Fortentwicklung von Eingliederungsprogrammen von Bundes- und Landesebene garantiert werden.
- die Schaffung persönlicher Budgets als aktive Eingliederungshilfe befördern und es Menschen mit Behinderung ermöglichen, durch selbst beschaffte Hilfen ein weitgehend eigenständiges und selbstbestimmtes Leben in der Gesellschaft zu führen.
- uns in allen Kommunen und Landkreisen für die Einsetzung von Behindertenbeauftragten oder Behindertenbeiräten einsetzen. Sie sollen vor Ort Betroffene, Verwaltungen, Räte und Selbsthilfeorganisationen informieren, beraten, sensibilisieren, Maßnahmen initiieren und koordinieren. Es geht immer um die gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Handicaps am ganz normalen Leben.
- im Bundesrat die Initiative für ein Zivilrechtliches Antidiskriminierungsgesetz ergreifen. Diskriminierende Elemente, wie sie zum Beispiel im Miet-, Reise- und Versicherungsrecht noch immer existieren, müssen im Rahmen einer umfassenden Überprüfung und Änderung des Zivilrechtes beseitigt werden.

Für ein weltoffenes Saarland im Herzen Europas – mehr Integration für zugewanderte Menschen

Das Saarland ist ein erfahrenes Zuwanderungsland. Saarländerinnen und Saarländer sind aufgeschlossen und weltoffen. Deshalb ist es bei uns besonders chancenreich, alle zugewanderten und zuwandernden Menschen für die Ent-

wicklung unseres Landes zu begeistern und sie daran mitwirken zu lassen. Vor dem Hintergrund des Bevölkerungsdefizits ist das auch dringend notwendig.

Voraussetzung für eine Teilhabe neu zugewanderter Mitbürger ist eine erfolgreiche Integrationspolitik, die den Menschen die Grundlagen unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens vermittelt, ohne ihnen ihre kulturelle Eigenständigkeit zu nehmen. Wir wollen das Saarland in diesem Sinne zu einem Musterland der Integration machen.

Wir wollen:

- eine Integrationsoffensive starten, um die im Saarland lebenden Zuwanderinnen und Zuwanderer sprachlich zu fördern und ihre schulische, berufliche und gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen.
- die Kontakte und den kulturellen Austausch zwischen Einheimischen und Migranten und Migrantinnen ausbauen und die Förderung hierzu geeigneter Projekte sichern.
- das kommunale Wahlrecht für Ausländerinnen und Ausländer mit dauerhafter Aufenthaltsgenehmigung.
- für ein bedarfsgerechtes Angebot an Beratungs- und Betreuungseinrichtungen für Migrantinnen und Migranten sorgen.
- für das Saarland eine Härtefallkommission einrichten, die nach Ausschöpfung des Rechtsweges überprüfen soll, ob Antragsteller aus dringenden humanitären oder persönlichen Gründen eine Aufenthaltsbefugnis erhalten können. Dieser Kommission sollen Vertreter der Kommunen, des Landes, der Flüchtlingsorganisationen, der Kirchen und Religionsgemeinschaften angehören.
- die Zuwanderung qualifizierter Arbeitskräfte aktiv fördern, wenn sich auf dem saarländischen Arbeitsmarkt ein Bedarf ergibt.

Freiwillige fördern – Kultur des Miteinanders praktizieren

Das Saarland hat eine lange Tradition bürgerschaftlichen Engagements. Nachbarschaftliche Hilfe, Engagement in Vereinen und Initiativen gehören zum Alltag der meisten Saarländerinnen und Saarländer. Vereine und Gemeinschaftsinitiativen sind Orte der Begegnung, der gemeinsamen Interessenvertretung und der aktiven Gemeinwohlgestaltung. Gerade in einer Zeit tiefgreifender Veränderungen gesellschaftlicher Bedingungen ist diese Kultur des Miteinanders als stabilisierendes Element aktiv zu fördern.

Wir wollen:

- möglichst viele Entscheidungskompetenzen auf Ortsräte, Schulkonferenzen und Elternvertretungen sowie Betriebs- und Personalräte übertragen. Bürgerinitiativen, Selbsthilfeorganisationen, Ausländer- und Behinder-

tenbeiräte sowie Jugend- und Seniorenvertretungen wollen wir stets aktiv in die Meinungs- und Willensbildung einbeziehen. Wir setzen auf Taten statt Worte. Für uns darf bürgerschaftliches Engagement jedoch nicht öffentliche Verantwortung ersetzen.

- das saarländische Weiterbildungs- und Bildungsfreistellungsgesetz dahingehend ändern, dass der Bildungsurlaub auch zur Qualifizierung für ehrenamtliches und freiwilliges Engagement genutzt werden kann, denn freiwilliges Engagement liegt im gesamtgesellschaftlichen und damit auch ökonomischen Interesse.
- freiwillige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Jugendarbeit für die Dauer des gesetzlich vorgesehenen Sonderurlaubs für jugendbildende und jugendpflegerische Maßnahmen durch Ausgleichszahlungen aus Landesmitteln unterstützen.
- die Lücken im Versicherungsschutz für freiwillig Tätige durch entsprechende Rahmenversicherungsverträge schließen. Dies gilt insbesondere für die Haftungs- und Unfallrisiken. Auch die im Bereich der Pflege und Betreuung ehrenamtlich Tätigen sollen von diesem Schutz profitieren.
- freiwilliges Engagement auch bei Einstellungen und Beförderungen im öffentlichen Dienst, bei der Bafög-Förderdauer, etc. berücksichtigen.
- die soziale Dimension von Bildung und Erziehung neu gewichten und das gemeinwohlorientierte Verhalten von Schülerinnen und Schülern durch soziale Schulprojekte und Sozialpraktika fördern. Zur Organisation und Umsetzung dieser zukunftsorientierten Initiative werden wir eine „Agentur für soziales Lernen“ gründen. Wir setzen auf mehr soziale Sensibilität und Kompetenz, um zu verhindern, dass unser Zusammenleben „kälter“ wird und uns der Egoismus noch mehr dominiert.
- eine bundesweite Offensive starten, um den Freiwilligen Dienst insgesamt auszubauen. Dies dient der Förderung des Gemeinwohls und bietet jungen Menschen ein soziales Lernfeld. Wir wollen diesen freiwilligen Dienst auch auf die Bereiche Kultur und Sport ausweiten. Junge Saarländerinnen und Saarländer sollen auch darin bestärkt werden, den freiwilligen Dienst im europäischen oder außereuropäischen Ausland zu absolvieren.
- verstärkt darauf hinwirken, dass sich wirklich alle gesellschaftlichen Schichten gemeinwohlorientiert engagieren. Dies kann sowohl in Form von Zeit- als auch Geldspenden erfolgen. Auch das Stiften von Geld, Immobilien oder Sachanlagen ist Bestandteil bürgerschaftlichen Engagements. Deshalb wollen wir die Gründung von Bürgerstiftungen forcieren und Hürden, die wir bei der Stiftungsgründung noch vorfinden, abbauen. Eine Beratungs- und Vermittlungsstelle soll stiftungsbereite Bürgerinnen und Bürger bei der Gründung oder Nutzung solcher Initiativen beraten und unterstützen.
- den Versuch der CDU-Landesregierung stoppen, die Naturschutzbeiräte zu zerschlagen. Das bisherige Beiratswesen muss in seinen wesentlichen Bereichen erhalten bleiben. Das Vorschlagsrecht für die Besetzung der Beiräte muss auch in Zukunft bei den Verbänden liegen. Dabei ist sicherzustellen, dass Ehrenamtliche berufen werden, die nicht in einem

Abhängigkeitsverhältnis zur Landesregierung oder nachgeordneten Behörden stehen. Die Bestätigung und Berufung soll durch das Parlament erfolgen. Wir wollen damit zur Stärkung der Unabhängigkeit und fachlichen Kompetenz sowie einer stärkeren Anbindung an das Parlament beitragen.

- anerkannten Tierschutzvereinen in Angelegenheiten, die den Tierschutz grundsätzlich betreffen, ein Verbandsklagerecht einräumen.

Sport gibt unserem Saarland Kraft

Das Saarland ist das Bundesland mit der größten Vereinsdichte in Deutschland. Der Landessportverband ist der mitgliedsstärkste Verband an der Saar. Die in den Sportvereinen ehrenamtlich Tätigen leisten einen eminent wichtigen Beitrag zur Basis der sportlichen Vielfalt unseres Landes. Wir wollen diese Tätigkeit stärken.

Wir geben Kindern eine sportliche Zukunft

Sport- und ernährungswissenschaftliche Studien zeigen, dass Bewegungsmangel und Ernährungsdefizite zu Geiseln der Wohlstandsgesellschaft wurden. Dem muss entgegen gewirkt werden. Dabei ist Bewegung eine der wichtigen Säulen. Die von der Politik bestimmten Rahmen des kindgerechten sportlichen Alltags in der Schule müssen dabei Lehrer, Eltern wie Kinder gleichermaßen unterstützen. Die Bereitstellung eines qualifizierten Angebots hat Vorrang. Die Verbindung zum Sport durch den Verein vor Ort behält ihre grundlegende Rolle.

Sport verbindet

Unter diesem Leitmotiv hat die olympische Gesellschaft auf die Bedeutung des Sports bei der Integration ausländischer Mitbürgerinnen und Mitbürger und der (Re-)Integration kranker und älterer Menschen sowie Menschen mit Behinderung hingewiesen.

Wir erkennen diese wichtige gesellschaftspolitische Aufgabe des Sports und werden durch unsere Politik diese Zielsetzung in Zukunft stärker begleiten als dies momentan geschieht.

Sportförderung heißt ausreichende Finanzen

Die Förderung des Spitzensports und eine gleichzeitig starke Unterstützung des Breitensports sind für die SPD wichtige Eckpunkte ihrer Politik.

"Spitze durch Breite - Ohne Breite keine Spitze" ist dabei der leitende Ansatz.

Wir werden den Olympiastützpunkt Saarland/Rheinland-Pfalz an der Hermann Neuberger-Sportschule weiter stärken. Dabei leistet die Sportplanungskommission als Lenkungseinheit der saarländischen Sportstättenplanung, wie an vielen anderen Orten im Land auch, eine ausgezeichnete Arbeit. Die Frage, ob es gelingt, dringend notwendige Sanierungen vorhandener Sportstätten in der Fläche stärker zu unterstützen als bislang, wird in Zukunft von immer entschei-

denderer Bedeutung sein. Die saarländische Regelung der Sportförderung aus einem ausreichenden Anteil der Sportwetten (Sportachtel) hat sich bewährt und muss fortgeführt werden.

7. Globale Verantwortung

Politik von heute ist nur gut, wenn sie auch morgen noch richtig ist, also nachhaltig. Wir handeln mit Respekt vor den Gesetzen der Natur, im Wissen um die Endlichkeit der Ressourcen und in Verantwortung für kommende Generationen. Nachhaltigkeit ist für uns ein Grundprinzip des Qualitativen Strukturwandels. Wachstum muss einhergehen mit einer Senkung des spezifischen Energie- und Ressourcenverbrauchs und mit einer Steigerung der Effizienz. Nur dann verbessert es die Lebensqualität aller Generationen. Wir werden deshalb alle unsere politischen Entscheidungen unter einen Nachhaltigkeitsvorbehalt stellen.

Nachdem in den 70er Jahren das Bewusstsein für die Bedeutung einer intakten Umwelt geschärft wurde, ist es in den 80er und 90er Jahren gelungen, durch eine konsequente Umweltpolitik die Güte unserer Gewässer und die Reinheit der Luft entscheidend zu verbessern. Die Abfallentsorgung wurde gesichert, die Landschaft umfassend unter Schutz gestellt und die naturnahe Bewirtschaftung des Waldes eingeführt. Trotz dieser Erfolge bleibt der Schutz unserer natürlichen Ressourcen eine ständige Herausforderung.

Heute erfordert Umweltpolitik mehr denn je globales Denken. Die durch menschliche Einflüsse eingeleitete Veränderung des Weltklimas wird die Lebenssituation vieler Regionen entscheidend verändern. Die Zunahme extremer Wettersituationen deutet darauf hin, dass die Klimaveränderung bereits Realität ist. Als „Auto- und Energieland“ hat das Saarland bei der Erfüllung der „Kyoto-Ziele“ zum Klimaschutz und darüber hinaus eine ganz besondere Verantwortung beim Umgang mit den natürlichen Ressourcen und bei der Entwicklung modernster Klimaschutzstrategien.

Das Saarland war in den 90er Jahren ein energiepolitisches Vorzeigeland. Mit dem Zukunftsenergieprogramm zur Förderung der regenerativen Energien, dem Vorantreiben moderner Kraftwerkstechnologien und dem mustergültigen Ausbau der Fernwärmeversorgung haben wir eine Brücke ins Solare Zeitalter gebaut. Mit der Saarbahn wurde im Saarland ein neues umweltfreundliches Verkehrssystem auf den Weg gebracht und die Renaissance der Schiene eingeleitet. Diesen Weg werden wir mit einem ökologisch verantwortbaren Energie- und Mobilitätskonzept weitergehen.

Mit der landesweiten Einführung der naturnahen Waldwirtschaft im Staatswald hat die SPD-Landesregierung bereits in den 80er Jahren bundesweit ein Zeichen für nachhaltiges Wirtschaften auf der gesamten Fläche gesetzt. Dieses Projekt werden wir weiterentwickeln und auch für

die landwirtschaftliche Nutzung Ziele für ein naturnahes Wirtschaften auf der gesamten Fläche formulieren. Wir wollen eine multifunktionale Land- und Waldbewirtschaftung, die wirtschaftlichen Erfolg mit nachhaltiger Wirtschaftsweise in Einklang bringt. Besondere nicht marktfähige Leistungen der Land- und Forstwirtschaft für die Erhaltung der Landschaft und der ländlichen Kultur sowie neue Aufgaben im Bereich der Energielandwirtschaft wollen wir im Sinne einer multifunktionalen Land- und Waldwirtschaft aus öffentlichen Mitteln besonders fördern.

Schlüsselfrage Energiepolitik: Die Brücke ins Solare Zeitalter

Die SPD Saar unterstützt nachdrücklich das Ziel, bis 2020 ein Fünftel und bis 2050 die Hälfte der elektrischen Energie aus regenerativen Energiequellen zu erzeugen. Dabei streben wir einen neuen Energiemix an, der Effizienz und Innovation zu einem intelligenten Zukunftssystem und dezentrale und zentrale Versorgungselemente miteinander verbindet. **Wir werden das Saarland zu einem Schaufenster für ein zukunftsfähiges Energiesystem machen und damit an die erfolgreiche Politik der früheren SPD-Landesregierungen anknüpfen.**

Das Energiesystem der Zukunft stützt sich auf drei Säulen:

- ein hochmodernes System großer und kleiner Kraftwerke mit höchstmöglichen Wirkungsgraden
- eine Effizienzrevolution in der Nutzung der Energie im Strom- und Wärmebereich
- eine ehrgeizige Nutzung regenerativer Energieformen

Zukunftsfähiger Kraftwerkspark

Der Kraftwerkspark der Zukunft wird dezentraler und technologisch vielfältiger. Hocheffiziente Großkraftwerke werden ergänzt durch kleine und kleinste „Kraftwerke“, die zu einem flächendeckenden „virtuellen Großkraftwerk“ intelligent vernetzt werden. An diesem Projekt wollen wir im Saarland federführend mitarbeiten.

Die hocheffiziente Energieerzeugung durch den weiteren Ausbau der Kraft-Wärme-Koppelung (KWK) steht im Zentrum unserer Energiepolitik im Stromsektor. Bundesweit werden zur Zeit rund 12 % des Stroms in KWK-Anlagen erzeugt, während sich Länder wie Finnland, Dänemark und die Niederlande bereits der 50 %-Marke nähern. Die heutige, mit der Stromerzeugung verbundene ungenutzte Abwärme würde ausreichen, um sämtliche Gebäude in Deutschland zu heizen. Eine wirksame Klimaschutzstrategie muss deshalb den KWK-Anteil an der Stromerzeugung drastisch erhöhen.

Wir wollen die vorhandene hervorragende KWK-Infrastruktur (Kraftwerke, Fernwärmeschiene Saar) erhalten, die Anlagen modernisieren und, wo dies möglich ist, Fern- und Nahwärmenetze ausbauen und verdichten. Im Bereich der kleinen KWK-Systeme, wie Motor-Blockheizkraftwerke und Mikrogasturbi-

nen, hat das Saarland einen erheblichen Nachholbedarf. Diese Anlagen ermöglichen heute bereits den wirtschaftlichen Einstieg in eine dezentrale Energieinfrastruktur, in der mittel- und langfristig die Brennstoffzelle zu einem Stützpfeiler der Stromversorgung werden könnte.

Um den Aufbau einer solchen Infrastruktur zu unterstützen und den Handwerksbetrieben und Verbrauchern die Zukunftsfähigkeit dieses Weges zu demonstrieren, werden wir:

- die Umstellung von Öl- oder Gasheizungen in Schulen auf kleine gasbetriebene Blockheizkraftwerke zur gleichzeitigen Strom- und Wärmeversorgung fördern,
- zusammen mit den Energieunternehmen ein Demonstrationsprogramm zur Erprobung und Weiterentwicklung von Mikrogasturbinen und Brennstoffzellen auflegen,
- viele kleine Anlagen zu einem „virtuellen Kraftwerk“ vernetzen.

Das Saarland muss aber auch Standort für konventionelle Kraftwerke bleiben. Unser Ziel ist es, an vorhandenen Kraftwerksstandorten die aus Altersgründen ausscheidenden Kraftwerke durch den Neubau hocheffizienter Anlagen der neuen Generation mit modernster Technologie zu ersetzen. Es geht dabei sowohl um den Bau neuer moderner Kohlekraftwerke mit elektrischen Wirkungsgraden von über 45 % als auch neuer GuD-Gaskraftwerke, die bereits heute mit einem elektrischen Wirkungsgrad von über 57 % arbeiten.

Effizienzrevolution und Systemintelligenz

Einer der Schlüsselfaktoren für die Gestaltung eines nachhaltigen Energiesystems ist die Steigerung der Energieeffizienz, d. h. die ergiebigere Ausnutzung der eingesetzten Energie. Mit einer Effizienzrevolution streben wir die ehrgeizige Steigerung der Energieeffizienz im bestehenden Energiesystem bis an die physikalisch-technischen Grenzen an.

Im Saarland ist die „Energiequelle“ Energieeffizienz bislang wenig erschlossen. Nicht nur unter Umwelt- und Klimaschutz Gesichtspunkten, sondern auch unter regionalwirtschaftlichen Aspekten machen Anstrengungen zur Steigerung der Energieeffizienz sehr viel Sinn. Jede importierte Energieeinheit, die mit Hilfe saarländischer Akteure (Handwerk, Anlagenbau, Installationsgewerbe etc.) vermieden wird, stärkt die regionale Wertschöpfung und sichert Arbeitsplätze vor Ort. Wir wollen uns auf folgende erfolgversprechende Effizienzprogramme konzentrieren:

- **Einspar-Contracting-Pool der saarländischen Landesliegenschaften:** Ausgewählte saarländische Landesgebäude und -liegenschaften werden wir zu einem Pool zusammenfassen und ihre energetische Sanierung durch Dritte zur Ausschreibung bringen. Beim Einspar-Contracting werden die Effizienzinvestitionen im Gebäude durch die Energieeinsparung refinanziert, so dass sich für alle Beteiligten eine Win-Win-Situation ergibt: Das Land saniert seine Gebäude, ohne selber in-

vestieren zu müssen; das Contracting-Unternehmen erzielt durch seine Tätigkeit einen Gewinn und schafft zudem Arbeitsplätze.

- **Einrichtung regionaler virtueller Energieberatungszentren:** Seit der Liberalisierung der Energiemärkte und dem damit verbundenen Druck zur Senkung von Kosten haben viele Energieunternehmen ihr Angebot an Energieeinspar- und Effizienzberatung zurückgeschraubt. Dies trifft Haushalte und Gewerbe gleichermaßen. Wir wollen gemeinsam mit Energieunternehmen, Handwerk, Handel und Verbraucherzentralen ein virtuelles „Faktor 4-Beratungszentrum“ mit einem hochwertigen Beratungsangebot im Internet entwickeln und einrichten.
- **Durchführung von Demonstrationsvorhaben mit Signal- und Breitenwirkung:** Um eine stärkere Verbreitung des technischen Know hows im Energieeffizienzbereich zu gewährleisten und gleichzeitig eine breitere Bewusstseinsbildung voranzutreiben, wollen wir ausgewählte Demonstrationsvorhaben (Faktor 4-Sanierung, dezentrales Energiemanagementsystem) unterstützen.

Erneuerbare Energien

Um die langfristig notwendigen Klimaschutzziele erreichen zu können, müssen heute die Weichen für eine Sonnenenergiewirtschaft gestellt werden. Für Deutschland am aussichtsreichsten erscheint kurzfristig neben der bereits fortgeschrittenen Nutzung der Windenergie die Nutzung von Biomasse und der kleinen Wasserkraft; Solarenergienutzung in Form von Solarthermie und Photovoltaik wird mittel- und langfristig die wichtigste Rolle spielen. Die SPD Saar schlägt dafür folgende konkreten Maßnahmen vor:

Nutzung der Windenergie

Das Saarland besitzt eine Reihe windgünstiger Standorte. Aufgrund der restriktiven Politik der CDU-Regierung bildet das Land beim Ausbau der Windenergie leider das Schlusslicht unter den Bundesländern. Der vorgelegte Landesentwicklungsplan Umwelt zementiert diese Position. Ziel der SPD ist es hingegen, die vorhandenen Windressourcen bevorzugt in Windparks umwelt- und sozialverträglich und in enger Abstimmung mit den Bürgern zu nutzen. Ein mittelfristiger Zielwert liegt hier bei 150 MW (derzeit: rund 30 MW). An den bereits vorhandenen Standorten sollen dabei im Wege des Repowering mittelfristig alte durch neue Anlagen mit erhöhtem Wirkungsgrad und erhöhter Leistung ersetzt werden. Darüber hinaus unterstützen wir die Bemühungen, die Produktion einer im Umfeld der Hochschule für Technik und Wirtschaft entwickelten getriebelosen Windanlage im Saarland zu etablieren und damit die erheblichen Exportchancen in andere europäische Länder (v. a. Frankreich, Spanien und Großbritannien) zu wahren.

Biomasse-/Biogasnutzung

Bezüglich der Nutzung von Biomasse ist das Saarland bisher Entwicklungsland. Das wollen wir ändern. Wir werden insbesondere:

- gemeinsam mit der saarländischen Landwirtschaft ein Projekt „vom Landwirt zum Energiewirt“ auf den Weg bringen, in dessen Rahmen wir die Bedeutung der Landwirtschaft für die Produktion von Biomasse als Energieträger fördern wollen,
- ein regionales Stoffstrommanagement betreiben, um geeignete Rest- und Abfallprodukte zu erfassen und als Biomassebrennstoffe einzusetzen,
- ein Netzwerk von Land- und Forstwirtschaft, kommunalen Dienstleistern und Unternehmen aus Industrie und Handwerk schaffen, um Waldrest- und Schwachholz, geringbelastetes Altholz und kommunale Grünabfälle energetisch zu verwerten,
- die Erzeugung von Biogas durch Vergärung organischen Materials (Gülle, Mist, Stroh, Grünschnitt, organischer Hausmüll) und seinen Einsatz in kleineren KWK-Anlagen fördern,
- verstärkt die Erzeugung und den Einsatz von Pflanzenölen in Automotoren und Heizanlagen sowie als industrielle Schmierstoffe unterstützen,.
- ein Wärmebedarfskataster einrichten und dabei insbesondere prüfen, ob neu ausgewiesene Wohn- und Gewerbeflächen mit biomassebefeuerten Nahwärmenetzen zu versorgen sind.

Erschließung der Wasserkraftpotenziale

Die Nutzung der Wasserkraft ist im Saarland in erster Linie im Zuge des Saarausbaus realisiert worden. Derzeit werden rund 15 MWel an 21 Standorten genutzt. Es soll geprüft werden, inwieweit noch weitere Anlagen – insbesondere ein Projekt an der Staustufe Güdingen – wirtschaftlich und umweltverträglich realisiert werden können.

Fotovoltaik und Solarthermie

Über die bestehenden und überaus erfolgreichen bundesweiten Förderprogramme (EEG; KfW-Programm) für Solarenergie hinaus, werden wir ausgewählte Demonstrationsanlagen fördern.

Forschung und Entwicklung

Mit Hilfe eines wiederbelebten Zukunftsenergieprogramms und einer gemeinsamen Anstrengung aller saarländischen Akteure aus Hochschulen, wissenschaftlichen Einrichtungen und der Energiewirtschaft soll das Saarland wieder zu einem Musterland für die Erforschung und Entwicklung innovativer Energietechnologie werden.

Wir werden folgende Forschungsschwerpunkte setzen:

- Unterstützung von Forschungs- und Entwicklungsprojekten im Bereich der Windenergie, insbesondere zur weiteren Steigerung des Wirkungsgrades und zur Erprobung neuer Werkstoffe,

- Durchführung eines Zero-Emission-Village-Projektes, in dem durch eine optimierte Kreislaufwirtschaft keinerlei Abfälle und Abwässer entstehen,
- Initiierung eines Forschungsschwerpunktes „Energieeffizienzgewinne durch Werkstoffkreisläufe, Materialeffizienz und Materialsubstitution“,
- in Zusammenarbeit mit der Energiewirtschaft, Nordrhein-Westfalen und dem Bund die Erforschung und Entwicklung einer neuen Generation von hocheffizienten (Kohle)Kraftwerken ohne CO₂-Emissionen (Clean-Coal),
- Gründung eines Brennstoffzellenzentrums zur Bündelung und Forcierung bereits bestehender Forschungs-, Entwicklungs- und Produktionsaktivitäten saarländischer Unternehmen.

Widerstand gegen Cattenom

Seit Jahren gibt es in der SaarLorLux-Region Widerstand gegen den Atommeiler in Cattenom. Mehrmals sind Zwischenfälle aufgetreten, die nur sehr spät oder gar nicht der Öffentlichkeit mitgeteilt worden sind. Die staatliche französische EdF als Betreiber lässt sich von diesem Widerstand nicht beirren. Statt dessen lässt sie das Kraftwerk immer unsicherer werden. Tatsache ist, dass vor Jahren festgestellte schwere konstruktionsbedingte Mängel noch immer nicht beseitigt sind. Die radioaktiven Ableitungen sind deutlich höher als bei deutschen Kraftwerken. Dazu gibt es keinerlei konstruktiven Schutz gegen terroristische Angriffe. In all diesen Fragen hat die derzeitige saarländische Landesregierung bei der Wahrung der Interessen der Bevölkerung diesseits der Grenzen völlig versagt.

Wir fordern die sofortige Stilllegung des Kraftwerks und die Erstellung eines SaarLorLux-Energiekonzeptes ohne Atomenergie.

Ökologische Mobilitätspolitik

Hohe Mobilität ist ein Organisationsprinzip moderner Gesellschaften. Sie ist Grundlage erfolgreicher wirtschaftlicher Tätigkeit und guter Lebensqualität. Mobilitätspolitik muss den Herausforderungen weiter zunehmender Mobilität gerecht werden und sie ökologisch verantwortbar organisieren. Dabei kommt es darauf an, die verschiedenen Verkehrssysteme effizient zu vernetzen und durch intelligente Organisationsformen unnötige Mobilität zu verhindern. Das Saarland hat ein gut ausgebautes dichtes Straßen- und Autobahnnetz. Diesen Infrastrukturvorteil gilt es zu erhalten und zu nutzen. Mit dem Bau der Saarbahn hat das Angebot an schienengebundenem ÖPNV erheblich an Attraktivität gewonnen. Die Saarbahn wollen wir zu einem S-Bahnsystem weiterentwickeln, das weite Teile des Landes miteinander verbindet. Insbesondere im Ballungsraum werden wir das Angebot an Bussen und Bahnen verdichten und attraktiver machen.

Attraktivität des ÖPNV steigern

Die Attraktivität des ÖPNV hängt entscheidend von der Zuverlässigkeit, Sicherheit und Kundenfreundlichkeit ab. Dazu gehören Bequemlichkeit, Häufigkeit, Pünktlichkeit, Schnelligkeit, ein einfaches und transparentes Tarifsystem und ein vorteilhaftes Preis/Leistungsverhältnis. Wir wollen die Attraktivität des ÖPNV durch ein modernes Qualitätsmanagement steigern und bei seiner Planung die Nutzer und insbesondere die Nutzerinnen wirkungsvoll beteiligen. Zur Verbesserung der Qualität im ÖPNV werden wir insbesondere folgende Maßnahmen fördern:

- Verbesserung der Kundeninformation insbesondere durch dynamische Fahrgastinformationen unter Nutzung des Internets,
- Abbau von Zugangshemmnissen: „Ein Fahrplan, ein Fahrschein, ein Tarif“, bessere Verknüpfung der Verkehrsträger und Steigerung der Pünktlichkeit,
- barrierefreier Zugang ,
- Modernisierung der Fahrzeugflotte: Neue Niederflurfahrzeuge, klimatisierte Busse und Bahnen, moderne Regionalfahrzeuge auf der Schiene, attraktive Bahnhöfe und Haltepunkte,
- mehr Sicherheit, mehr Sauberkeit: Die Verkehrsunternehmen müssen durch mehr personelle Präsenz sowie durch Überwachungs- und Sicherheitseinrichtungen in Fahrzeugen und an Haltestellen zur Verbesserung des subjektiven Sicherheitsgefühls beitragen,
- neue Marktchancen nutzen: Entwicklung der Verkehrsunternehmen zu umfassenden Mobilitätsdienstleistern. Dazu gehört neben der umfassenden Beratung in allen Fragen der Mobilität auch das Angebot, vergünstigt Autos (z. B. auch über Car-sharing-Modelle) zur Vervollständigung der Mobilitätskette zu nutzen.

Von der Saarbahn zur S-Bahn

Die Saarbahn ist ein entscheidendes Element im Aufbau eines attraktiven ÖPNV-Gesamtsystems im Saarland. Das Ziel besteht darin, die erste Ausbaustufe weiterzuentwickeln und stufenweise zu einem landesweiten S-Bahn-Netz auszubauen. Die Saarbahn/S-Bahn wird das Rückgrat eines zukunftsfähigen attraktiven saarländischen Mobilitätssystems. Sie erfüllt drei zentrale Aufgaben:

- Bessere Verbindung des Umlandes mit der Landeshauptstadt Saarbrücken,
- Steigerung der Transportkapazitäten und Verbesserung der innerstädtischen Erschließung in Saarbrücken,
- Steigerung der Attraktivität der Verbindungen zwischen den saarländischen Mittelzentren.

Dazu werden in einem nächsten Schritt die beiden zentralen Verbindungsachsen Lebach - Saarbrücken - Sarreguemines und Völklingen - Saarbrücken - St. Ingbert vollendet und die Weiterführung der Saarbahn bis Lebach unmittelbar

in Angriff genommen. Mittelfristig soll ein echter S-Bahn-Ring Lebach - Dillingen - Saarlouis - Völklingen - Saarbrücken - Universität - Sulzbachtal - Illtal - Lebach verwirklicht werden. Darüber hinaus soll die Saarbahn auch auf herkömmlichen Bahnstrecken das Mobilitätsangebot verbessern.

Vom Verkehrsverbund zur Saarländischen Nahverkehrsgesellschaft

Unser Ziel ist es, die Attraktivität des ÖPNV deutlich zu steigern. Grundvoraussetzung dazu ist die Schaffung eines saarländischen Verkehrsverbundes, der wie in anderen Großregionen das Angebot der verschiedenen Verkehrsträger zu einem einheitlichen Dienstleistungspaket für öffentliche Mobilität zusammenfasst. Während in vielen Großregionen in Deutschland bereits Verkehrsverbünde längst zum Alltag gehören, wird der ÖPNV im Saarland derzeit durch die DB AG, vier kommunale, ein regionales sowie mehrere private Verkehrsunternehmen erbracht. Die Folge ist eine für die Kundinnen und Kunden unüberschaubare und undurchsichtige Vielzahl an Tarifen.

Obwohl die SPD-Landesregierung im Juni 1999 mit der Unterzeichnung des Vertrages zur Gründung einer Tarifverbundgesellschaft die Voraussetzungen für die Schaffung eines Verkehrsverbundes geschaffen hat, gibt es bisher immer noch keinen solchen im Saarland. **Wir streben die Zusammenfassung aller saarländischen Verkehrsbetriebe in einer einzigen saarländischen Verkehrsgesellschaft an.** Nur so können die saarländischen Verkehrsbetriebe nach der Marktöffnung konkurrenzfähig bleiben und Arbeitsplätze langfristig sichern. Als ersten Schritt fordern wir die Gründung eines Saarland-weiten Verkehrsverbundes, der aus weiterhin eigenständigen Gesellschaften besteht. Dieser Schritt macht Busse und Bahnen für die Kunden wesentlich attraktiver. Für das ganze Saarland gibt es einen einheitlichen Fahrplan und Fahrschein.

Naturnah auf der ganzen Fläche – multifunktionale Land- und Waldwirtschaft

Land- und Forstwirtschaft sind die wichtigsten Nutzungsformen unserer freien Landschaft. **Wir streben eine multifunktionale Land- und Waldbewirtschaftung an, die wirtschaftlichen Erfolg mit nachhaltiger Wirtschaftsweise in Einklang bringt.** Dabei sind besondere, nicht-marktfähige Leistungen der Forst- und Landwirtschaft im Sinne einer Erhaltung unserer typischen Kulturlandschaft, der Funktionsfähigkeit der Böden, der Gewässer und des Klimas, der Erhaltung und Wiederherstellung einer vielfältigen Pflanzen- und Tierwelt aus öffentlichen Mitteln vorrangig zu fördern.

Mit der verbindlichen **Einführung der naturnahen Waldwirtschaft** haben wir bereits in den 80er Jahren die bis dahin typischen forstwirtschaftlichen Methoden der Kahlschlagwirtschaft und der Bestockung der Flächen mit schnellwachsenden Baumarten in Monokulturen als erstes Bundesland beendet. Die kahlschlagfreie Bewirtschaftung, die Überführung von Fichtenmonokulturen in stabile Laubmischwälder, das Verbot des flächenhaften Chemieeinsatzes sowie die Einführung einer boden- und bestandschonenden Holzernte hat dazu geführt,

dass nach und nach Waldbestände wiederaufgebaut werden konnten, die ökologisch weitgehend stabil sind, und dass der saarländische Wald wieder zu einem artenreichen Lebensraum wird. Zugleich haben wir neue Strukturen geschaffen, um die betriebliche Seite im Forst zu modernisieren und effizienter zu machen. Die CDU-Landesregierung hat dieses neue Denken im Saarforst nicht konsequent weiterentwickelt und einen Qualitätsverlust in allen Bereichen verursacht. So ist etwa die von der SPD-Landesregierung eingerichtete Waldökosystemforschung von der jetzigen Regierung zerschlagen worden. Nach einem Regierungswechsel werden wir an unserer früheren erfolgreichen Forstpolitik anknüpfen und die Ziele der naturnahen Waldwirtschaft auch für die Waldflächen außerhalb des Staatswaldes anstreben.

Die nachhaltige Wirtschaftsweise im saarländischen **Forst ist für uns beispielgebend** für die weitere Entwicklung der saarländischen Landwirtschaft. **Der naturnahe Landbau ist unser Leitbild für eine moderne zukunftsfähige Landwirtschaft.** Er verbindet die Erzeugung gesunder Lebensmittel mit dem Schutz natürlicher Ressourcen und tiergerechten Haltungsformen. In Deutschland sind 29 % der Farn- und Blütenpflanzen, 36 % der Vogelarten, 47 % der einheimischen Säugetierarten und 58 % der Lurchearten in ihrem Bestand gefährdet. Dies ist insbesondere durch menschliche Eingriffe wie Flächenversiegelung, Überbauung sowie Umweltbelastungen durch Schadstoffe in Luft, Wasser und Boden verursacht. Grundsätzlich treten wir deshalb für die Ökologisierung aller Landnutzungen ein. Im Rahmen der Naturwirtschaft brauchen wir ökologische Standards für alle Wirtschaftsweisen.

Die saarländische Landwirtschaft zählt aufgrund ihrer Struktur und Produktionsbedingungen bundesweit zu den weniger umweltbelasteten. Die Umstellung auf naturnahen Landbau ist für zahlreiche Landwirte nur ein kleiner Schritt.

Deshalb wollen wir den Anteil naturnaher Bewirtschaftung in der saarländischen Landwirtschaft durch gezielte Förderung und durch Nutzungsrichtlinien massiv erhöhen. Für die konventionell arbeitenden Landwirtschaftsbetriebe bedarf es eines Leitbildes, das eine immer nachhaltigere Wirtschaftsweise auf der gesamten Fläche zum Ziel hat. Wir werden mit allen Beteiligten, den Vertretern der Landwirtschaft, wie auch den Verbrauchern und den Umweltverbänden in einen Dialog treten, der ein **Leitbild für nachhaltiges Wirtschaften auf der gesamten landwirtschaftlich genutzten Fläche im Saarland** formulieren soll.

Wir betrachten die **Sicherstellung der Versorgung der saarländischen Bevölkerung mit gesunden Lebensmitteln aus saarländischer Produktion als öffentliche Aufgabe.** Mit dem Aufbau eines landesweiten Netzes an Verarbeitungs- und Vermarktungsstrukturen für hochwertige Nahrungsprodukte werden wir landwirtschaftlichen Betrieben, aber auch Metzgereien und Bäckerbetrieben eine Chance geben, im Konkurrenzkampf gegen die großen Handelsketten faire Preise für gute Produkte zu erzielen.

Land- und Forstwirtschaft werden in Zukunft über gesunde Lebensmittel hinaus verstärkt natürliche Rohstoffe und biologische Energie erzeugen. Die Entwicklung der Rohstoffpreise und insbesondere des Erdölpreises machen die Produktion nachwachsender Rohstoffe für den Einsatz als Grundstoff in der Chemieindustrie zunehmend interessanter. Im Zuge unserer Strategie zum ehrgeizigen

Ausbau des Anteils regenerativer Energieträger an der Energieerzeugung spielt Biomasse eine zentrale Rolle. Wir streben deshalb im Saarland an, eine **Energielandwirtschaft** aufzubauen, die bedeutende Beiträge zur Primärenergiebereitstellung leisten kann. Damit eröffnet sich der Landwirtschaft und der Waldwirtschaft ein neues zukunftssträchtiges Betätigungsfeld.

Biosphärenreservat Bliesgau

Der Bliesgau bietet weltweit die erste Möglichkeit, eine Biosphäre unmittelbar vor den Toren eines Ballungsraumes mit fast 500.000 Menschen einzurichten. Dabei ist es erforderlich, die Menschen auf diesem Weg mitzunehmen. Inzwischen droht aber die beabsichtigte Ausweisung eines UNESCO-Biosphärenreservates im Bliesgau wie viele andere ökologische Projekte an der Unzulänglichkeit der CDU-Landesregierung zu scheitern.

Nach der Übernahme der Regierungsverantwortung werden wir deshalb mit der Einrichtung einer Biosphäre im Bliesgau neu beginnen müssen. Die bisher sehr einseitig ausgerichtete Konzeption muss zugunsten einer alle Chancen deutlich machenden Struktur überarbeitet werden.

Dabei werden wir uns entsprechend dem UNESCO-Modellprojekt von Biosphärenreservaten (Biosphärenregionen) am Leitbild von Lebensqualität durch eine nachhaltige integrierte Regionalentwicklung orientieren. Das UNESCO-Leitbild der Nachhaltigkeit zielt auf Schutz, Nutzung, Pflege und Entwicklung des natürlichen und des kulturellen Potenzials der Region. Übergreifendes Ziel ist die Versöhnung von Natur und Kultur durch Erhaltung und Vermehrung des natürlichen und des kulturellen Erbes. Statt „klassischer“ Naturschutzmaßnahmen muss die strukturelle und wirtschaftliche Entwicklung des Raums, insbesondere der Entwicklungszone, stärker in dem Mittelpunkt der Modellregion gerückt werden.

Sichere und kostengünstige Ver- und Entsorgung

Ziel der saarländischen Entsorgungswirtschaft ist die sichere und kostengünstige Abwasser- und Abfallentsorgung im Saarland unter Berücksichtigung der Kriterien der Nachhaltigkeit. Gesicherte Entsorgung ist ein bedeutender Standortfaktor und Grundlage attraktiver Lebensqualität. Durch den Bau eines modernen Kläranlagennetzes konnte die Gewässerqualität entscheidend verbessert werden. Mit der Errichtung und Modernisierung ausreichender Müllverbrennungskapazitäten wurde die Entsorgung des Restmülls im Saarland langfristig gesichert. Die Wertstoffwirtschaft werden wir durch geeignete Maßnahmen weiter optimieren.

In den letzten Jahren sind die Entsorgungsgebühren im Saarland entgegen den Ankündigungen der CDU-Landesregierung weiter gestiegen. Wir werden im Interesse der Gebührenzahlerinnen und Gebührenzahler ein umfassendes Effizienz- und **Kostensenkungsprogramm für Entsorgungsdienstleistungen** auf den Weg bringen.

Wir prüfen, ob die saarländischen Entsorgungsaktivitäten in ein **unternehmerisches Konzept** eingebracht werden können, das von kommunalen und pri-

vatwirtschaftlichen Gesellschaftern gemeinsam getragen wird. Dadurch wollen wir die Wirtschaftlichkeit der Entsorgungsdienstleistungen verbessern, Entscheidungsabläufe straffen und einen leistungsfähigen saarländischen Anbieter von Umweltdienstleistungen etablieren. Damit verfolgen wir im Entsorgungsbereich ebenso wie im Versorgungsbereich eine leistungsfähige regionale Lösung mit dem Ziel, die unternehmerische Basis des Landes zu verbessern.

Wasser ist die Grundlage allen Lebens. Der verantwortungsvolle Umgang mit dem Lebensmittel Wasser hat daher für uns höchste Priorität. Deshalb treten wir dafür ein, dass sämtliche Aufgaben, die in Zusammenhang mit der Trinkwasserversorgung stehen, in öffentlicher Hand bleiben. Wir erteilen der Liberalisierung des Wassermarktes eine klare Absage. Die öffentliche Hand muss für die Förderung, den Transport und die Überwachung des Trinkwassers zuständig bleiben.

Kompetenter Verbraucherschutz

Ziel unserer Verbraucherpolitik ist es, durch umfassende Markttransparenz die Verbraucher und Verbraucherinnen zu mündigen Teilnehmern am Marktgeschehen zu machen. Qualität und Risiken von Produkten und Dienstleistungen müssen jederzeit sachgemäß beurteilt werden können.

Wir wollen:

- die **unabhängige Verbraucherberatung** im Saarland weiterhin aufrecht erhalten und unterstützen,
- die **rechtlichen Instrumente schärfen** und die zuständigen Dienststellen fachlich und personell weiterentwickeln, um im Interesse der Verbraucherinnen **und Verbraucher frühzeitig und offensiv** zu informieren und aufzuklären, Bewusstsein zu bilden, aber auch um zu **kontrollieren** und bei Gefährdungen konsequent **einzuschreiten**,
- auf Landesebene Maßnahmen ergreifen, um hohen **Verbraucherschutz** bei **Produkten** und **Dienstleistungen**, bei **Gesundheitsangeboten** und bei der **Energieversorgung** zu gewährleisten. Dazu gehört ein umfassendes **Verbraucherinformationsgesetz**, das den Informationsanspruch der Bürgerinnen und Bürger gegenüber Staat und Unternehmen bei Dienstleistungen und Produkten sicher stellt,
- die **Schuldner- und Insolvenzberatungsstellen** sichern bzw. bedarfsgerecht weiterentwickeln. Die Überschuldung privater Haushalte hat in den vergangenen Jahren erheblich zugenommen. Zu den Schuldnern zählen nicht nur Erwachsene, sondern in zunehmendem Maße auch junge Menschen. Deshalb brauchen wir dringend mehr Initiativen zur Vermeidung von Überschuldungen. Daran müssen auch die Verantwortlichen der Branchen mitwirken, in denen Überschuldungen vorrangig entstehen.

8. Lebendige Kultur

Kunst und Kultur sind unverzichtbare Grundlagen unserer Gesellschaft. Sie halten uns den Spiegel vor, reflektieren unsere Lebensstile und stiften Identität. Sie bieten Orientierung und stehen gleichsam im Brennpunkt individueller und gesellschaftlicher Entwicklungen. Kunst und Kultur schärfen die individuelle Wahrnehmung und bereichern unser Leben. Sie erlauben das Spiel mit Versuch und Irrtum, fördern „Eigensinn“, mobilisieren Kreativität und Lust auf Neues. Sie eröffnen Zukunftsperspektiven. Kunst und Kultur sind Humus und zugleich Hefe des gesellschaftlichen Wandels und des Fortschritts. Sie halten unser historisches Gedächtnis wach und stärken das Bewusstsein für die Bewältigung von Krisen. Sie sind im wahrsten Sinne des Wortes Lebensmittel für unsere Gesellschaft.

Gerade vor dem Hintergrund zunehmender Konflikte, von Kriegen und Terrorismus, kommt der Kultur, der Verständigung, der gegenseitigen Achtung, herausragende Bedeutung zu. Weil wir in einer multi-ethnischen Gesellschaft mit stetiger Zuwanderung leben, wollen wir die sich daraus ergebenden Chancen nutzen, unsere Horizonte für andere, fremde Kulturen und Sprachen öffnen, neue gemeinsame Aktionsfelder erschließen, jedoch gleichzeitig und nachhaltig auf Integration der Migranten in unsere Gesellschaft hinwirken. Deswegen muss der interkulturelle Dialog, die Einübung von Diskursfähigkeit und Toleranz im Elternhaus begonnen und als lebenslange Herausforderung begriffen werden.

Unsere kulturelle Verantwortung endet allerdings nicht an den Landesgrenzen. Die Zusammenarbeit in der Großregion SaarLorLux ist längst gelebte Realität von der Vereins- und Verbandsebene über Städte, Gemeinden und Landkreise bis hin zum Land. Strukturelle Verbesserungen wollen wir in der weiteren Vernetzung der Zusammenarbeit erreichen durch Schaffung von öffentlich unterstützten Agenturen, die systematisch und gezielt interregionale Aktivitäten fördern.

Auch vor dem Hintergrund angespannter öffentlicher Haushalte zeichnet sich **sozialdemokratische Kulturpolitik durch Mut zum Experimentellen, Innovativen, Sperrigen und Widerspenstigen** aus. In jedem Fall steht die Qualität eindeutig im Vordergrund. Kultur muss allen zu Gute kommen, aber nicht alles muss auch gefördert werden.

Nicht zuletzt deswegen darf auch die kulturelle Bildung nicht vernachlässigt werden. Sie ist Teil einer umfassenden Persönlichkeitsbildung. Sie vermittelt den Zugang zu Kunst und Kultur, zu Kreativität und eigenschöpferischer Selbstverwirklichung. Ästhetische Wahrnehmung fördert Sinn und Sinnlichkeit und stärkt

auch das kritische Bewusstsein. Wir brauchen deswegen einen nachhaltigen Ausbau der kulturellen und musischen Bildung von der Kindheit bis ins hohe Alter. Kulturelle Bildung vermittelt nichts weniger als die Schlüsselkompetenz für die Kunst des Lebens. Kulturelle und musische Bildung muss deswegen künftig deutlich mehr gefördert werden, vor allem in Kindergarten und Grundschule. Eine entsprechend qualifizierte Ausbildung des gesamten Erziehungs- und Lehrpersonals ist deswegen dringend geboten.

Die staatliche Verantwortung für Bestand und Entwicklung kultureller Institutionen und kulturelle Bildung verlangt zwingend die notwendige finanzielle Ausstattung in den Haushalten von Land, Kreisen und vor allem auch der Städte und Gemeinden, die nach langen finanziellen Durststrecken durch gesamtstaatliche Reformen wieder in die Lage versetzt werden müssen, ihre originären Basisaufgaben in Kunst und Kultur zu erfüllen. Unsere Gesellschaft kann sich allerdings nur dann entwickeln und gedeihen, wenn neben der öffentlichen Verantwortung auch die private und gesellschaftliche Eigeninitiative gestärkt und gefördert wird.

Wir brauchen nicht zuletzt zur Wahrnehmung unserer Identität, von Heimat im besten Sinn, persönliches Engagement der Bürger, das sich in funktionierenden Vereinen und Verbänden entfaltet. Die im Wesentlichen intakte Vereinsstruktur im sportlichen, kulturellen und sozialen Bereich, der vorbildliche alltägliche ehrenamtliche Einsatz unzähliger Menschen im Lande verdient auch in Zukunft uneingeschränkte öffentliche Anerkennung und Förderung. Insgesamt betrachtet, verfügt das Saarland über eine hervorragende kulturelle Infrastruktur und braucht den Vergleich mit anderen Regionen nicht zu scheuen.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind stolz darauf, dass in unserer Regierungszeit von 1985 bis 1999 die Kulturlandschaft an der Saar gestärkt und deutlich ausgebaut werden konnte. Wir haben unser besonderes Profil aber auch dadurch geschärft, dass wir die Mittler- und Brückenfunktion zwischen Deutschland und Frankreich gestärkt haben, und zwar vor allem in den Bereichen Bildung, Hochschule und Kultur. Das wird vor allem deutlich, wenn man die Kultureinrichtungen betrachtet:

Stiftung Saarländischer Kulturbesitz und Historische Museen

Die mit viel Getöse von der CDU auf den Weg gebrachte Stiftungsreform ist weitgehend im Formalen stecken geblieben. Große Ankündigungen, aber wenig Taten!

Die SPD bekennt sich zu

- der Modernen Galerie mit den Schwerpunkten deutscher und französischer Kunst des 19. und 20. Jahrhunderts,
- der Stadtgalerie Saarbrücken als Plattform für aktuelle Kunst und Avantgarde, die beide unter dem Dach der Stiftung Saarländischer Kulturbesitz

sitz zu stärken sind und einen Schwerpunkt in der Präsentation französischer Kunst haben sollten,

- einer Konzentration der historischen Museen am Schlossplatz in Saarbrücken im Rahmen des von Stadtverband Saarbrücken und dem Land getragenen Zweckverbandes unter Einbeziehung der kulturhistorisch bedeutsamen Schätze der Alten Sammlung des Saarland Museums, einschließlich der landeskundlichen Sammlungsgegenstände in den Depots der Stiftung, die sich hervorragend in eine Gesamtdarstellung der saarländischen Geschichte von der Vor- und Frühzeit bis in die Gegenwart des SaarLorLux-Raums einfügen lassen, wobei interregionale Zusammenarbeit angestrebt wird.

Wie andernorts in Deutschland praktiziert, sollte für Organisation und Führung der Museen das bewährte Fachprinzip gelten. Die Kunstmuseen auf der rechten Saarseite werden in der Stiftung Saarländischer Kulturbesitz geführt, während das künftige „Haus der Geschichte“ in enger Zusammenarbeit mit der Stiftung (Leihgaben) vom Zweckverband Historische Museen gemeinsam von Stadtverband Saarbrücken und Land getragen wird.

Die Einbindung des Stadtverbandes mit gewählten Mandatsträgern und -trägerinnen stärkt die Legitimität des historischen Museumsbereichs und seiner Verankerung in der Bevölkerung.

Das besondere Engagement des Stadtverbandes für das Saarbrücker Schloss und die neu erschlossenen Kasematten ist ein touristisches Aushängeschild und verdient die Unterstützung des Landes.

Künstlerische Ausbildung und Künstlerförderung

Die Hochschule der Bildenden Künste Saar hat seit Ende der 80er Jahre die Tradition der früheren Schule für Kunst und Handwerk erfolgreich wieder aufgenommen und sich mit einer modernen, grenzüberschreitend ausgerichteten Konzeption in der Spitzengruppe deutscher Kunstakademien etabliert. Sie sollte durch Integration der Kunsterzieherausbildung und Angliederung des Kunsthistorischen Instituts der Universität ausgebaut werden. Mit Unterbringung dieser Einrichtungen in staatlichen Gebäuden am Ludwigsplatz kann die urbane Ausstrahlung der Stadt nachhaltig gestärkt und belebt werden. Den Absolventen und Absolventinnen der HBK sollte die Möglichkeit eröffnet werden, durch geeignete Projekte, wie z. B. in der Handwerker-gasse der Völklinger Hütte, aktiv ins öffentliche Leben einbezogen zu werden. Die freie Kunstszene bedarf der Unterstützung privater Galerien, deren Rolle als Vermittler und Berater nicht hoch genug einzuschätzen ist und öffentliche Förderung verdient.

Theater und Künste

Das Saarländische Staatstheater hat seit Beginn der 90er Jahre immer wieder aktuelle Themen ins öffentliche Bewusstsein gerückt, den gesellschaftlichen Diskurs auf herausragendem Niveau geführt und verdient deswegen weiterhin un-

eingeschränkte Förderung. Ergänzend dazu hat das Theater Überzwerg eine wichtige Rolle für Kinder und Jugendliche übernommen.

Das auch vom Staatstheater stets unterstützte deutsch-französische Festival „Perspectives“ akzentuiert beispielhaft die konzeptionelle Profilbildung saarländischer Kulturpolitik über die Landesgrenzen hinaus. Gleiches gilt noch verstärkt für das überregional hoch renommierte Filmfestival „Max Ophüls Preis“, dessen Ausbau und Stärkung geboten ist.

Die Förderung des Filmschaffens im Lande ist demgegenüber mit Blick auf die Landesfinanzen nur in begrenztem Maße möglich und sollte eher als Wirtschaftsförderung begriffen werden.

Die freie Theaterszene sollte schwerpunktmäßig von der kommunalen Ebene gefördert werden, nachdem das Land die gesamte Finanzierung des Staatstheaters trägt.

Musik

Das Rundfunk Sinfonie Orchester und das Staatsorchester Saarbrücken sind unverzichtbare Glanzlichter des saarländischen Musiklebens. Daneben freuen wir uns über gute Ensembles der Hochschule für Musik, des Landesjugendorchesters und zahlreicher Musikvereine im ganzen Land. Besondere Beachtung verdient auch die vielfältige aktuelle Jugendmusikszene. Das im Saarland besonders lebendige Musikleben ist nur möglich auf der Basis solider Ausbildung von der musikalischen Früherziehung über die Grundschulen, die Musikschulen, die Landesakademie für die musisch kulturelle Bildung und die Musikhochschule.

Neben der traditionell hochrangigen Theater- und Konzertsaison haben sich verschiedene Festivals in der Musikszene fest verankert wie die Musikfestspiele Saar, Musik und Theater im Zirkuszelt in Merzig, dem SR-Festival für neue Musik und eine Reihe anderer verdienstvoller Veranstaltungen im ganzen Land. In Zukunft sollte die Chance genutzt werden, diese Musikfestivals verstärkt überregional zu präsentieren. Dazu bedarf es der Bündelung der Kräfte in einer neuen Festivalorganisation mit solider Finanzierung.

Die Errichtung einer modernen Musik- und Festivalhalle in Saarbrücken ist mittelfristig für die weitere Stärkung und Profilierung der bedeutenden Musikszene im Lande unverzichtbar. Auf diesem Weg könnten unsere exzellenten Sinfonieorchester, nicht zuletzt aber auch unsere Hochschule für Musik und die bewährten kommunalen und privaten Musikschulen zukunftsweisende Impulse erfahren. Für diese Vision muss allerdings in besonderem Maße privates Engagement mobilisiert werden.

Industriekultur

Neben der Museumspolitik ist die CDU vor allem bei der Industriekultur nach bombastischen Ankündigungen kläglich gescheitert. Im Weltkulturerbe Völklinger Hütte sind zwar einige Sanierungsarbeiten vorangekommen, von einem überzeugenden und vor allem finanzierbaren Gesamtkonzept unter Einbindung der Gruben Göttelborn und Reden kann jedoch keine Rede sein.

Eine rein museale Nutzung scheidet bei realistischer Sicht mangels hinreichender öffentlicher Finanzen aus. Sehr gute Chancen sehen wir jedoch für einen Themenpark auf hohem Niveau, der die Faszination des Weltkulturerbes, in Besonderheit die Verbindung von Kohle und Stahl, den saarländischen Montankern, als identitätsstiftenden historisch-wirtschaftlichen Bereich mit einzigartig kreativer Gestaltung für hochwertigen Tourismus erschließt und neue ökonomische Perspektiven für das Saarland eröffnet. Dafür brauchen wir eine Konzeption mit überzeugenden Alleinstellungsmerkmalen, die mit der Phantasie und dem schöpferischen Potenzial herausragender Persönlichkeiten zu schaffen ist. Mit gezielten öffentlichen Leitinvestitionen in Erschließung und Logistik wird es dann gelingen, das Investitionskapital für den eigentlichen Themenpark einzuwerben und qualifizierte Betreiber zu gewinnen.

Gerade und insbesondere mit der Industriekultur kann auch das gemeinsame historische und kulturelle Erbe der Großregion durch grenzüberschreitende Zusammenarbeit intensiviert werden. Insgesamt geht es um nicht weniger als die dauerhafte Bewahrung unserer kulturellen und historischen Identität und zugleich um die Gewinnung wirtschaftlicher Prosperität für die Menschen im Land.

9. Mitten in Europa

Mitten in einem zusammenwachsenden Europa und in unmittelbarer Nähe zu seinen politischen Zentren haben wir besondere Chancen von dem fortschreitenden Einigungsprozess zu profitieren. Diese Möglichkeiten hat das Saarland bisher kaum genutzt. Deshalb haben wir besonderes Interesse an einer Region SaarLorLux, die sich grenzübergreifend organisiert, die politische, wirtschaftliche und soziale Integration vorantreibt, gemeinsame Interessen formuliert und stark vertritt. Wir werden den derzeitigen regionalpolitischen Stillstand überwinden.

Unser Ziel ist ein starkes Saarland in einer starken Region SaarLorLux.

Wenn wir das Saarland stark machen, nutzen wir zugleich auch der Region. Wir schaffen aber auch die Voraussetzungen für einen Integrationsprozess, bei dem das Saarland mit den Partnern auf gleicher Augenhöhe handelt. Dabei werden wir in den kommenden Jahren folgende Schwerpunkte setzen:

- Der um die Wallonie und Teile von Rheinland-Pfalz erweiterte Zuschnitt der Großregion bietet zusätzliche Chancen für die regionale Entwicklung und Interessenvertretung. Das ein oder andere Projekt kann aber auch effektiver im Rahmen der **Kernregion** oder in besonders enger Zusammenarbeit zwischen dem Saarland und Luxemburg vorangetrieben werden. Eine solche SaarLorLux-Politik verschiedener Geschwindigkeiten und Ebenen halten wir für sinnvoll.
- Der Erfolg der SaarLorLux -Politik hängt weitgehend davon ab, ob es gelingt durch engere Zusammenarbeit und eine gemeinsame Vermarktung der Wirtschaftsregion SaarLorLux wirtschaftliche Synergieeffekte zu erzielen. Wir müssen die „Grenzsituation“ nutzen, um **neue wirtschaftliche und soziale Modelle zu entwickeln und europäisches Recht zu testen**. Dabei werden wir insbesondere die erfolgreichen, durch unsere SPD- Vorgängerregierung mit entwickelten Institutionen des Sozialdialogs und die Infrastruktur wie beispielsweise den „Wirtschafts- und Sozialausschuss der Großregion (WSA), den Interregionalen Gewerkschaftsrat (IGR) SaarLorLux-Trier/Westpfalz und das „Haus der Großregion“ in Luxemburg offensiv einbinden.
- Die Region muss ein gemeinsames **strukturpolitisch bedeutsames Großprojekt** entwerfen und auf den Weg bringen. Europäische und deutsch-französische Großprojekte dürfen nicht immer an der Region SaarLorLux vorbeigehen.
- Von der Nähe zu den europäischen Institutionen in Brüssel, Luxemburg und Strassburg hat das Saarland bisher in keiner Weise profitiert. Wir werden uns intensiv dafür einsetzen, dass das **Saarland Sitz einer EU-Einrichtung** wird.

- Wir wollen **Saarbrücken zur führenden Metropole in der SaarLorLux -Region machen**. Saarbrücken muss sich in Konkurrenz zu anderen großen Städten der Region behaupten und weiterentwickeln. Der Großraum Saarbrücken muss gestärkt werden. Er braucht neue wirtschaftliche und kulturelle Impulse, um in der ersten Liga der Städte der Region mitspielen zu können. In Zusammenarbeit mit den französischen Nachbarn wollen wir die Stadt Saarbrücken zur **ersten deutsch-französischen Großstadt** machen.
- Auf der Grenze zu Frankreich wollen wir eine „**europafähige Sport- und Kultureinrichtung**“ schaffen. Eine solche Leitinvestition ist Voraussetzung dafür, das Saarland zu einem Austragungsort für sportliche und kulturelle Großereignisse zu machen. Wir werden uns gemeinsam mit unseren Nachbarn Sport-Großereignisse bewerben.
- Wir werden gemeinsam mit unseren Nachbarn einen **Interregionalen Verfassungskonvent** einrichten und den Interregionalen Parlamentarierrat zu einem direkt gewählten Parlament weiterentwickeln.
- Wir werden das frauenpolitische Netzwerk „Pont des Femmes“ zu einer handlungsorientierten Plattform für den Austausch von Erfahrungen über die **Lebensrealität von Frauen in der SaarLorLux-Region** machen.
- Wir werden eine **konsequent mehrsprachige Erziehung schon ab dem Vorschulalter** sicherstellen. Wir werden sprachenfreundliche Schulen schaffen. Wir schaffen im Land und in den Kommunen sprachenfreundliche Umfelder, in denen die bestehende Vielfalt von Sprachen und Kulturen sinnvoll genutzt werden und gute Sprachlernangebote bestehen.
- Wir werden uns dafür einsetzen, mittelfristig die Kernenergienutzung in der Region auslaufen zu lassen. **SaarLorLux braucht ein zukunftsfähiges Energiekonzept** und eine enge Zusammenarbeit im energiewirtschaftlichen Bereich.
- Wir werden zur Verbesserung der kulturellen Zusammenarbeit eine **Kulturagentur der Großregion** schaffen.
- Wir werden gemeinsam mit unseren Nachbarn ein **Budget der Großregion** zur Finanzierung der von der Santer-Kommission vorgeschlagenen grenzüberschreitenden Projekte einrichten.

10. Sicher Leben im Saarland

Seit Regierungsübernahme durch die CDU im Jahr 1999 sind im Saarland die Straftaten drastisch angestiegen. Verkehrsunfälle mit tödlichen Folgen haben deutlich zugenommen. Die Menschen im Saarland sind beunruhigt und verunsichert wegen der Zunahme von Gewalt, von Vandalismus und durch alltägliche Belästigungen. Mehr Sicherheit und mehr polizeiliche Präsenz in den Städten und Gemeinden wurde versprochen. Die Bilanz lautet weniger Polizeipräsenz und mehr Kriminalität.

Bilanz: Die vorgenommene Organisationsreform hat nicht zu mehr polizeilicher und kriminalpolizeilicher Präsenz in den Städten und Gemeinden geführt. Kriminalpolizei vor Ort wurde abgezogen, erheblich weniger Polizei gibt es in der Verkehrsüberwachung und gleichzeitig ist eine neue Führungsebene mit Innendienststäben entstanden. Zu viele Schnittstellen zwischen Dienststellen der Landespolizeidirektion und dem Landeskriminalamt verhindern eine effiziente und effektive Zusammenarbeit.

Jede Bürgerin und jeder Bürger hat in unserer Gesellschaft Anspruch auf Schutz vor Übergriffen und Vandalismus, vor Pöbeleien und Überhandnehmen von Belästigungen, vor Gefahren im Straßenverkehr. Der Schutz der Bürgerinnen und Bürger vor Verbrechen, Gewalt und Extremismus ist jedoch eine zentrale Aufgabe unseres Rechtsstaats. Ein hohes Sicherheitsgefühl ist Bestandteil der Lebensqualität.

Kriminalität und anderes nicht akzeptables Verhalten ist in hohem Maß Kompensation für gesellschaftliche Benachteiligung.

Unabhängig von der individuellen Verantwortung jedes Straftäters setzt insofern auch die Gesellschaft Ursachen für Kriminalität. Gesamtgesellschaftliche Ursachen erfordern deshalb eine Strategie, welche die Gesellschaft selbst zur Problemlösung mit in Anspruch nimmt. Nur eine Verbesserung der Rahmenbedingungen im lokalen Umfeld kann der Entwicklung auf Dauer Einhalt bieten. Gesellschaft, Familie, Jugend-, Sozial- und Arbeitsmarktpolitik dürfen durch eine am Sicherheitsdenken ausgerichtete Politik nicht ausgeblendet werden. Nur wer entschlossen und dennoch mit Augenmaß gegen Kriminalität und ihre Ursachen vorgeht, kann Freiheit und Demokratie garantieren.

Die Beschäftigten der saarländischen Polizei arbeiten engagiert und kompetent. Sie sind allerdings an den Grenzen ihrer Belastbarkeit und Handlungsfähigkeit angelangt. Deutlichstes Zeichen der Zunahme von Gewaltbereitschaft und gesellschaftlicher Brutalität ist der drastische Anstieg von Angriffen auf Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten.

Die Gewährleistung des Grundrechtes auf Innere Sicherheit ist nicht alleinige Aufgabe der Polizei. Es handelt sich um eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, in die alle staatlichen Ebenen und Bereiche miteinbezogen werden müssen. Staatliche und kommunale Behörden haben eine gemeinsame Verantwortung zur Wahrung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung. Eine neue Sicherheitsstrategie ist gefordert, die auf institutionsübergreifendes Zusammenwirken in der Kriminalitätsverhütung und -verfolgung sowie auf bürgerorientierte Arbeit abstellt. Dabei sind Effektivität, Verfügbarkeit, lokale Orientierung und Verbundenheit mit der Bevölkerung wesentliche Gesichtspunkte.

Die Polizei im Saarland ist falsch aufgestellt, trotz personellem Aufwuchs wurden die Rahmenbedingungen verschlechtert.

Entgegen ihrem Versprechen hat die Landesregierung die Polizei nicht weiter von polizeifremden Aufgaben entlastet. Sie hat darüber hinaus dafür gesorgt, dass mit Einführung der 40-Stunden-Woche die Polizei nicht nur mehr, sondern auch wieder länger arbeiten muss - trotz nach wie vor überdurchschnittlich hoher Mehrdienststundenbelastung.

Durch Schaffung von zusätzlichen polizeilichen Befugnissen für die Städte und Gemeinden will sich die Landesregierung ganz offensichtlich zum Teil von ihrer landespolitischen Verantwortung bei der Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung verabschieden. Und das, obwohl den Kommunen schon jetzt die finanzielle Ausstattung kaum eine angemessene soziale Arbeit, insbesondere jugend- und arbeitsmarktpolitische Maßnahmen, erlaubt.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen durch eine verantwortliche gesamtgesellschaftliche Sozial- und Sicherheitspolitik Kriminalität und gleichermaßen auch ihre Ursachen wirksamer und nachhaltiger bekämpfen. Dazu werden wir bei unserer Polizei die erforderlichen Rahmenbedingungen schaffen. Da Kriminalität auch in hohem Maße auf gesellschaftliche Benachteiligung zurückzuführen ist, brauchen wir zudem eine stärkere Verzahnung einer gerechten Familien-, Jugend- und Arbeitsmarktpolitik mit der Sicherheitspolitik. Die Gewährleistung der Inneren Sicherheit ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

Unsere Schwerpunkte:

Wir werden die Städte und Gemeinden wieder sicherer machen.

Auf kommunaler Ebene werden wir die Voraussetzungen für ein Sicherheitsnetzwerk schaffen, in dem die Polizei zusammen mit anderen Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben systematisch und stärker aufeinander abgestimmt gegen Gewalt, Vandalismus, Konsum illegaler Drogen, Drogenhandel und Belästigungen sowie ihre Ursachen zielorientierter vorgeht.

Insbesondere Sozial- und Ordnungsbehörden, aber auch innerhalb ihrer gesetzlichen Zuständigkeiten Bundesgrenzschutz und Zoll sollen zusammen mit der Polizei ihre Kompetenz und Kräfte in Sicherheits- und Ordnungspartnerschaften bündeln, um die objektive und subjektive Sicherheit zu erhöhen. Im Außendienst sollen u.a. Ordnungsämter und Polizei durch verstärkte wahr-

nehmbare Präsenz im öffentlichen Raum den Erwartungen der Bevölkerung besser Rechnung tragen.

Wir überlassen dies nicht dem privaten Sicherheitsgewerbe. Innere Sicherheit im öffentlichen Raum ist keine Handelsware, die nur der erwerben kann, der vermögend ist.

Wir werden ergänzend das in den 90er Jahren von der damaligen SPD-Landesregierung initiierte Projekt „Kriminalprävention in saarländischen Kommunen“ weiter unter stärkerer Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger ausbauen.

Ziel ist hierbei, verstärkt Straftaten vor ihrer Begehung wirksam zu verhindern, statt nach der Begehung zeit-, personal- und kostenintensiv hinterher zu ermitteln. Wir werden des Weiteren die kriminalpolizeiliche Arbeit dort, wo Straftaten verübt werden, verstärken. Dazu wird der Abzug der Kriminalpolizei aus den örtlichen Dienststellen rückgängig gemacht.

Den Städten und Gemeinden wird ein eigener Präventions- und Sicherheitsfonds durch die Landesregierung zur Verfügung gestellt.

Die nötige Sensibilität gegenüber sozial Benachteiligten und das Verständnis für die Situation ethnischer Minderheiten sind unverzichtbare Voraussetzungen bürgerorientierter Sicherheitsarbeit – aber auch konsequentes Vorgehen bei Rechtsverstößen oder Integrationsverweigerung. Hierbei werden wir rechtsfreie Räume ebenso wenig dulden wie die ausufernden Probleme mit Drogen an Schulen und öffentlichen Plätzen in unserem Land.

Wir werden den Personalabbau in der Verkehrsüberwachung stoppen und für eine solche Personalausstattung sorgen, mit der sich die Polizei wieder stärker den Unfallschwerpunkten, aber auch den lokalen Bedürfnissen auf kommunaler Ebene (z. B. an Schulen, Kindergärten) widmen kann.

Wir werden die Polizei besser, das heißt bürgernäher aufstellen und sie fit machen für die zukünftigen Herausforderungen.

Dies werden wir gewährleisten durch:

- die Festschreibung der Einstellungszahlen auf 100 Polizeivollzugsbeamte und -beamtinnen im Jahr,
- eine deutliche Entlastung von polizeifremden Aufgaben insbesondere bei zeitaufwändigen Verwaltungsabläufen und Zuständigkeitsbereichen,
- die Anpassung der Organisation der Polizei an die sich verändernden Bedingungen (u. a. Schaffung flacher Führungshierarchien, Abbau von Führungsebenen, Stärkung des Außendienstes bzw. des Wach- und Wechseldienstes in der Polizei, Reduzierung der Schnittstellen bei der Aufgabenerfüllung durch mehrere Stellen, Abbau von Mehrfachzuständigkeiten),

- eine verstärkte Anpassung der Ausstattung mit Führungs- und Einsatzmitteln sowie Informations- und Kommunikationstechnik an die zukünftigen Rahmenbedingungen,
- die gezielte Intensivierung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in Sachen Innere Sicherheit,
- eine Verstärkung der Präsenz von Bundesgrenzschutz und Zoll, für die wir uns auf Bundesebene nachdrücklich einsetzen werden,
- Der einzige Weg, den immer größer werdenden Aufgaben und sozialen Ansprüchen gerecht zu werden, ist die Weiterführung der zweigeteilten Laufbahn. Um aber auch Menschen mit mittlerem Bildungsabschluss den Zugang zur Polizei zu ermöglichen, muss die derzeitige Praxis mit mittlerer Reife und einer abgeschlossenen Berufsausbildung bei der Polizei eingestellt zu werden, fortbestehen.

Jedoch ist nicht nur die personelle Ausstattung ein wesentlicher Punkt unserer Politik, sondern auch die persönliche Perspektive des einzelnen Polizeibeamten. Daher muss das Beförderungsbudget auf dem derzeitigen Stand bleiben und sollte nach Möglichkeit sogar noch erhöht werden.

Ein weiterer Punkt ist die Ausbildung. Hier wird sich die SPD Saar dafür einsetzen, dass die Fachhochschule für Verwaltung an einem Standort konzentriert wird und eine entsprechend gute Ausstattung an Dozenten erfolgt, um eine den Bedürfnissen gerecht werdende Ausbildung der Kommissaranwärter zu gewährleisten.

Angesichts der veränderten weltweiten Sicherheitslage kommt der Arbeit des Staats- und Verfassungsschutzes eine Reihe neuer verantwortungsvoller Aufgaben zu. Zu deren Bewältigung werden wir die notwendigen personellen und organisatorischen Rahmenbedingungen schaffen.

In der modernen Kriminalpolitik rücken die berechtigten Interessen der Opfer von Kriminalität immer stärker in den Vordergrund. Den Opfern steht nicht nur die Schadenswiedergutmachung zu, sondern auch Hilfe bei der Verarbeitung der psychischen Folgen einer Straftat. Die SPD Saar tritt dafür ein, **den Opferchutz und den Täter-Opfer-Ausgleich in allen Konfliktbereichen zu intensivieren** und gleichzeitig die außergerichtliche Schlichtung von Konflikten zu fördern. Durch die Verbesserung des Schutzes vor häuslicher Gewalt wurde eine von der Bundesregierung auf den Weg gebrachte Möglichkeit des Opfer-schutzes auch im Saarland umgesetzt. Die eingerichtete Koordinierungsstelle muss um eine Interventionsstelle ergänzt und mit den dementsprechenden finanziellen und personellen Mitteln ausgestattet werden. Die Interventionsstelle soll dann, nachdem sie entsprechende Informationen von der Polizei erhalten hat, direkten Kontakt zu jeder einzelnen misshandelten Frau aufnehmen und ihr weiterhelfen.

Eine der schlimmsten Formen der Gewalt ist der sexuelle Missbrauch von Kindern. Bundesweit werden jährlich ca. 20.000 Kinder unter 14 Jahren Opfer sexualisierter Gewalt. Davon sind 2/3 Mädchen und 1/3 Jungen. In 96,5 Prozent der Fälle wird diese Gewalt von Männern ausgeübt. Die überwiegende Mehrzahl der Täter stammt aus dem sozialen Nahbereich der Kinder.

Sexualisierte Gewalt an Kindern stellt einen folgenschweren Eingriff in die Lebensbedingungen der Betroffenen dar und beschneidet ihr Recht auf Liebe, Erziehung und Förderung. Die Relevanz des Phänomens der sexualisierten Gewalt gegen Kinder und Jugendliche erfordert ein entsprechendes öffentliches und fachliches Interesse an der Erkennung, Bekämpfung und Beseitigung des Problems. Kinder- und Jugendschutz ist in erster Linie eine gesellschaftliche und pädagogische Aufgabe. Wir müssen ein Bewusstsein dafür schaffen, dass jeder Einzelne und jede Einzelne etwas gegen sexuelle Gewalt an Kindern und Jugendlichen tun kann. Welchen Stellenwert das Problem der sexualisierten Gewalt gegen Kinder und Jugendliche in einer Gesellschaft hat, hängt davon ab, wie in einer Gesellschaft Gewalt hervorgebracht und beurteilt wird.

In einer humanen Gesellschaft muss sexualisierte Gewalt gegen Kinder geächtet werden, müssen Täter zur Verantwortung gezogen werden und darf die Anwendung von Gewalt nicht kulturell akzeptiert werden.

Wir setzen uns ein für:

- die institutionelle Förderung und finanzielle Absicherung der Beratungsstellen, die Hilfsangebote für die Opfer sexualisierter Gewalt und deren Angehörige anbieten,
- Präventionsarbeit und Sensibilisierung der Öffentlichkeit,
- Evaluation und wissenschaftliche Erforschung der Gewaltproblematik.

Der Strafvollzug garantiert die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger. Er soll die Voraussetzung dafür schaffen, dass Straftäter zukünftig in sozialer Verantwortung ein Leben ohne Straftaten führen. Diesem Anspruch wird die Belegungssituation sowie die personelle und sachliche Ausstattung in den saarländischen Justizvollzugsanstalten nicht gerecht. Dem ist mit geeigneten Maßnahmen entgegenzuwirken.

Die Forderung nach wirkungsvolleren Möglichkeiten der nachträglichen Sicherungsverwahrung gegenüber gefährlichen Straftätern findet unsere Unterstützung.